

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2019

Einzelplan 11
Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Vorwort zum Einzelplan 11

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Die Gewaltenteilung gehört zu den wesentlichen Fundamenten des demokratischen Verfassungsstaats. Zentrale Aufgabe des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung ist die Unterstützung der dritten Gewalt, d. h. der unabhängigen Judikative, um mit einer leistungsstarken Justiz in Sachsen-Anhalt für eine bürgernahe und effektive Rechtsprechung zu sorgen. Daneben ist das Ministerium für den Strafvollzug und seit dem Beginn der sechsten Legislaturperiode auch für die Gleichstellungspolitik der Landesregierung zuständig.

Nach dem Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (MBI. LSA 2016, S. 369), zuletzt geändert durch Beschluss der Landesregierung vom 20. September 2016 (MBI. LSA 2016, S. 549), ist das Ministerium für Justiz und Gleichstellung im Einzelnen zuständig für:

- Angelegenheiten der Rechtsetzung (Rechtsetzung – einschließlich Verfassungsmäßigkeit, Notwendigkeit, Vollzugseignung und Rechtsfolgenabschätzung –, Rechtsvereinfachung, Rechtsbereinigung, Rechtsförmlichkeit) und Verkündungswesen samt Amtsblattstelle (GVBl. LSA, MBI. LSA, SVBl. LSA und JMBl. LSA), Vorschrifteninformationssystem,
- Europarecht,
- Frauen- und Gleichstellungspolitik, Koordination innerhalb der Landesregierung,
- Frauenförderung, Frauenfördergesetz,
- Freiwillige Gerichtsbarkeit,
- „Gender-Mainstreaming“,
- Gleichstellung/ Gleichstellungsbeauftragte,
- Gerichtsorganisation und Gerichtsverfassung,
- Gerichtsverfahrensrecht und -kostenrecht,
- Gnadenwesen,
- Juristen- und Justizaus- und -fortbildung,
- Justizverwaltungsangelegenheiten,
- Justizvollzug,
- Landesjustizprüfungsamt,
- Lesben/ Schwule/ Bisexuelle/ Transgender/ Transsexuelle/ Intergeschlechtliche Menschen (LSBT TI),
- Mitgliedschaft in den Richterwahlausschüssen nach Artikel 95 Abs. 2 GG und § 1 Abs. 3 RiWG,
- Notariats- und Anwaltswesen,
- Ordnungswidrigkeitenrecht,
- Recht der Schieds- und Schlichtungsstellen,
- Rechtshilfe,
- Soziale Dienste der Justiz,
- Strafrecht, Verfassungsrecht des Bundes und des Landes, soweit Rechtsetzung und Landesverfassungsgericht,
- Völkerrecht,
- Zivilrecht.

Im Einzelplan 11 sind folgende Gerichte und Landesbehörden etatisiert:

- 1 Landesverfassungsgericht
- 1 Oberlandesgericht
- 4 Landgerichte
- 25 Amtsgerichte
- 1 Generalstaatsanwaltschaft
- 4 Staatsanwaltschaften
- 6 Dienststellen des Sozialen Dienstes der Justiz
- 3 Justizvollzugsanstalten
- 1 Jugendanstalt
- 1 Jugendarrestanstalt
- 1 Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen i. S. d. § 26 LHO
- 1 Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt
- 4 Arbeitsgerichte
- 1 Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt
- 2 Verwaltungsgerichte
- 1 Landessozialgericht Sachsen-Anhalt
- 3 Sozialgerichte
- 1 Finanzgericht des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Ausgaben im Justizhaushalt beruhen hauptsächlich auf Rechtsverpflichtungen.

Die Personalausgaben (HGr. 4, 6 und 9) stellen die größte Ausgabenposition dar. Der Gesamtansatz beträgt im Jahr 2019 rd. 306 Mio. EUR (einschließlich der Entschädigungen für ehrenamtliche Richter und für Vollstreckungsbeamte). Damit beträgt der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben rd. 63 v. H.

Der zweite wesentliche Ausgabenblock des Justizhaushaltes sind die Auslagen in Rechtssachen (Kapitel 11 20 Titel 685 05 und Kapitel 11 11 Gr. 536) mit einem Anteil von rd. 23 v. H. an den Gesamtausgaben. Der Gesamtansatz hierfür beträgt im Jahr 2019 rd. 111,6 Mio. EUR. Die Höhe der Verfahrensauslagen hängt insbesondere von der Anzahl und Art der Verfahrenseingänge ab, aber auch davon, in welchem Umfang Prozesskostenhilfe zu bewilligen ist oder Sachverständigengutachten einzuholen sind. Einer strategischen Steuerung der Auslagen in Rechtssachen sind aufgrund der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen (Justizgewährungsanspruch gemäß Artikel 19 Abs. 4, Artikel 20 Abs. 3 GG, richterliche Unabhängigkeit gemäß Artikel 97 GG, sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger gemäß § 9 RPfLG und Legalitätsprinzip gemäß § 152 Abs. 2 StPO) enge Grenzen gesetzt.

B. Genderziel

Die Landesregierung strebt an, den Frauenanteil in Leitungsfunktionen in der öffentlichen Verwaltung auf 50 % zu erhöhen. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung bietet daher allen Führungskräften der öffentlichen Landesverwaltung nach einer Ausschreibung „Gender-Coaching“ an.

Die Erhöhung der Genderkompetenz der Führungskräfte ist erforderlich, um sie für die Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen zu sensibilisieren, sie zu motivieren, sich aktiv für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Arbeitsalltag einzusetzen und geeignete Frauen für Beförderungsposten vorzuschlagen und sie entsprechend zu fördern.

Haushaltsansätze für Maßnahmen mit Genderziel

Haushaltsjahr 2019

	GG 2= Genderziel ist Hauptziel	GG 1= Genderziel ist Nebenziel	GG 0= Genderziel ist kein Ziel
Gesamtsumme Haushaltsansatz in € im Haushaltsjahr	611.800	372.132.500	229.366.400

Aufgrund der Zuordnungsregeln sind die budgetrelevanten Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften, der Justizvollzugsbehörden und des Sozialen Dienstes der Justiz (jeweils Titel 685 02 in den Kapiteln 11 20, 11 30 und 11 40) vollständig als Gender-Nebenziel (GG 1) eingeordnet worden, weil in den Budgets auch die Personalausgaben der in diesen Bereichen tätigen Landesbediensteten etatisiert sind.

C. Geplante Hochbaumaßnahmen

Die Mittel für die Bauunterhaltung sowie für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung im Einzelplan 20, Kapitel 20 03, Titelgruppe 61 und für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie PPP-Projekte im Einzelplan 20, Kapitel 20 03, Titelgruppe 62 bzw. Titelgruppe 70 mit veranschlagt.

D. EU-Strukturfondsförderung

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2014 – 2020 (23) im Bereich des Einzelplanes 11 im Haushaltsjahr 2019 geplanten Maßnahmen

(alle Angaben in Euro)

Ebene	Min.	Haushaltsjahr 2019 EU-Fonds Programm/Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf.	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf.	Landes- anteil	Bundes- anteil	Übrige (Mittel- her- kunft)
							Titel		Titel			
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
21.08dsz03.09.1	MJ	Sensibilisierung und Kompetenzstärkung der Akteurinnen und Akteuren	80		20		13 17/ 683 64	570.800	11 02/ 683 93	142.700	0	0
21.08dsz03.09.1	MJ	Sensibilisierung und Kompetenzstärkung der Akteurinnen und Akteuren	80		20		13 17/ 685 64	480.000	11 02/ 685 93	120.000	0	0
21.08dsz03.09.2	MJ	Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter - Gender Mainstreaming	80		20		13 17/ 683 64	310.000	11 02/ 683 93	77.500	0	0
22.09asz06.03.1	MJ	Maßnahmen der berufsspezifischen Aus- und Weiterbildung im Straf- und Arrestvollzug	80		20		13 17/ 683 64	1.093.400	11 02/ 683 93	273.400	0	0
22.09asz06.03.2	MJ	Täter-Opfer-Ausgleich für Erwachsene, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge sowie sonstige Beihilfen und Unterstützungen	80		20		13 17/ 684 64	942.000	11 02/ 684 93	235.500	0	0

E. Einführung eines modernen Haushaltswesens in der Justiz

1. Allgemeine Grundlagen der outputorientierten Budgetierung

Um den steigenden Anforderungen an die öffentlichen Haushalte gerecht werden zu können, setzt die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt konsequent auf die Umsetzung eines modernen Haushaltswesens.

Mit der erstmaligen Ausbringung des Kapitels 11 40 wird die outputorientierte Budgetierung mit dem Haushalt 2019 auch im Sozialen Dienst der Justiz eingeführt und ergänzt die bereits budgetierten Bereiche der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie des Justizvollzuges.

Die Zuweisung der Budgets erfolgt auf der Grundlage von § 17a LHO. Steuerungselemente sind die Kosten- und Leistungsrechnung und das darauf aufbauende Controlling sowie Zielvereinbarungen.

Die Struktur der budgetierten Kapitel ermöglicht durch die kostenartenorientierte Gesamtsicht auf das Budget und dessen Aufteilung auf die Leistungen (Produkte) der Justiz eine transparente Darstellung der Haushaltsansätze. Mit der Zielstellung, die Leistungs- und Wirkungsorientierung in den Fokus zu stellen, werden auch produktorientierte Leistungskennziffern in den Haushalt aufgenommen.

In den Kapiteln 11 20, 11 30 und 11 40 sind die zu erwartenden Einnahmen und geplanten Ausgaben der budgetierten Dienststellen in der im Landeshaushalt einheitlichen Titelstruktur veranschlagt. Die Erläuterungen der Haushaltsansätze berücksichtigen die justizspezifischen Besonderheiten.

Budgetbestandteile auf der Grundlage von § 17a LHO sind die in den kameralen Titeln 685 02 und 894 02 veranschlagten Ausgaben sowie die Verwaltungseinnahmen des Titels 119 59. Die Ausgabebefugnis erhöht sich jeweils um die Mehreinnahmen bei den Verwaltungseinnahmen des Titels 119 59.

Durch die besonderen (verfassungs-)rechtlichen Rahmenbedingungen der Justiz ist im Kapitel 11 20 eine Unterscheidung der Haushaltsmittel in „budgetrelevant“ und „nicht budgetrelevant“ erforderlich. Um den Justizgewährungsanspruch (Artikel 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG), die richterliche Unabhängigkeit (Artikel 97 GG), das Legalitätsprinzip (§ 152 Abs. 2 StPO) und die sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 RPfG) nicht zu beeinflussen, sind die in den gerichtlichen Verfahren zu erhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben gemäß den Beschlüssen der Justizministerkonferenz „nicht budgetrelevant“. Die Verfahrenseinnahmen und die bei Titel 685 05 veranschlagten Ausgaben sind jedoch Bestandteil des Finanzrahmens.

2. Erläuterungen zur Planungsmethodik der Kosten und Erlöse

Veranschlagt werden ausschließlich zahlungsorientierte Kosten und Erlöse. Kalkulatorische Kosten zur transparenteren Abbildung des tatsächlichen Ressourcenverbrauches werden informativ ausgewiesen.

Die Bemessung der Personalausgaben beruht auf den Vorgaben der Haushaltstechnischen Richtlinien des Ministeriums der Finanzen und berücksichtigt die zu erwartenden Ist-Ausgaben für den voraussichtlichen Personalkörper je Dienststelle.

Im Ergebnis werden die Personalausgaben entsprechend der geplanten Arbeitskraftverteilung outputorientiert für Produkte ausgewiesen.

Die Sachkosten wurden kostenartenorientiert im Vorleistungsbereich sowie produktspezifisch geplant. Im Vorleistungsbereich geplante Sachkosten wurden mit Hilfe eines Planumlageverfahrens abschließend outputorientiert auf die Produkte verrechnet. Haushaltsmittel zur Erfüllung von Rechtsverpflichtungen aufgrund bestehender Verträge werden entsprechend der jeweiligen vertraglichen Bestimmungen geplant.

Die im Produkthaushalt dargestellten Verwaltungserlöse entsprechen den nach herkömmlicher Methodik geplanten Ist-Einnahmen.

Grundlage für die Planung der Verfahrenseinnahmen und Verfahrensauslagen im Kapitel 11 20 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) ist eine qualifizierte Geschäftszahlenprognose auf Ebene der Produkte (z.B. Zivilsachen, Strafsachen).

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen	4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen			
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
11 01	Ministerium für Justiz und Gleichstellung		36.100	2.913.500		2.949.600	21.704.800	
11 02	Allgemeine Bewilligungen		17.300	0		17.300	41.384.100	
11 03	Sozialer Dienst der Justiz		0	0		0	0	
11 11	Landesverfassungsgericht		0	0		0	444.500	
11 15	Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI		0	5.000		5.000		
11 20	Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften		109.113.700			109.113.700	0	
11 30	Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug		2.542.200			2.542.200	0	
11 40	Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz		100			100	0	
	Summe 2019		111.709.400	2.918.500		114.627.900	63.533.400	
	Summe 2018		109.452.500	2.780.000		112.232.500	62.495.700	
	2019 mehr(+) / weniger(-)		+2.256.900	+138.500		+2.395.400	+1.037.700	

und Verpflichtungsermächtigungen 2019

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamteinnahmen - Gesamtausgaben)	Verpflichtungsermächtigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.625.600	0		5.400	501.600	23.837.400	-20.887.800	0	11 01
2.075.300	1.498.000			189.100	45.146.500	-45.129.200	100.000	11 02
0	0			0	0	0	0	11 03
47.800	0			0	492.300	-492.300	0	11 11
91.100	3.731.900		0		3.823.000	-3.818.000	0	11 15
	317.475.700		460.800		317.936.500	-208.822.800	65.874.000	11 20
	85.044.200		2.010.200		87.054.400	-84.512.200	3.404.400	11 30
	9.192.700		0		9.192.700	-9.192.600	647.100	11 40
3.839.800	416.942.500		2.476.400	690.700	487.482.800	-372.854.900	70.025.500	
4.510.900	395.833.400		1.680.800	666.400	465.187.200	-352.954.700	3.377.600	
-671.100	+21.109.100		+795.600	+24.300	+22.295.600	-19.900.200	+66.647.900	

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 01 beträgt zum 31.12.2019 159 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

111 45	011	Prüfungsgebühren	9.000 6.160	8.500
Erläuterungen:				
Gebühren für die Abnahme von Notenverbesserungsprüfungen in der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung gemäß Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Juristen (§§ 27, 52 JAPrVO).				
119 31	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	18.000 11.892	15.000
Erläuterungen:				
Einnahmen aus Abführungen der Druckerei für die Herausgabe der Amtsblätter für das Land Sachsen-Anhalt.				
119 51	011	Vermischte Einnahmen	500 10.145	2.000
Erläuterungen:				
Das Ist 2017 ist auf Einmaleffekte (Kostenerstattung aus gerichtlichen Verfahren) zurückzuführen.				
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	10.300 9.562	10.600
Erläuterungen:				
			2018	2019
			EUR	EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen		0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume		0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen		0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften		0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten		10.300	10.600
Summe			10.300	10.600

Einnahmen aus der Vermietung von Parkflächen.

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	2.780.000 2.913.516	2.913.500
Erläuterungen:				
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	158.800	168.800
		Erläuterungen:	165.014	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Amtsgehalt und Familienzuschlag	153.637	164.100
		2. Dienstaufwandsentschädigung	5.163	4.300
		3. Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0
		4. Sonderzuwendung	0	400
		Summe	158.800	168.800
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.238.800	6.484.400
		Erläuterungen:	6.202.353	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.238.800	6.484.400
		2. Aufwandsentschädigungen	0	0
		3. Sonstige Zulagen	0	0
		4. Übergangsgelder	0	0
		Summe	6.238.800	6.484.400
422 05	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0	0
		Erläuterungen:	0	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	0	0
		2. Aufwandsentschädigungen	0	0
		3. Sonstige Leistungen	0	0
		4. Übergangsgelder	0	0
		Summe	0	0
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.489.400	3.276.000
		Erläuterungen:	2.698.616	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	104.200
		- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.489.400	3.171.800
		2. Aufwandsentschädigungen	0	0
		3. Sonstige Leistungen	0	0
		Summe	3.489.400	3.276.000
431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	196.400	291.100
			280.064	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.732.000 2.679.017	3.027.200 0
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	55.600 141.260	172.300 0
432 03	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0 0	0 0
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	5.914.700 6.563.543	7.123.100 0
Erläuterungen: Zur Bewilligung von Beihilfen an Landesbedienstete gelten die Beihilfevorschriften. Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				
441 05	841	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
443 01	841	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	145.000 176.256	176.000 0
Erläuterungen: Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	600 244	600 0
443 03	056	Ausgaben der Heilfürsorge für in den Justizvollzugsdienst übernommene Polizeivollzugsbeamte	57.100 48.000	48.000 0
Erläuterungen: Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 153	500 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	374.000 491.307	579.400 0
453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	198.500 134.065	134.100 0
Erläuterungen:				
			2018	2019
			EUR	EUR
1.		Trennungsgeld	139.000	93.900
2.		Umzugskostenvergütungen	59.500	40.200
Summe			198.500	134.100
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				
453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	180.800 223.300	223.300 0
Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere Trennungsgelder für Referendar/-innen und Beamtenanwärter/-innen. Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	60.800 46.326	62.300 0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	8.600	9.600
2.	Kommunikation	27.000	27.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	25.200	24.400
4.	Sonstiges	0	1.000
Summe		60.800	62.300

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	25.000	22.700
			28.685	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	10.000	11.200
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0
3.	Verbrauchsmittel	15.000	11.500
4.	Sonstiges		
Summe		25.000	22.700

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen	IST 2017	Soll 2018	2019 erforderlich
Personenkraftwagen	4	5	5
Lastkraftwagen	0	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge	0	1	1
Zusammen	4	6	6

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	163.800	228.600
			146.572	0

** Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	79.000	99.200
4.	Bewachung	59.800	72.000
5.	Sonstiges	25.000	57.400
Summe		163.800	228.600

zu 4:

Mehr wegen erwarteter Preissteigerungen nach Neuausschreibung der Bewachungsdienstleistungen.

zu 5:

Mehr wegen der erforderlichen externen Vergabe von Hausmeisterdienstleistungen.

517 30	011	Zahlungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume an BLSA	240.000	214.600
			170.441	0

** Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 517 30

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Heizung	125.300	106.600
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	96.200	88.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	18.500	20.000
4.	Bewachung	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		240.000	214.600

518 01 011 **Mieten und Pachten** 0 0
0 0

518 13 011 **Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz** 12.700 16.300
5.591 0

Erläuterungen:

Das Ist 2017 enthält Einmaleffekte (Kostenerstattung).

Vorgesehen sind höhere Leasingausgaben für ein Fahrzeug mit emissionsarmem Antrieb, ggf. E-Mobil, vornehmlich für den Post- und Aktentransport.

518 30 011 **Mietzahlungen an BLSA** 748.300 748.300
748.207 0

Erläuterungen:

Mietzahlungen an BLSA für die landeseigenen Liegenschaften Domplatz 2 bis 4 und Klewitzstraße 4 in Magdeburg.

519 01 011 **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** 1.500 1.500
104 0

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.500	1.500
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0
Summe		1.500	1.500

Veranschlagt sind die Kosten außerhalb von Wartungsverträgen, die zur Aufrechterhaltung der technischen Anlagen der Dienstgebäude des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung erforderlich sind.

519 30 011 **Zahlung für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen an BLSA** 20.000 10.000
6.361 0

** Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

523 01 011 **Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken** 96.500 85.000
79.361 0

Erläuterungen:

		Soll 2018	Plan 2019
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	63.800	50.000
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	29.900	32.000
3.	Einbände	2.800	3.000
Zusammen		96.500	85.000

526 01 011 **Gerichts- und ähnliche Kosten** 25.000 25.000
9.546 0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 526 01

Erläuterungen:

Gerichts- und Anwaltskosten bei Gerichtsverfahren, an denen das Land beteiligt ist.

526 02	011	Sachverständige	1.200	1.500
			1.776	0

Erläuterungen:

Übersetzungskosten für Rechtshilfe in Strafsachen.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	59.000	60.000
			42.586	0

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	23.500	24.000
			21.423	0

Erläuterungen:

Reisekosten der Vertreter des Hauptpersonalrates sowie der Schwerbehindertenvertretung für Richter/-innen.

529 01	011	Zur Verfügung der Ministerin und des Staatssekretärs	5.000	5.000
			2.483	0

529 05	011	Verfügungsfonds der Landesregierung	12.800	15.600
			17.208	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

531 01	013	Veröffentlichungen	21.000	26.000
			20.977	0

Erläuterungen:

	2018	2019
	EUR	EUR
1. Amtliche Druckwerke	0	0
2. Öffentlichkeitsarbeit	21.000	26.000
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0
4. Sonstige Veröffentlichungen	0	0
Summe	21.000	26.000

Für die Herausgabe von Veröffentlichungen, die zur Aufklärung der Bevölkerung und der Vermittlung rechtlicher Kenntnisse dienen, besteht eine verfassungsrechtliche und den demokratischen Grundsätzen folgende staatliche Verpflichtung. Bereits vorhandene Veröffentlichungen werden weiterhin in aktualisierten Fassungen nachgedruckt, neue Broschüren werden durch Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen und Verabschiedung neuer Gesetze auf Bundes- sowie Landesebene zur Befriedung widerstreitender Interessen entwickelt. Hinzu kommen gesetzliche Erfordernisse, etwa Maßnahmen bzgl. Barrierefreiheit oder Leichter Sprache.

In 2019 mehr wegen mehrsprachiger Publikation zum Prostituiertenschutzgesetz.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	33.300	40.700
			29.801	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 532 01

Erläuterungen:

Sowohl die Veröffentlichungen als auch die sonstige Öffentlichkeitsarbeit dienen der Vermittlung rechtlicher Kenntnisse, der Präsentation der Justiz als modernen Dienstleister und zeitgemäße Institution zur Befriedung widerstreitender Interessen und des Rechtsempfindens. Bereits vorhandene Veröffentlichungen über Regierungsarbeit, Aufgaben und Organisation der Justiz werden weiterhin aktualisiert bzw. neu herausgegeben. Ferner werden Maßnahmen weitergeführt und entwickelt, um die Akzeptanz des Rechtsstaates zu sichern und zu steigern. So werden weiterhin verstärkt Tage der Offenen Tür, öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Justiz gefördert und unterstützt. Hinzu kommen gesetzliche Erfordernisse, etwa Maßnahmen bzgl. Barrierefreiheit oder Leichter Sprache.

In 2019 mehr wegen Kampagnen zur Personalgewinnung in der Justiz sowie wegen der Veranstaltung "Tonangeben" mit Verleihung des Pressepreises.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11 (mit Ausnahme der Ansätze bei Kapitel 11 15 TGr. 66 und 67).

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	4.400	4.000
			164	0

Erläuterungen:

Kosten für die Aktenvernichtung im Ministerium für Justiz und Gleichstellung gemäß Aufbewahrungsbestimmungen.

534 30	011	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	41.500	33.500
			37.219	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Dienstzimmerausstattungen	40.200	33.500
2.	Transportarbeiten durch Freigänger	1.300	0
	Summe	41.500	33.500

546 59	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.000	1.000
			4.610	0

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			99	0

811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0
			0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5.000	5.400
			0	0

Erläuterungen:

Ersatz und Ergänzung von ergonomischen Dienstzimmerausstattungen.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	349.700	501.600
			276.087	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	37.800	36.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.780.000	2.913.500
Gesamteinnahme		2.817.800	2.949.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	19.741.700	21.704.800
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.596.300	1.625.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	5.000	5.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	349.700	501.600
Gesamtausgabe		21.692.700	23.837.400
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-18.874.900	-20.887.800

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 1102 beträgt zum 31.12.2019 0 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

119 51	011	Vermischte Einnahmen	25.000	17.300
			17.216	

Erläuterungen:

Einnahmen aus nicht zuordenbaren Verwahrungen.

Titelgruppe(n)

63 EU-Zuschüsse außerhalb der Strukturfonds

272 63	011	Sonstige Zuschüsse von der EU	0	0
			0	

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe Kapitel 11 02 Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Einnahmen aus EU-Förderprogrammen außerhalb von Strukturfonds.

Nachrichtlich: Summe TG. 63			0	0
------------------------------------	--	--	----------	----------

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019

Angaben in EUR

Ausgaben

427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	352.400	373.600
		Erläuterungen:	237.906	0
		Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.		
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Lehrvergütung für nebenamtliche Lehrkräfte	261.600	288.300
		2. Prüfungsvergütung für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse	90.800	85.300
		Summe	352.400	373.600
		Mehrbedarf aufgrund verstärkter Ausbildung in den Bereichen Gerichte und Staatsanwaltschaften und Justizvollzug sowie eines erhöhten Fortbildungsbedarfs mit im Nebenamt tätigen Referenten/-innen.		
428 03	051	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	2.993.900	3.391.400
		Erläuterungen:	2.062.859	0
		Zentrale Veranschlagung der Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte (Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare/-innen).		
		Mehr aufgrund höherer Anzahl an Rechtsreferendaren/-innen.		
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	19.349.300	21.330.400
		Erläuterungen:	16.111.230	0
		Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge der Beamten/-innen und Richter/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und ab 2019 auch des Sozialen Dienstes der Justiz.		
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.827.800	2.267.800
		Erläuterungen:	2.325.386	0
		Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamten/-innen und Richter/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und ab 2019 auch des Sozialen Dienstes der Justiz.		
432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	6.772.000	7.694.800
		Erläuterungen:	5.853.979	0
		Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge der Beamten/-innen mit besonderer Altersgrenze im Justizvollzug (einschließlich LBBG).		
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	150.700	170.100
		Erläuterungen:	170.049	0
		Zentrale Veranschlagung der Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfänger/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und ab 2019 auch des Sozialen Dienstes der Justiz.		
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	3.397.000	6.156.000
		Erläuterungen:	4.583.955	0
		Zentrale Veranschlagung der Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und ab 2019 auch des Sozialen Dienstes der Justiz.		
511 02	011	Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken	350.000	350.000
			326.966	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 511 02

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Kosten für die Herstellung und Beschaffung von Vordrucken für den Einzelplan 11.

511 03	011	Festnetz-Telefondienstleistungen	144.000	146.500
			146.272	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

518 01	011	Mieten und Pachten	470.000	520.000
			418.782	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	0	0
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	470.000	520.000
3.	Für Leasing	0	0
	Summe	470.000	520.000

Zentrale Veranschlagung der Mieten für Kopiergeräte für den Einzelplan 11.

Nach Neuausschreibung des Rahmenvertrages im Jahr 2018 sind wegen der Fortentwicklung der Gerätestandards und des einzusetzenden technischen Funktionsumfangs gegenüber dem Ist 2017 deutlich höhere Ausgaben zu erwarten.

525 01	011	Aus- und Fortbildung	833.900	876.900
			663.742	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Ausbildungslehrgänge	381.500	315.100
2.	Fortbildungsveranstaltungen	435.900	544.800
3.	Prüfervergütungen und Fachtagungen	16.500	17.000
	Summe	833.900	876.900

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11 mit Ausnahme von Reisekosten der Fortbildungsveranstaltungen für die budgetierten Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 11 20) sowie für den Sozialen Dienst der Justiz (Kapitel 11 40).

Tendenziell ist durch die zunehmend gesetzlich verankerte Fortbildungspflicht (s. auch Koalitionsvertrag) und die damit verbundene Erforderlichkeit eines umfangreichen Angebotes an Fortbildungen und durch die Erhöhung aller Kosten (Sach- und Personalkosten) auch weiterhin mit einem ansteigenden Mittelbedarf für Aus- und Fortbildung zu rechnen. Die Umsetzung des Konzepts zur Stärkung des Referendariats und die geplanten Modullehrgänge "Justizmanagement in Sachsen-Anhalt" verursachen ebenfalls Kostensteigerungen.

525 02	011	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	32.000	45.200
			16.744	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

Mehr aufgrund einer zunehmenden Anzahl von Bund-/ Länderbesprechungen und länderübergreifenden Fachtagungen sowie ähnlicher Veranstaltungen.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	116.700	116.700
			100.176	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Kosten für die Bereitstellung und Pflege der Datenbank, welche die Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften, die Rechtsprechung des Landes Sachsen-Anhalt und die Fundstellennachweise im Internet für die Bürger/-innen (www.landesrecht.sachsen-anhalt.de; inkl. mobiler Version des Internetauftritts) sowie im Extranet LSA für die Landesbediensteten beinhaltet.

Berücksichtigt sind Beratungsleistungen zur Unterstützung der im Jahr 2019 erforderlichen Vergabe der Dienstleistungen zur Bereitstellung und Pflege der Datenbank (15.000 EUR).

Berücksichtigt sind zudem Aufwendungen für Honorare externer Experten/-innen im Rahmen von Veranstaltungen für kommunale Gleichstellungsbeauftragte (2.000 EUR).

632 01	011	Erstattungen von Personal- und Sachausgaben an Länder	700.900	491.800
			456.987	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 02 Titel 632 02.

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Kosten für die Ausbildung von Rechtspflegeranwärter/-innen des LSA an Fachhochschulen anderer Bundesländer	115.500	78.100
2.	Kosten für die Ausbildung von Gerichtsvollzieher/-innen des LSA an der Justizschule Pegnitz (Freistaat Bayern)	39.300	18.300
3.	Kosten für die Ausbildung von Amtsanwälten/-innen des LSA an der Justizbildungs- und Fortbildungsstätte Monschau (Nordrhein-Westfalen)	13.600	6.600
4.	Kosten für die Ausbildung von Justizwachtmeister/-innen des LSA an der Justizschule Pegnitz (Freistaat Bayern)	44.800	26.000
5.	Kosten für die Ausbildung der Justizsekretärsanwärter/-innen am Ausbildungszentrum Bobritzsch (Freistaat Sachsen)	204.900	201.500
6.	Kosten für die Teilnahme von Rechtspfleger/-innen des LSA am Aufbaustudiengang in Nordrhein-Westfalen	8.000	0
7.	Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie (DRA) in Trier/WuStrau	66.700	67.000
8.	Erstattungen an das European Judicial Training Network (EJTN) - Europäische Richterfortbildung	700	700
9.	Kosten für die Ausbildung von Anwärter/-innen des gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes des LSA an Fachhochschulen anderer Bundesländer	127.400	93.600
10.	IT-Management-Ausbildung für Justizbedienstete	80.000	0
	Summe	700.900	491.800

Zu 1.

Kosten für die Ausbildung von Rechtspflegeranwärter/-innen des LSA an Fachhochschulen anderer Bundesländer. Nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Sachsen-Anhalt und Berlin über die gemeinsame Ausbildung für den gehobenen Justizdienst sind dem Land Berlin anteilige Kosten für das Studium der Anwärter/-innen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin zu erstatten.

Zu 7.

Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier/WuStrau. Die Deutsche Richterakademie mit ihren Fortbildungsstätten in Trier und WuStrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Die Kosten für die Tagungsstätten tragen der Bund und die Länder je zur Hälfte. Der Länderanteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Zu 9.

Kosten für die Ausbildung von Anwärter/-innen des gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes des LSA an Fachhochschulen anderer Bundesländer. Nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen über die gemeinsame Ausbildung des gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes sind anteilige Kosten für das Studium der Anwärter/-innen an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel zu erstatten.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

632 02 011 Sonstige Zuweisungen **159.700** **156.100**
116.844 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titel 632 01.

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Anteil an den Kosten der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg	36.500	37.600
2.	Anteil an den Personal- und Sachkosten des gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Berlin	1.000	1.500
3.	Kosten für die Beteiligung an dem von Nordrhein-Westfalen betriebenen Internetportal "www.verwaltungsgerichtsbarkeit.de"	0	300
4.	Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e.V. in Wiesbaden (KrimZ)	13.400	17.700
5.	Kosten für die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter	12.200	12.200
6.	Kosten für die Nutzung der Asylfaktendokumentation bei dem VG Wiesbaden durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit	14.500	14.300
7.	Anteil an den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Europäischen Mahngerichts Deutschland	6.000	300
8.	Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet über das von Nordrhein-Westfalen betriebene Portal "www.insolvenzbekanntmachungen.de"	7.000	8.000
9.	Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Zwangsversteigerungsverfahren im Internet über das von Nordrhein-Westfalen betriebene Portal "www.zvg-portal.de"	2.000	2.000
10.	Kosten für die Beteiligung an dem von Nordrhein-Westfalen betriebenen Internetportal "www.justizauktion.de"	1.600	1.900
11.	Anteil an den Kosten für die Errichtung und den Betrieb des zentralen elektronischen Schutzschriftenregisters der Länder (ZSR)	65.000	60.000
12.	Anteil an den Kosten der Auffangschlichtungsstelle für Verbraucherstreitigkeiten	500	300
Summe		159.700	156.100

686 03 011 Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten der Hospitanten der IRZ-Stiftung **1.000** **1.000**
250 0

981 01 011 Erstattungen von Aufwendungen des Statistischen Landesamtes für die Aufbereitung von Geschäftsstatistiken der Justiz (§ 19 StatG-LSA) **146.500** **189.100**
146.500 0

Titelgruppe(n)

63 EU-Zuschüsse außerhalb der Strukturfonds

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 11 02 Titel 272 63.

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden. Eine Inanspruchnahme ist nur zulässig, wenn eine entsprechende Bewilligung von EU-Zuschüssen für das Jahr 2020 vorliegt.

Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

427 63	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0
			0	0
532 63	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0
			0	0
547 63	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0	20.000
			0	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			100.000	100.000
2021				
2022				
2023 ff.				
Summen			100.000	100.000

Erläuterungen:

Ausgaben im Rahmen von EU-Förderprogrammen außerhalb von Strukturfonds, insbesondere "Justiz" sowie "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft".

Zur Umsetzung der Projekte stehen die hier etatisierten Ko-Finanzierungsmittel in Höhe von 20.000 EUR zur Verfügung, die darüber hinaus zweckgebundene Einnahmen aus EU-Zuschüssen in Höhe von 80.000 EUR ermöglichen.

686 63	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0
			0	0
687 63	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	0	0
			0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 **0** **20.000**
100.000

93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Programmen - Förderperiode 2014 - 2020

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 11 02 Titel 683 93, Kapitel 11 02 Titel 684 93 und Kapitel 11 02 Titel 685 93.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efREporter 3 (BEM) zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Fonds-Förderung 2014 bis 2020 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 80 v. H. aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und in Höhe von 20 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen.

Die ESF-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen sind bei Kapitel 13 17 in der Titelgruppe 64 veranschlagt.

Aus der Titelgruppe 93 werden folgende Maßnahmen kofinanziert:

Maßnahmen	Titel 683 93	Titel 684 93	Titel 685 93	Gesamt
	2019 (EUR)	2019 (EUR)	2019 (EUR)	2019 (EUR)
Sensibilisierung und Kompetenzstärkung der Akteurinnen und Akteure	142.700		120.000	262.700
Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter – Gender Mainstreaming	77.500			77.500
Maßnahmen der berufsspezifischen Aus- und Weiterbildung im Straf- und Arrestvollzug	273.400			273.400
Täter-Opfer-Ausgleich, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge sowie sonstige Beihilfen und Unterstützungen		235.500		235.500
Gesamt	493.600	235.500	120.000	849.100

Die Sensibilisierung und Kompetenzstärkung der Akteurinnen und Akteure umfasst:

- die Erhöhung der Eingliederungschancen von Alleinerziehenden,
- die Unterstützung und Förderung von Frauen in MINT-Berufen,
- AGG Unterstützungsangebote und -maßnahmen.

683 93	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	407.900	493.600
			404.302	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	366.900			366.900
2020	350.200			350.200
2021	224.200			224.200
2022	7.200			7.200
2023 ff.				
Summen	948.500			948.500

684 93	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	235.500	235.500
			203.949	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titelgruppe 93.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	235.500			235.500
2020	235.500			235.500
2021	235.500			235.500
2022	129.700			129.700
2023 ff.				
Summen	836.200			836.200

685 93 011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen **100.000** **120.000**
 64.642 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	120.000			120.000
2020	124.400			124.400
2021				
2022				
2023 ff.				
Summen	244.400			244.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 93 **743.400** **849.100**
 0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	25.000	17.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		25.000	17.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	34.843.100	41.384.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.946.600	2.075.300
			100.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.605.000	1.498.000
			0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	146.500	189.100
			0
Gesamtausgabe		38.541.200	45.146.500
Gesamtsumme der VE			100.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-38.516.200	-45.129.200

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 03 **Sozialer Dienst der Justiz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Der Soziale Dienst der Justiz wird ab dem Haushaltsjahr 2019 aus dem Kapitel 11 03 herausgelöst und im Kapitel 11 40 budgetiert.

Einnahmen

119 51	059	Vermischte Einnahmen	20.000	0
			8.534	
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	
282 02	059	Erstattung von Geldleistungen im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und der Straffälligenentschuldung	0	0
			1.534	

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 03 **Sozialer Dienst der Justiz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 01	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.020.600 3.082.618	0 0
428 01	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.360.000 3.967.499	0 0
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	159.100 120.662	0 0
		Erläuterungen:		
		Die Haushaltsmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 11 02 Titel 432 01 veranschlagt.		
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
		Erläuterungen:		
		Die Haushaltsmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 11 02 Titel 432 02 veranschlagt.		
443 02	059	Amtsärztliche Untersuchungen	500 0	0 0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0
		Erläuterungen:		
		Die Haushaltsmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 11 02 Titel 443 11 veranschlagt.		
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 10.265	0 0
		Erläuterungen:		
		Die Haushaltsmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 11 02 Titel 446 01 veranschlagt.		
511 01	059	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	48.300 49.215	0 0
514 01	059	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	2.000 406	0 0
514 02	059	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	500 0	0 0
517 01	059	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	87.000 71.883	0 0
517 30	059	Zahlungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume an BLSA	61.800 5.874	0 0
518 01	059	Mieten und Pachten	140.900 139.000	0 0
518 30	059	Mietzahlungen an BLSA	222.600 215.406	0 0
519 01	059	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11.700 5.685	0 0
519 30	059	Zahlungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen an BLSA	2.600 2.600	0 0
526 02	059	Sachverständige	5.000 543	0 0
527 01	059	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	100.000 94.769	0 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
527 03	059	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	500	0
			358	0
533 01	059	Dienstleistungen Außenstehender	2.000	0
			-940	0
534 30	059	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	26.800	0
			34.454	0
546 59	059	Vermischte Verwaltungsausgaben	3.000	0
			3.146	0
632 01	059	Erstattungen an Länder	127.500	0
			91.166	0
681 01	059	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			813	0
684 02	059	Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt zu Maßnahmen der Straffälligenentschuldung sowie des Täter-Opfer-Ausgleichs nach Strafgesetzbuch	87.500	0
			85.227	0
684 04	059	Sonstige Beihilfen und Unterstützungen	86.000	0
			81.722	0
684 07	059	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	425.000	0
			423.846	0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	170.200	0
			182.236	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 03 **Sozialer Dienst der Justiz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20.000	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		20.000	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	7.540.200	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	714.700	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	726.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	170.200	0
Gesamtausgabe		9.151.100	0
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-9.131.100	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 11 **Landesverfassungsgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel des Landesverfassungsgerichts sind aus haushaltstechnischen Gründen im Einzelplan 11 bei Kapitel 11 11 veranschlagt.

Die besondere Stellung des Landesverfassungsgerichts als Verfassungsorgan wird dadurch nicht berührt.

Einnahmen

119 51	051	Vermischte Einnahmen	0	0
			4	
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 11 **Landesverfassungsgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	80.000	95.000
		Erläuterungen:	78.000	0
		Dienstaufwandsentschädigungen		
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. für Mitglieder	50.400	65.400
		2. für Stellvertreter	29.600	29.600
		Summe	80.000	95.000

Gemäß § 8 Abs. 3 und § 12 Abs. 3 Landesverfassungsgerichtsgesetz (LVerfGG).

Mehr wegen der Änderung des LVerfGG.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	103.200	101.400
		Erläuterungen:	98.018	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	103.200	101.400
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Zulagen		
		4. Übergangsgelder		
		Summe	103.200	101.400

427 11	051	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	21.600	25.200
		Erläuterungen:	10.800	0

Die gemäß § 14 Abs. 3 LVerfGG zur Unterstützung des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts in den Verwaltungsgeschäften und zur Mitwirkung als wissenschaftliche Mitarbeiter herangezogenen Richter/-innen im Landesdienst erhalten für ihre Nebentätigkeit eine monatliche Entschädigung in Höhe von bis zu 300 EUR.

Mehr gegenüber dem Ist 2017, da wegen der Änderung des LVerfGG weitere wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen bestellt werden sollen.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	89.400	146.300
		Erläuterungen:	89.586	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der		
		- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0
		- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	89.400	146.300
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Leistungen		
		Summe	89.400	146.300

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	75.100	71.300
			69.278	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0
443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	0	0
			0	0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0
			0	0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.400	5.300
			2.172	0
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	24.000	28.000
		Erläuterungen:	30.005	0
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Geschäftsbedarf	14.500	18.300
		2. Kommunikation	8.200	4.500
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	800	3.800
		4. Sonstiges	500	1.400
		Summe	24.000	28.000
514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	2.100	2.500
			1.707	0
		Erläuterungen:		
			2018	2019
			EUR	EUR
		1. Haltung von Fahrzeugen	2.100	2.500
		2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0
		3. Verbrauchsmittel	0	0
		4. Sonstiges	0	0
		Summe	2.100	2.500
Bestand an Dienstfahrzeugen			Ist 2017	Soll 2018
		Personenkraftwagen	1	1
		Lastkraftwagen	0	0
		Nutz- bzw. Sonderfahrzeuge	0	0
		Zusammen	1	1
518 01	051	Mieten und Pachten	1.000	0
			0	0
518 13	051	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz	2.700	2.800
			2.691	0
526 02	051	Sachverständige	0	0
			0	0
527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	10.000	14.000
			2.957	0
		Erläuterungen:		
		Mehr wegen der Änderung des LVerfGG.		
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts	500	500
			468	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
529 04	051	Verfüungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand	3.000	0
			0	0
		** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.		
534 30	051	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	0	0
			0	0
536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte	0	0
			0	0
		* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 11 Titel 536 12, Kapitel 11 11 Titel 536 13, Kapitel 11 11 Titel 536 16 und Kapitel 11 11 Titel 536 17.		
536 12	051	Zeugenschädigungen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
536 17	051	Reisekosten des Gerichts	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0
			0	0
681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			0	0
681 05	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	0	0
			0	0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0
			0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
 11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	370.700	444.500
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	43.300	47.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		414.000	492.300
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-414.000	-492.300

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 15 **Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Artikel 34 der Landesverfassung verpflichtet das Land, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Zur Umsetzung dieser Verpflichtung werden folgende Handlungsschwerpunkte verfolgt:

- Systematische Verankerung des Gleichstellungsziels in das Verwaltungshandeln (Gender Mainstreaming),
- Unterstützung gleichstellungspolitischer Aktivitäten,
- gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit,
- Förderung von Beratungsstellen sowie von Projekten für Frauen wie Frauenhäuser und Frauenzentren,
- Förderung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt,
- Förderung von Beratungsangeboten sowie die Umsetzung eines sich auf alle Fachpolitiken des Landes beziehenden rahmengebenden Aktionsprogrammes für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen sowie gegen Homo- und Transphobie.

Einnahmen

111 11	291	Verwaltungsgebühren	0	0
			0	
119 41	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0
			3.005	
119 51	291	Vermischte Einnahmen	0	0
			0	
231 01	291	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	5.000
			0	

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 15 Titel 684 01.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes zur Umsetzung des Modellprojektes "Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt".

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

684 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	5.000
			0	0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 11 15 Titel 231 01.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zuwendungen auf der Grundlage der vom Bund erhaltenen Fördermittel für das Modellprojekt "Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt".

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) führt im Zeitraum 2017-2019 das Modellprojekt "Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt" durch. Sachsen-Anhalt gehört zu den Ländern, die dafür eine Förderung vom BMFSFJ erhalten. Das Modellprojekt des Bundes wird auf der Grundlage des Beschlusses 7.1 "Betreuung und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder" der 26. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/-innen, Senatorinnen und Senatoren der Länder (GFMK) umgesetzt.

684 02	291	Zuschüsse an den Landesfrauenrat	121.400	128.200
			116.900	0

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesfrauenrates

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	96.999	99.995	102.600
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	13.217	14.761	14.800
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	10.396	9.069	13.300
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	120.612	123.825	130.700
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	3.712	2.425	2.500
Mithin Fehlbetrag:	116.900	121.400	128.200
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0
b) das Land mit	116.900	121.400	128.200
c) den Bund mit	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0
e) Private	0	0	0
Zusammen	116.900	121.400	128.200

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 02

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E 11	1,00	1,00	1,00
E 6	0,65	0,65	0,75
Summe	1,65	1,65	1,75
Insgesamt	1,65	1,65	1,75

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. ist ein gemeinnütziger Dachverband von Frauenorganisationen und -verbänden sowie von Frauengruppen gemischter Organisationen in Sachsen-Anhalt. Er vertritt die Interessen von Frauen in allen Lebenslagen, er ist überparteilich und überkonfessionell.

Der Landesfrauenrat ist die größte außerparlamentarische Vertretung der sachsen-anhaltinischen Frauen. Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. wird vom Land Sachsen-Anhalt in seinen Bemühungen unterstützt, die Stellung der Frau in der demokratischen Gesellschaft zu sichern und zu stärken.

Da sich der Landesfrauenrat nicht aus Eigenmitteln finanzieren kann, seine Aufgaben aber im Landesinteresse liegen und von politischer Tragweite sind, erfolgt eine institutionelle Förderung von Personal- und Sachkosten für eine Geschäftsstelle. Die Zuschüsse werden zur Fehlbetragsfinanzierung in Form eines Festbetrages gewährt.

Titelgruppe(n)

61 Förderung von Beratungsstellen und von Projekten für Frauen

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

	633 61			684 61			Gesamt	
	Ist 2017	2018	2019	Ist 2017	2018	2019	2018	2019
1a Frauenhäuser	200.500	200.300	204.000	1.240.237	1.262.150	1.279.600	1.462.450	1.483.600
Modellprojekt mobile Teams								
1b zur psychosozialen Betreuung				0	110.000	110.000	110.000	110.000
1c Kinder in Frauenhäusern	35.000	50.000	79.000	167.389	450.000	421.000	500.000	500.000
2 Beratungsstellen für Opfer von sexualisierter Gewalt				283.370	288.250	339.900	288.250	339.900
3 Frauenzentren				283.376	264.600	291.100	264.600	291.100
4 Interventions- stellen	52.000	52.000	54.600	158.031	180.500	189.500	232.500	244.100
5 Landes- koordinierungs- stelle (LIKO)				70.900	72.300	99.500	72.300	99.500
6 Beratungsstelle VERA				97.950	99.900	144.500	99.900	144.500
7 Beratungsstelle Pro Mann				158.280	186.700	196.000	186.700	196.000
Gesamt:	287.500	302.300	337.600	2.459.533	2.914.400	3.071.100	3.216.700	3.408.700

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Zu 1.

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, durch helfende und vorbeugende Maßnahmen Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen. Die in Sachsen-Anhalt errichteten Frauenhäuser und ambulanten Beratungsstellen haben sich als unverzichtbare Hilfeinrichtungen für Frauen und deren Kinder bewährt. Um den Bestand an Hilfsangeboten zu sichern, sind die Träger der Einrichtungen weiterhin auf die Förderung durch das Land angewiesen.

Das Projekt "Mobile Teams zur psychosozialen Betreuung von Frauen und Kindern in Frauenhäusern" wird auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 02.09.2016 (LT-Drs. 7/327) "Frauenhausarbeit langfristig sichern - Hilfesysteme für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ausbauen" umgesetzt und mit dem Modellprojekt des Bundes verknüpft.

Zu 2.

Die Beratungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt bieten für Frauen und Mädchen und bei Bedarf für Jungen und Männer überregional Beratung, Begleitung und Unterstützung sowie erste therapeutische Aufarbeitung der traumatischen Missbrauchserfahrungen an und stehen familiären Unterstützungspersonen und professionellen Hilfeinrichtungen beratend zur Seite. Die spezialisierten Beratungsstellen sind ein Bestandteil der Präventionsarbeit im Anti-Gewalt-Bereich.

Zu 3.

Um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft, im Erwerbsleben und in der Politik zu fördern, werden Frauenzentren durch das Land gefördert. Aufgabe dieser Einrichtungen ist es, frauenspezifische Bildungs-, Informations-, Kultur- und Kommunikationsangebote bereitzustellen.

Zu 4.

Die Interventionsstellen sind ein erforderliches Bindeglied in der staatlichen Interventionskette in Fällen von häuslicher Gewalt. Durch den pro-aktiven Ansatz werden mehr Betroffene erreicht, die in einer gewalttätigen Beziehung leben, und Hilfestellungen bzgl. deren Beendigung erhalten. Dies wirkt sich letztendlich auch auf die Senkung der gesellschaftlichen Kosten aus, die durch Gewalt entstehen.

Zu 5.

Die Landesstelle zur Intervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking (LIKO) unterstützt und koordiniert erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung nachhaltiger Präventions- und Interventionsstrategien bei häuslicher Gewalt und Stalking im Hilfenetzwerk des Landes und trägt somit zur konzeptionellen Weiterentwicklung und Verstetigung des notwendigen Opferschutzes und der Intervention gegen die Täter in enger Kooperation mit Justiz und Polizei bei.

Zu 6.

Die Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsverheiratung (VERA) richtet ihre Hilfsangebote an Frauen, die Opfer von ausbeuterischen Schlepper- und Händlerpraktiken und zur Prostitution gezwungen wurden und beraten minderjährige Mädchen, aber auch Jungen, die aus rückwärts gerichteten patriarchalischen Verhältnissen kommend potentiell von Zwangsverheiratung gefährdet sind, sowie Frauen, die bereits gegen ihren Willen verheiratet wurden und sich vom Partner trennen wollen.

Zu 7.

Die Beratungsstelle Pro Mann arbeitet mit Jungen und Männern, die gewalttätig gegenüber Frauen, Kindern und anderen Männern geworden sind, und/oder sich in Krisensituationen befinden. Männer erhalten Hilfe und Unterstützung, ihr Leben auch ohne Gewalt führen zu können. In der Beratung werden Strategien und Hilfen angeboten, um in schwierigen Situationen besser zurecht zu kommen. Männer erlernen ihre Gewaltmuster zu erkennen, sich zu verändern und können sich somit für ein Leben ohne Gewalt entscheiden.

633 61	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	302.300	337.600
			287.500	0

Erläuterungen:

Förderung von in kommunaler Trägerschaft stehenden Frauenhäusern, einschließlich von Kindern in Frauenhäusern, ambulanten Beratungsstellen und einer Interventionsstelle in kommunaler Trägerschaft.

Die Fördermittel an Träger der Frauenhäuser und deren ambulante Beratungsstellen werden nach einer entsprechenden Richtlinie zugewendet.

684 61	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.914.400	3.071.100
			2.459.533	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 61

Erläuterungen:

Zur Stärkung und Weiterentwicklung eines quantitativ wie qualitativ bedarfsgerechten Hilfesystems erfolgt die Förderung von in freier Trägerschaft stehenden Frauenhäusern und deren ambulante Beratungsstellen, Frauenzentren, Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt, Interventionsstellen, der Landesinterventions- und koordinierungsstelle (LIKO), der Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsverheiratung (VERA) sowie der Beratungsstelle Pro Mann.

Die Fördermittel an Träger der Frauenhäuser und deren ambulante Beratungsstellen werden nach einer entsprechenden Richtlinie zugewendet.

685 61	291	Zuschüsse zur Förderung von innovativen Modellvorhaben an öffentliche Einrichtungen	0	0
			0	0
883 61	291	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
			0	0
893 61	291	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0
			0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			3.216.700	3.408.700
				0

66 Förderung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 15 Titelgruppe 67.

** Rückzahlungen/Erstattungen/Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Förderung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt gem. Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 10. November 2011 (LT-Drs. 6/567). Zur Bekanntmachung und Umsetzung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sind landesweite Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung eines breiten öffentlichen und Fachpublikums notwendig. Die im Rahmen des Landesprogramms initiierten und durchzuführenden Maßnahmen sollen sich nachhaltig positiv, insbesondere unter Berücksichtigung des geschlechtergerechten Ansatzes, auf die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt im Hinblick auf den demografischen Wandel, die Fachkräftesicherung sowie die sozialen Aspekte auswirken.

532 66	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	40.000	40.000
			2.791	0

Erläuterungen:

Zur Umsetzung des Landesprogramms sind landesweite Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehungen eines breiten öffentlichen Fachpublikums notwendig, wie z.B. die Durchführung von Veranstaltungsreihen, Kampagnen und Ausstellungen im Rahmen des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.

Dienstleistungsart		2018	2019
1.	Fachveranstaltungen	10.000	10.000
2.	Neuaufgabe Broschüre (Fortschreibung Landesprogramm)	20.000	20.000
3.	Öffentlichkeitsarbeit zu einzelnen Maßnahmen des Landesprogramms durch z.B. Plakate, Postkarten etc.	5.000	5.000
4.	Öffentlichkeitsarbeit zum Landesprogramm durch z.B. Werbeträger, Kampagnen etc.	5.000	5.000
Zusammen		40.000	40.000

533 66	291	Dienstleistungen Außenstehender	117.300	17.300
			25.283	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 533 66

Erläuterungen:

Folgende Dienstleistungen sind für die Umsetzung des Landesprogramms notwendig:

		2018	2019
1.	Stellungnahmen und Expertisen	5.500	5.500
2.	Durchführung von Fachaustauschen, Vernetzungstreffen etc.	11.300	11.300
3.	Umsetzung von Modellprojekten		500
Zusammen		16.800	17.300

684 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und andere Einrichtungen zur Förderung von innovativen Modellvorhaben	0	0
			0	0
685 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen zur Förderung von innovativen Modellvorhaben	0	0
			0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			157.300	57.300
				0

67 Umsetzung des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt sowie Förderung von Beratungsangeboten und Einzelmaßnahmen im Bereich LSBTTI

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 15 Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Gemäß Beschluss der Landesregierung vom 14.10.2014 ist das Ministerium für Justiz und Gleichstellung auch für den Aufgabenbereich "Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen (LSBTTI)" zuständig. Dies beinhaltet die Förderung von Beratungsangeboten und Einzelprojekten von im Bereich LSBTTI tätigen Vereinen und Verbänden, die Mitwirkung bei Gesetzesvorlagen sowie Landtags-, Kabinetts- und Bundesangelegenheiten.

Gemäß Kabinettsbeschluss vom 22.12.2015 umfasst der Aufgabenbereich ebenso die Umsetzung des "Aktionsprogrammes für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen in Sachsen-Anhalt".

532 67	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	23.500	5.000
			3.721	0

Erläuterungen:

Zur Umsetzung des Programms sind landesweite Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung eines breiten öffentlichen Fachpublikums notwendig, wie z. B. die Durchführung von Veranstaltungsreihen, Kampagnen und Ausstellungen.

533 67	291	Dienstleistungen Außenstehender	29.200	28.800
			572	0

Erläuterungen:

Im Rahmen des Programms sind Maßnahmen aus dem LSBTTI-Aktionsprogramm gemäß Landtagsbeschluss vom 29.01.2015 (LT-Drs. 6/3789) für besondere Bedarfsbereiche umzusetzen.

Folgende Dienstleistungen sind für die Umsetzung notwendig:

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 15 **Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 533 67

		2018	2019
1.	Bildungs- und Qualifizierungsangebote	8.900	8.600
2.	Expertisen, Erhebung, Gutachten etc.	11.500	19.000
3.	Fachaustausche, Vernetzungstreffen etc.	8.800	1.200
Zusammen		29.200	28.800

Im Rahmen des Aktionsprogramms LSBTTI ist eine Studie beabsichtigt, um verlässliche Zahlen zur vorurteilsmotivierten Kriminalität zu erlangen. Es handelt sich um eine sog. Dunkelfeldstudie, um vorurteilsmotivierte Kriminalität besser beurteilen zu können. Aussagen über das zahlenmäßige Vorkommen von LSBTTI-feindlicher Gewalt zu treffen ist dadurch erschwert, dass die meisten Taten nicht zur Anzeige kommen. Anonyme Befragungen ergeben unterdessen auf bundesdeutscher Ebene eine Gewaltrate von 60%. Um die Situation in Sachsen-Anhalt zu beurteilen und geeignete Präventivstrategien zu erarbeiten, sind zuverlässige Befunde im Rahmen dieser beabsichtigten Studie erforderlich.

684 67	291	Zuschüsse zur Förderung von Einzelmaßnahmen	50.000	190.000
			42.932	0

Erläuterungen:

Nr.	Erläuterungstext	2019
1.	Förderung von 5 Vereinen	50.000
2.	Förderung Medienkoffer	60.000
3.	Förderung Landeskoordinierungsstellen	80.000
Zusammen		190.000

zu 1.)

Förderung von Beratungsangeboten und innovativen Einzelprojekten für LSBTTI.

zu 2.)

Bereitstellung von zwei Methoden-Koffern für die Sensibilisierung zu Rollenzuschreibungen, Geschlechtervielfalt und Familienmodellen an Kitas.

zu 3.)

Der Koalitionsvertrag sieht die Errichtung einer Landeskoordinierungsstelle LSBTTI vor. Die Vorgabe soll umgesetzt werden, indem jeweils eine halbe Personalstelle im Norden und im Süden des Landes mit koordinierenden Aufgaben im LSBTTI-Bereich bei einem der dortigen LSBTTI-Träger angesiedelt und gefördert wird.

685 67	291	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0
			0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			102.700	223.800
				0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
 11 15 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.000
Gesamteinnahme		0	5.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	210.000	91.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.388.100	3.731.900
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
Gesamtausgabe		3.598.100	3.823.000
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-3.598.100	-3.818.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

*** Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei oder ein Ministerium in Sachsen-Anhalt abgeordnet sind und die Dienstbezüge aus Stellen bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine/n andere/n Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Die im budgetierten Bereich erwirtschafteten Einsparungen werden im Folgejahr zu zwei Dritteln als Ausgabereserve zur Verfügung gestellt und zu einem Drittel an den Landeshaushalt abgeführt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 20 beträgt zum 31.12.2019 3.076 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Es sind vorhanden

- 1 Oberlandesgericht
- 4 Landgerichte
- 25 Amtsgerichte
- 1 Generalstaatsanwaltschaft
- 4 Staatsanwaltschaften
- 1 Landesarbeitsgericht
- 4 Arbeitsgerichte
- 1 Finanzgericht
- 1 Oberverwaltungsgericht
- 2 Verwaltungsgerichte
- 1 Landessozialgericht
- 3 Sozialgerichte.

Informationen zu allgemeinen Grundlagen der Budgetierung und Erläuterungen zur Planungsmethodik sind für alle budgetierten Bereiche zentral im Vorwort ausgewiesen.

Die im jeweiligen Produkthaushalt ausgewiesenen Produktbereiche setzen sich wie folgt zusammen:

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 20 **Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

a) Produkthaushalt Amtsgerichte

1. Zivilsachen/ Familiensachen: Zivilsachen, Familiensachen
2. Vollstreckungsverfahren: Möbiliarvollstreckung (ohne Gerichtsvollzieher), Immobilienvollstreckung, Unternehmensinsolvenz, Verbraucherinsolvenz
3. Straf- und Ordnungswidrigkeitensachen: Strafsachen gegen Erwachsene, Strafsachen gegen Jugendliche/ Heranwachsende, Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Erwachsene und gegen Jugendliche/ Heranwachsende, Vollstreckung in Jugendsachen
4. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit: Grundbuchsachen, Handelsregistersachen, Vereinsregistersachen, Sonstige Registersachen, Testamentssachen, Sonstige Nachlasssachen, Betreuungssachen
5. Sonstige Verfahren: Sonstige Verfahren, Beratungshilfe, Gerichtsvollziehersachen
6. Verwaltung (extern orientiert - Amtsgericht): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

b) Produkthaushalt Landgerichte

1. Zivilsachen (Landgericht): Zivilsachen, Berufungen in Zivilsachen, Beschwerden in Zivilsachen, Verfahren vor der Kammer für Handelssachen
2. Strafsachen (Landgericht): Strafsachen gegen Erwachsene 1. Instanz, Schwurgerichtssachen, Wirtschaftsstrafsachen, Strafsachen gegen Erwachsene 2. Instanz, Strafsachen gegen Jugendliche/ Heranwachsende 1. Instanz, Strafsachen gegen Jugendliche/ Heranwachsende 2. Instanz, Beschwerden in Strafsachen, Verfahren vor der Großen Strafvollstreckungskammer, Verfahren vor der Kleinen Strafvollstreckungskammer, Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz
3. Sonstige Rechtspflegetätigkeiten (Landgericht): Sonstige Rechtspflegetätigkeit
4. Verwaltung (extern orientiert - Landgericht): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte/ Prüfung, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

c) Produkthaushalt Oberlandesgericht

1. Zivilsachen/ Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit: Berufungen in Zivilsachen, Beschwerden und sonstige Anträge in Zivilsachen einschließlich Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
2. Familiensachen: Berufungen in Familiensachen und Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen, Sonstige Beschwerden in Familiensachen
3. Strafsachen: Revisionsverfahren, Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren, Beschwerden in Straf- und Strafvollstreckungssachen, Staatsschutzsachen, Einsprüche in Bußgeldverfahren nach GWB und Bußgeldverfahren nach § 98 EnWG
4. Sonstige Verfahren: Sonstige Verfahren
5. Verwaltung (extern orientiert - Oberlandesgericht): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte/ Prüfung, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 20 **Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

d) Produkthaushalt Staatsanwaltschaften

1. Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene: Wirtschaftsstrafsachen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Verfahren gegen unbekannte Täter, Kapitalsachen, BtM-Sachen und Verfahren gegen die organisierte Kriminalität, Allgemeine Strafsachen, Verbreitung pornographischer Schriften einschließlich Zentralstelle, Straßenverkehrssachen, Sonstige allgemeine Strafsachen
2. Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche/ Heranwachsende: Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche/ Heranwachsende
3. Ordnungswidrigkeitenverfahren: Ordnungswidrigkeitenverfahren
4. Wahrnehmung der gerichtlichen Hauptverhandlung: Wahrnehmung der gerichtlichen Hauptverhandlung
5. Vollstreckungssachen: Vollstreckungssachen
6. Sonstige staatsanwaltliche Aufgaben: Sonstige staatsanwaltliche Aufgaben
7. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

e) Produkthaushalt Generalstaatsanwaltschaft

1. Ermittlungsverfahren und Mitwirkung am gerichtlichen Verfahren: Staatsschutzsachen (OJs), Sonstige Ermittlungsverfahren, Revisionen, Rechtsbeschwerden, Haftprüfungsverfahren, Sonstige Beschwerden
2. Sonstige Tätigkeiten: Einstellungsbeschwerden einschließlich Klageerzwingungsverfahren, Rechtshilfeverkehr, Sonstige Verfahren
3. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

Fachgerichte

a) Produkthaushalt Arbeitsgerichte

1. Rechtspflege: Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen), Sonstige Rechtssachen
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

b) Produkthaushalt Landesarbeitsgericht

1. Rechtspflege: Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen), Sonstige Rechtssachen
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

c) Produkthaushalt Finanzgericht

1. Rechtspflege: Rechtssachen nach § 33 Abs. 1 FGO, Sonstige Rechtssachen
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

d) Produkthaushalt Verwaltungsgerichte

1. Rechtspflege: Hauptsacheverfahren, Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz, Hauptsacheverfahren in Asylsachen, Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz in Asylsachen, Sonstige Verfahren (z.B. Vollstreckungsverfahren)
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

e) Produkthaushalt Oberverwaltungsgericht

1. Rechtspflege: Erstinstanzliche Hauptverfahren, Erstinstanzliche einstweilige Rechtsschutzverfahren, Rechtsmittel in allgemeinen Hauptverfahren, Rechtsmittel in Asyl-Hauptverfahren, Rechtsmittel in einstweiligen Rechtsschutzverfahren, Sonstige Verfahren
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

f) Produkthaushalt Sozialgerichte

1. Rechtspflege: Krankenversicherung, Vertragsarztangelegenheiten, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit, Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen, Streitigkeiten nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz, Versorgungs- und Entschädigungssachen, Angelegenheiten nach dem SGB IX, Sonstiges
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

g) Produkthaushalt Landessozialgericht

1. Rechtspflege: Krankenversicherung, Vertragsarztangelegenheiten, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit, Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen, Streitigkeiten nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz, Versorgungs- und Entschädigungssachen, Angelegenheiten nach dem SGB IX, Sonstiges, Entschädigungsklagen gem. § 201 GVG, § 202 Satz 2 SGG
2. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

Einnahmen

112 59	051	Nicht budgetrelevante Einnahmen/ Verfahrenseinnahmen	106.934.200	108.858.500
			109.747.424	

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in den Verfahren zu erhebenden Einnahmen aus Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten sowie Geldauflagen zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt. Bei den Amtsgerichten umfasst der Betrag auch Einnahmen in Grundbuchangelegenheiten, des Gemeinsamen Mahngerichts des Landes Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen, des Zentralen Vollstreckungsgerichts sowie aus den elektronischen Registerverfahren. Die Einnahmen sind nicht budgetrelevant.

Weniger gegenüber dem Ist 2017 wegen verschiedener Einmaleffekte in 2017, die für die Zukunft nicht fortgeschrieben werden können.

119 59	051	Budgetrelevante Einnahmen/ Sonstige Verwaltungseinnahmen	264.500	255.200
			331.967	

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 20 Titel 685 02

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 20 **Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 119 59

Erläuterungen:

Weniger gegenüber dem Ist 2017 wegen hoher Einmaleffekte (z. B. Einnahmen aus geltend gemachten Schadensersatzansprüchen).

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 05	051	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0	0
			0	0
422 41	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0	0
			0	0
685 02	051	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	194.183.900	205.907.100
			195.377.922	65.874.000

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 20 Titel 894 02.

** Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 11 20 Titel 119 59.
Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	3.503.900			3.503.900
2020	3.233.200		4.807.800	8.041.000
2021	2.808.200		4.807.800	7.616.000
2022	2.717.000		5.974.600	8.691.600
2023 ff.			50.283.800	50.283.800
Summen	12.262.300		65.874.000	78.136.300

Erläuterungen:

Die in 2019 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

		2019
1.	Justizzentrum Halle, Verlängerung Mietvertrag	37.000.000
2.	Justizzentrum Magdeburg, Verlängerung Mietvertrag	23.335.000
3.	Amtsgericht Zerbst, Verlängerung Mietvertrag	805.500
4.	Amtsgericht Aschersleben, ZwSt. Staßfurt, Verlängerung Mietvertrag	2.360.500
5.	Staatsanwaltschaft Magdeburg, ZwSt. Halberstadt, Verlängerung Mietvertrag	693.000
6.	Amtsgericht Halle (Saale), Anmietung ZAASA-S	1.680.000
Zusammen		65.874.000

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind auf Grundlage von § 17a LHO dem Budget der Ordentlichen Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Fachgerichte, das sich aus den beigefügten Produkthaushalten ergibt, zuzuordnen. Die budgetrelevanten Ausgaben entfallen auf:

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1. Personalausgaben	165.204.218	161.978.000	173.274.500
2. Sachkosten	29.842.288	31.926.500	32.320.000
3. Investitionen unter 5.000 EUR	338.447	279.400	312.600
Zusammen	195.384.953	194.183.900	205.907.100

Hinweis:

Seit 2017 umfassen die Planansätze auch die bisher bei Kapitel 11 02 Titel 422 41 etatisierten Bezüge der Beamten/-innen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 685 02

Ab 2019 zentrale Veranschlagung der Ausgaben im Zusammenhang mit der arbeitsmedizinischen und arbeitssicherheitstechnischen Betreuung für den gesamten Einzelplan 11.

Die geplanten Sachkosten entfallen u. a. auf:

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
a) Mietzahlungen an einen Landesbetrieb	8.080.340	8.097.847	8.110.300
b) Mietzahlungen an einen Drittvermieter	7.433.886	7.439.700	7.795.000
Zusammen	15.514.226	15.537.547	15.905.300

zu a)

Mehr gegenüber dem Ist 2017 aufgrund der geplanten Aufnahme von erforderlichen Archivflächen für die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau in das Mieter-Vermieter-Modell.

zu b)

Mehr gegenüber dem Ist 2017 aufgrund von Index-Steigerungen.

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 20 **Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 685 02

zu a) Nutzungsentgeltzahlungen an einen Landesbetrieb:

Dienststelle	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
AG Burg	160.937	160.937	160.900
AG Gardelegen	145.550	145.550	145.600
AG Salzwedel	111.938	111.938	112.000
AG Stendal	486.182	486.182	486.200
AG Bitterfeld-Wolfen	63.546	63.546	63.500
AG Dessau-Roßlau	199.927	199.927	199.900
AG Wittenberg	252.532	252.532	252.500
AG Zerbst	55.435	55.435	55.400
AG Haldensleben	168.579	168.579	168.600
AG Halberstadt	212.362	212.362	212.400
AG Magdeburg (nur ZAASA-M)	132.621	132.621	132.600
AG Oschersleben	79.487	79.487	79.500
AG Quedlinburg	150.221	150.221	150.200
AG Schönebeck	454.628	454.628	454.600
AG Wernigerode	295.548	295.548	295.600
AG Aschersleben	122.055	122.055	122.100
AG Eisleben	285.097	285.097	285.100
AG Merseburg	273.972	273.972	274.000
AG Naumburg	304.914	304.914	304.900
AG Sangerhausen	165.662	165.662	165.700
AG Weißenfels	278.672	278.672	273.900
AG Zeitz	173.919	173.919	173.900
LG Stendal	191.427	191.427	191.400
LG Magdeburg	1.584.410	1.584.410	1.584.400
LG Halle (Saale)	770.064	770.064	770.100
OLG Naumburg	487.006	487.006	487.000
StA Dessau-Roßlau	238.215	238.215	272.800
StA Halle	8.154	15.088	8.200
GenStA Naumburg	135.659	135.659	135.700
FG Dessau-Roßlau	91.621	102.196	91.600
BLSA-Nutzungsentgelte gesamt:	8.080.340	8.097.846	8.110.300

zu b) Mietzahlungen an einen Drittvermieter:

Dienststelle	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
AG Bitterfeld-Wolfen	119.108	119.100	119.100
AG Köthen	204.413	204.400	204.400
AG Zerbst	161.100	161.100	161.100
AG Magdeburg, Justizzentrum	2.332.347	2.333.900	2.333.500
AG Aschersleben, ZwSt. Staßfurt	472.080	476.200	472.100
AG Bernburg	309.830	309.900	309.900
AG Halle (Saale), Justizzentrum	3.598.560	3.598.600	3.958.400
StA Magdeburg, ZwSt. Halberstadt	138.528	138.600	138.600
StA Halle, ZwSt. Naumburg	97.920	97.900	97.900
Drittmieten gesamt:	7.433.886	7.439.700	7.795.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019

Angaben in EUR

noch zu 685 02

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Ist 2017	Soll 2018	2019 erforderlich
Personenkraftwagen	21	21	22
Lastkraftwagen	0	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge	2	2	2

Hinweis:

Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in der jeweiligen Kosten- und Erlösübersicht dargestellt.

685 05	051	Zuschüsse für nicht budgetrelevante Ausgaben	108.274.400	111.568.600
			107.698.683	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in den Verfahren der budgetierten Gerichte und Staatsanwaltschaften - einschließlich der Verbraucherinsolvenzen und Regelinsolvenzen natürlicher Personen - zu leistenden Auslagen sowie die sonstigen nicht budgetrelevanten Ausgaben für:

Entschädigungen ehrenamtlicher Richter/-innen,
 Entschädigungen beigeordneter Anwälte/-innen,
 Vergütungen der Insolvenzverwalter/-innen und Treuhänder/-innen,
 Zeugenentschädigungen,
 Sachverständigenentschädigungen,
 Untersuchungs- und Unterbringungskosten,
 Bekanntmachungskosten,
 Reisekosten des Gerichts,
 Kosten der Beratungshilfe,
 Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes,
 sonstige Verfahrensauslagen (bisher Titel der Gruppe 536),
 Entschädigungen der Vollstreckungsbeamten/-innen (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen),
 Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen und
 Entschädigungen bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

Darüber hinaus werden auch die auf dem Selbstversicherungsprinzip beruhenden, nicht budgetrelevanten Ausgaben für Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen der budgetierten Dienststellen aus Kapitel 11 20 Titel 685 05 geleistet. Ausgabemittel sind hierfür nicht veranschlagt.

Mehr gegenüber dem Ist 2017 in Anpassung an die aktuelle Ausgabenentwicklung und die geplante Erhöhung der Betreuer- und Vormündervergütung.

Hinweis:

Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in der jeweiligen Kosten- und Erlösübersicht dargestellt.

894 02	051	Zuschüsse für Investitionen	395.400	460.800
			393.907	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 20 Titel 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Investitionen in Anlagen mit einem Anschaffungswert ab 5.000 EUR einschließlich Umsatzsteuer.

Titelgruppe(n)

91 Planmäßiges Personal in Globalhaushalten und Produkthaushalten

422 91	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0
428 91	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0
			0	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 20 **Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	107.198.700	109.113.700
Gesamteinnahme		107.198.700	109.113.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	302.458.300	317.475.700 65.874.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	395.400	460.800 0
Gesamtausgabe		302.853.700	317.936.500
Gesamtsumme der VE			65.874.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-195.655.000	-208.822.800

Kapitel 11 20: Kosten- und Erlösübersicht gesamt

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	109.894.972	106.934.200	108.858.500
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	337.819	264.500	255.200
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 11 20)	110.232.791	107.198.700	109.113.700

Budgetrelevante Kosten			
- Personalkosten	165.204.218	161.978.000	173.274.500
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	159.493.862	156.228.600	164.995.200
Zuführung an Pensionsfonds LSA (Titel 916 13)	5.423.812	5.411.600	7.402.000
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung	286.543	337.800	877.300
- Sachkosten	29.842.289	31.926.500	32.320.000
Allgemeine Verwaltungskosten	2.484.866	2.653.300	3.174.900
Bibliothek	1.145.049	1.181.200	1.198.400
Mieten/ Pachten	15.514.075	15.537.500	15.905.300
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	8.080.339	8.097.800	8.110.300
- Mietzahlungen an Drittvermieter	7.433.736	7.439.700	7.795.000
Nebenkosten der Immobilien	6.030.781	7.063.900	7.207.800
Telefon/ Post	4.667.519	5.490.600	4.833.600
- Investitionen	725.323	674.800	773.400
davon: Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	338.447	279.400	312.600
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	386.876	395.400	460.800
Summe budgetrelevanter Kosten	195.771.829	194.579.300	206.367.900
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	<i>195.384.953</i>	<i>194.183.900</i>	<i>205.907.100</i>
Nicht budgetrelevante Kosten			
- Verfahrensauslagen (Titel 685 05)	107.698.681	108.274.400	111.568.600
Entschädigungen beigeordneter Anwälte	22.427.549	23.338.200	20.821.150
Zeugenentschädigungen	2.088.803	2.398.300	2.476.300
Sachverständigenentschädigungen	26.901.482	26.712.600	27.030.200
Bekanntmachungskosten	227.032	299.100	246.800
Kosten der Beratungshilfe	1.916.693	2.358.500	2.021.900
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes	36.137.513	34.797.400	41.298.700
Vergütung/Auslagen Insolvenzverwalter/Treuhänder	4.695.705	4.919.100	4.317.300
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	847.961	1.005.600	976.600
Entschädigung Ehrenamtlicher Richter/Beisitzer	824.291	901.800	921.250
Entschädigung von Vollstreckungsbeamten	7.676.070	7.604.900	7.513.300
Übrige Verfahrensauslagen	3.955.583	3.938.900	3.945.100
Summe nicht budgetrelevanter Kosten	107.698.681	108.274.400	111.568.600
Gesamtsumme aller Kosten	303.470.511	302.853.700	317.936.500

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2017	2018	2019
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)	2.719.574	1.958.700	2.746.770
Rückstellungen für Pensionen (30%)	34.267.559	33.754.312	35.449.532
Summe kalkulatorischer Kosten	36.987.134	35.713.012	35.449.532

Finanzkennzahlen	2017	2018	2019
Personalkosten-Quote in %	54	53	55
Sachkosten-Quote in %	10	11	10
Rechtsauslagen-Quote in %	35	36	35
Investitions-Quote (gesamt) in %	0,24	0,22	0,24

Kapitel 11 20: Kosten- und Erlösübersicht der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	105.083.640	102.059.400	104.088.500
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	332.115	263.500	254.600
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 11 20)	105.415.755	102.322.900	104.343.100

Budgetrelevante Kosten			
- Personalkosten	136.206.685	133.634.600	141.513.500
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	132.321.628	129.352.200	135.433.800
Zuführung an Pensionsfonds LSA (Titel 916 13)	3.598.711	3.944.600	5.202.700
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung	286.347	337.800	877.000
- Sachkosten	29.217.570	31.268.900	31.633.300
Allgemeine Verwaltungskosten	2.335.858	2.487.000	3.014.800
Bibliothek	823.724	863.500	876.800
Mieten/ Pachten	15.422.453	15.435.400	15.813.700
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	7.988.718	7.995.700	8.018.700
- Mietzahlungen an Drittvermieter	7.433.736	7.439.700	7.795.000
Nebenkosten der Immobilien	5.968.392	6.993.000	7.094.900
Telefon/ Post	4.667.141	5.490.000	4.833.100
- Investitionen	622.887	517.600	689.700
davon: Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	305.225	206.800	263.300
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	317.662	310.800	426.400
Summe budgetrelevanter Kosten	166.047.142	165.421.100	173.836.500
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	<i>165.729.480</i>	<i>165.110.300</i>	<i>173.410.100</i>
Nicht budgetrelevante Kosten			
- Verfahrensauslagen (Titel 685 05)	100.440.946	100.154.900	103.955.500
Entschädigungen beigeordneter Anwälte	18.731.949	19.112.000	17.269.700
Zeugenentschädigungen	1.972.247	2.230.700	2.331.600
Sachverständigenentschädigungen	23.736.357	23.356.200	23.426.800
Bekanntmachungskosten	227.032	299.100	246.800
Kosten der Beratungshilfe	1.916.693	2.358.500	2.021.900
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes	36.137.513	34.797.400	41.298.700
Vergütung/Auslagen Insolvenzverwalter/Treuhänder	4.695.705	4.919.100	4.317.300
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	847.961	1.005.600	976.600
Entschädigung Ehrenamtlicher Richter/Beisitzer	548.698	542.800	614.900
Entschädigung von Vollstreckungsbeamten	7.676.070	7.604.900	7.513.300
Übrige Verfahrensauslagen	3.950.722	3.928.600	3.937.900
Summe nicht budgetrelevanter Kosten	100.440.946	100.154.900	103.955.500
Gesamtsumme aller Kosten	266.488.088	265.576.000	277.792.000

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2017	2018	2019
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)	2.566.016	1.947.300	2.591.677
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)	28.069.228	27.587.012	28.729.410
Summe kalkulatorischer Kosten	30.635.245	29.534.312	31.321.087

Finanzkennzahlen	2017	2018	2019
Personalkosten-Quote in %	51	50	51
Sachkosten-Quote in %	11	12	11
Rechtsauslagen-Quote in %	38	38	37
Investitions-Quote (gesamt) in %	0,23	0,19	0,25

Kapitel 11 20: Geschäftszahlen, sonstige Kennzahlen und verfahrensorientierte Erlösinformationen
- Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften -

a) Geschäftszahlen

Bezeichnung	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Geschäftszahlen Amtsgerichte*	678.693	729.483	707.530
Geschäftszahlen Landgerichte	12.966	14.411	13.691
Geschäftszahlen Oberlandesgericht	4.198	4.660	4.370
Geschäftszahlen Staatsanwaltschaften	309.589	298.600	293.320
Geschäftszahlen Generalstaatsanwaltschaft	3.509	2.900	3.400

* Einschließlich Mahnsachen für Thüringen und Sachsen (Zentrales Mahngericht)

b) Kennzahlen zur Personalstruktur

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Frauenquote in %	70,06	70,81	70,16
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2 2. Einstiegsamt in % * **	35,12	35,30	35,40
Durchschnittliches Alter in Jahren	47,83	49,21	48,58
Teilzeitquote in %	15,73	15,41	14,37
Schwerbehindertenquote in %***	5,06	5,08	5,34

* Angabe für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften

** Angabe analog Berechnungsschema der vormaligen Anlage 9 des Frauenförderplans des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung

*** Angabe für den gesamten Geschäftsbereich des MJ

c) Verfahrensorientierte Erlösinformationen: Darstellung verfahrensorientierter Ist-Einnahmen (Titel 112 59)

Produktgruppe der Amtsgerichte	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zivilsachen/Familiensachen AG	15.707.813	16.787.800	15.754.800
Vollstreckungsverfahren AG	11.032.364	12.712.600	11.471.800
Strafsachen/Ordnungswidrigkeiten AG	851.506	947.400	880.400
Angelegenheiten d. Freiwilligen Gerichtsbarkeit AG	38.458.431	34.585.600	36.697.000
Sonstige Verfahren AG	9.466.555	9.408.100	9.422.600
Verwaltung (ext.) AG	261.324	160.400	198.900
Summe	75.777.992	74.601.900	74.425.500

Produktgruppe der Landgerichte	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zivilsachen LG	7.955.705	8.939.200	8.422.300
Strafsachen LG	64.712	86.800	112.200
Verwaltung (ext.) LG	26.428	16.800	26.800
Summe	8.046.845	9.042.800	8.561.300

Produktgruppe des Oberlandesgerichts	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zivilsachen/Familiensachen OLG	3.207.449	2.522.300	2.727.900
Sonstige Verfahren OLG	7.598	12.100	9.300
Verwaltung (ext.) OLG	16.978	50.200	14.000
Summe	3.232.025	2.584.600	2.751.200

Alle Produkte der Staatsanwaltschaften	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	18.026.481	15.830.000	17.400.000

Alle Produkte der Generalstaatsanwaltschaft	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	192	100	200

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Amtsgerichte

Produkte der Amtsgerichte	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zivilsachen / Familiensachen			
Budget	22.819.441	23.401.500	23.991.200
davon Personalkosten	18.638.455	18.890.700	19.583.400
davon Sachkosten	4.180.986	4.510.800	4.407.800
Nicht budgetrelevante Kosten	18.166.204	18.847.800	16.641.700
Gesamtkosten Zivilsachen/Familiensachen (Amtsgericht)	40.985.645	42.249.300	40.632.900
Geschäftszahlen:	86.381	104.650	93.830
Vollstreckungsverfahren			
Budget	10.765.593	10.952.100	10.878.800
davon Personalkosten	8.656.706	8.429.600	8.713.300
davon Sachkosten	2.108.887	2.522.500	2.165.500
Nicht budgetrelevante Kosten	8.371.808	9.176.700	8.046.800
Gesamtkosten Vollstreckung (Amtsgericht)	19.137.401	20.128.800	18.925.600
Geschäftszahlen:	91.098	92.355	93.245
Straf- und Ordnungswidrigkeitensachen			
Budget	15.194.750	15.098.500	16.067.700
davon Personalkosten	12.460.760	11.840.500	13.136.000
davon Sachkosten	2.733.991	3.258.000	2.931.700
Nicht budgetrelevante Kosten	8.600.411	8.893.700	8.520.200
Gesamtkosten Straf- und Ordnungswidrig. (Amtsgericht)	23.795.161	23.992.200	24.587.900
Geschäftszahlen:	64.350	62.895	76.640
Freiwillige Gerichtsbarkeit			
Budget	30.096.158	31.885.900	32.351.500
davon Personalkosten	25.346.647	25.666.500	26.426.200
davon Sachkosten	4.749.511	6.219.400	5.925.300
Nicht budgetrelevante Kosten	39.029.939	38.333.600	44.208.400
Gesamtkosten Freiwillige Gerichtsbarkeit (Amtsgericht)	69.126.097	70.219.500	76.559.900
Geschäftszahlen:	295.298	294.663	294.440
Sonstige Verfahren			
Budget	8.967.563	8.607.400	9.058.900
davon Personalkosten	8.619.790	8.123.900	8.643.100
davon Sachkosten	347.773	483.500	415.800
Nicht budgetrelevante Kosten	9.755.446	10.077.600	9.679.500
Gesamtkosten Sonstige Verfahren (Amtsgericht)	18.723.009	18.685.000	18.738.400
Geschäftszahlen (nur Beratungshilfe):	24.896	32.920	26.975
Hinterlegte Schuldnerverzeichnisse:	23.768	27.500	21.900
Eingänge Eintragungsanordnungen Schuldnerverzeichnisse:	87.634	89.500	87.100
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	1.255.155	1.157.900	1.256.300
davon Personalkosten	1.063.855	969.100	1.060.400
davon Sachkosten	191.301	188.800	195.900
Nicht budgetrelevante Kosten	19.889	4.800	5.800
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.) (Amtsgericht)	1.275.044	1.162.700	1.262.100
Verrechnungen			
davon Personalkosten	4.401.509	4.034.800	4.713.000
davon Sachkosten	8.215.156	6.529.000	7.576.500
Gesamtsumme Verrechnungen	12.616.665	10.563.800	12.289.500
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	234.503	132.800	160.400
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	330.037	172.200	292.500
Gesamtsumme Investitionen	564.539	305.000	452.900

Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	182.753.454	187.306.300	193.449.200
davon Budget	99.130.794	101.972.100	106.346.800
davon Personalkosten	75.930.130	77.955.100	82.275.400
davon Sachkosten	22.636.124	23.712.000	23.618.500
davon Investitionen	564.539	305.000	452.900
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	83.622.660	85.334.200	87.102.400
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	98.800.757	101.799.900	106.054.300
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	76.716.246	74.601.900	75.375.500
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	329.825	150.800	144.500
Gesamterlöse	77.046.071	74.752.700	75.520.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Amtsgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Amtsgerichte

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Zivilsachen am Amtsgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Zivilsachen in Monaten	5,2	5,4	5,3
Anteil der Zivilverfahren (Bagatelverfahren) mit einem Streitwert bis 300 EUR in % (ab 2017 Erhöhung des Grenzwertes auf 500 EUR)	17,8	17,1	30,4
Familiensachen am Amtsgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Familiensachen in Monaten	6,9	6,2	6,3
Anteil der Familiensachen in denen einer oder beiden Parteien Verfahrenskostenhilfe bewilligt wurde in %	47,6	46,5	50,2
Straf- und Ordnungswidrigkeitensachen			
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen gg. Erwachsene in Monaten	4,9	4,5	4,5
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen gg. Jugendliche in Monaten	4,0	3,7	4,1
Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit			
Bestand an anhängigen Betreuungsverfahren (prognostizierter Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung steigt von 24,3 % im Jahr 2011 auf 31,2 % im Jahr 2025)	45.536	45.176	45.503
Sonstige Verfahren			
Anzahl der Fälle nach dem Beratungshilfegesetz	30.749	26.744	24.896

b) Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse; Bezeichnung der Anlage	Ansatz 2019	Ergänzung	Ersatz	Neu
1	5710 - Gebäudeeinrichtungen	40.000		X	
2	7320 - Medien- und Tontechnik, Unterhaltungselektronik	17.000		X	
3	7510 - Anl., Masch. + Geräte f. Bau + Unterh. Infrastruktur u.a.	10.000		X	
4	7820 - Sicherheitstechnik	67.600	X	X	X
5	8510 - Sonstige Betriebsausstattung	7.200			X
6	8620 - Post- und Briefbearbeitungsgeräte	6.000		X	
7	8640 - Kommunikationsanlagen und -geräte	15.000			X
8	8650 - Funkanlagen und funktechnische Geräte	7.500		X	
9	8680 - Sonst. Büromasch., Kommun.- und Organisationsmit.	11.200		X	
10	8710 - Büroeinrichtung	111.000	X	X	
	gesamt	292.500			

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Landgerichte

Produkte der Landgerichte	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zivilsachen (Landgericht)			
Budget	8.896.692	9.162.800	9.274.900
davon Personalkosten	7.033.570	7.223.600	7.460.900
davon Sachkosten	1.863.122	1.939.200	1.814.000
Nicht budgetrelevante Kosten	4.452.736	4.368.100	4.415.100
Gesamtkosten Zivilsachen (Landgericht)	13.349.428	13.530.900	13.690.000
Geschäftszahlen:	7.741	8.610	8.215
Strafsachen (Landgericht)			
Budget	8.427.883	8.324.800	8.855.300
davon Personalkosten	6.826.939	6.734.500	7.257.300
davon Sachkosten	1.600.944	1.590.300	1.598.000
Nicht budgetrelevante Kosten	7.472.188	5.522.700	7.441.500
Gesamtkosten Strafsachen (Landgericht)	15.900.072	13.847.500	16.296.800
Geschäftszahlen:	5.225	5.801	5.476
Sonstige Rechtspflegetätigkeit (Landgericht)			
Budget	597.591	631.000	586.100
davon Personalkosten	431.160	448.700	434.600
davon Sachkosten	166.431	182.300	151.500
Nicht budgetrelevante Kosten	1.861	0	3.000
Gesamtkosten Son. Rechtspf. tätigkeit (Landgericht)	599.451	631.000	589.100
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	1.451.101	1.497.800	1.415.900
davon Personalkosten	1.155.604	1.200.200	1.154.300
davon Sachkosten	295.497	297.600	261.600
Nicht budgetrelevante Kosten	10.564	0	8.100
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	1.461.665	1.497.800	1.424.000
Verrechnungen			
davon Personalkosten	1.638.256	1.969.200	1.831.700
davon Sachkosten	538.906	539.100	554.000
Gesamtsumme Verrechnungen	2.177.162	2.508.300	2.385.700
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	46.373	15.500	47.300
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	31.521	88.300	57.600
Gesamtsumme Investitionen	77.894	103.800	104.900
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	33.565.672	32.119.300	34.490.500
davon Budget	21.628.323	22.228.500	22.622.800
davon Personalkosten	17.085.529	17.576.200	18.138.800
davon Sachkosten	4.464.899	4.548.500	4.379.100
davon Investitionen	77.894	103.800	104.900
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	11.937.349	9.890.800	11.867.700
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	21.596.802	22.140.200	22.565.200
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	8.046.951	9.042.800	8.561.400
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	49.773	55.100	45.800
Gesamterlöse	8.096.723	9.097.900	8.607.200

Anlagen zum Produkthaushalt der Landgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Landgerichte

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Zivilsachen am Landgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Zivilsachen (1. Instanz) in Monaten	10,1	10,1	10,7
durchschn. Verfahrensdauer Zivilsachen (Berufungsinst.) in Monaten	5,5	5,5	5,7
Strafsachen am Landgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen (1. Instanz, alle Spruchkörper) in Monaten	5,3	7,4	7,6
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen (Berufungsinstanz, alle Spruchkörper) in Monaten	3,9	4,0	4,3

b) Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse; Bezeichnung der Anlage	Ansatz 2019	Ergänzung	Ersatz	Neu
1	7320 - Medien- und Tontechnik, Unterhaltungselektronik	20.000			X
2	7820 - Sicherheitstechnik	5.600		X	
3	8710 - Büroeinrichtung	32.000		X	X
	gesamt	57.600			

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Oberlandesgerichts Naumburg

Produkte des Oberlandesgerichts Naumburg	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zivilsachen/Familiensachen (Oberlandesgericht)			
Budget	3.585.848	4.364.600	5.228.100
davon Personalkosten	3.475.758	3.803.300	4.330.600
davon Sachkosten	110.090	561.300	897.500
Nicht budgetrelevante Kosten	230.072	324.200	253.400
Gesamtkosten Zivilsachen/Familiensachen (OLG)	3.815.920	4.688.800	5.481.500
Geschäftszahlen:	2.999	3.350	3.100
Strafsachen (Oberlandesgericht)			
Budget	438.090	900.700	640.200
davon Personalkosten	425.105	790.500	532.800
davon Sachkosten	12.985	110.200	107.400
Nicht budgetrelevante Kosten	11.630	900	7.600
Gesamtkosten Strafsachen (OLG)	449.721	901.600	647.800
Geschäftszahlen:	1.021	1.140	1.070
Sonstige Verfahren (Oberlandesgericht)			
Budget	79.561	83.700	110.900
davon Personalkosten	76.697	72.300	91.300
davon Sachkosten	2.864	11.400	19.600
Nicht budgetrelevante Kosten	2.699	5.000	4.800
Gesamtkosten Sonstige Verfahren (OLG)	82.260	88.700	115.700
Geschäftszahlen:	178	170	200
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	3.244.265	2.806.700	2.045.000
davon Personalkosten	3.125.736	2.626.000	1.697.000
davon Sachkosten	118.529	180.700	348.000
Nicht budgetrelevante Kosten	28.849	26.300	26.000
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	3.273.114	2.833.000	2.071.000
Verrechnungen			
davon Personalkosten	2.731.550	2.606.400	3.805.400
davon Sachkosten	608.998	624.300	617.100
Gesamtsumme Verrechnungen	3.340.548	3.230.700	4.422.500
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	30.671	13.200	17.900
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	75.761	42.300	30.600
Gesamtsumme Investitionen	106.432	55.500	48.500
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	11.067.995	11.798.300	12.787.000
davon Budget	10.794.744	11.441.900	12.495.200
davon Personalkosten	9.834.846	9.898.500	10.457.100
davon Sachkosten	853.466	1.487.900	1.989.600
davon Investitionen	106.432	55.500	48.500
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	273.251	356.400	291.800
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	10.718.983	11.399.600	12.464.600
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	3.232.025	2.584.600	2.751.400
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	70.709	49.600	56.300
Gesamterlöse	3.302.733	2.634.200	2.807.700

Anlage zum Produkthaushalt des Oberlandesgerichts

Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse; Bezeichnung der Anlage	Ansatz 2019	Ergänzung	Ersatz	Neu
1	8680 - Sonst. Büromasch., Kommun.- und Organisationsmit.	6.000			X
2	8710 - Büroeinrichtung	24.600	X	X	
	Gesamtergebnis	30.600			

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Staatsanwaltschaften

Produkte der Staatsanwaltschaften	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene			
Budget	18.115.245	16.577.500	18.742.600
davon Personalkosten	17.396.047	15.835.800	17.925.200
davon Sachkosten	719.198	741.700	817.400
Nicht budgetrelevante Kosten	3.755.021	3.968.500	4.056.100
Gesamtkosten Ermittlungsverfahren gg. Erwachsene	21.870.266	20.546.000	22.798.700
Geschäftszahlen:	247.361	238.180	231.755
Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende			
Budget	2.049.629	2.205.300	2.258.700
davon Personalkosten	1.965.816	2.098.400	2.156.000
davon Sachkosten	83.814	106.900	102.700
Nicht budgetrelevante Kosten	55.562	63.000	56.000
Gesamtkosten Ermittlungsverfahren gg. Jugendl./Heranw.	2.105.191	2.268.300	2.314.700
Geschäftszahlen:	20.039	19.800	19.500
Ordnungswidrigkeitenverfahren			
Budget	284.390	283.800	267.800
davon Personalkosten	271.995	271.300	254.800
davon Sachkosten	12.395	12.500	13.000
Nicht budgetrelevante Kosten	60	300	300
Gesamtkosten Ordnungswidrigkeitenverfahren	284.450	284.100	268.100
Geschäftszahlen:	8.193	9.300	9.000
Wahrnehmung der gerichtlichen Hauptverhandlung			
Budget	2.006.925	1.932.600	2.189.500
davon Personalkosten	1.921.680	1.837.700	2.081.800
davon Sachkosten	85.245	94.900	107.700
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	
Gesamtkosten Wahrnehmung gerichtl. Hauptverhandlung	2.006.925	1.932.600	2.189.500
Vollstreckungssachen			
Budget	4.853.876	4.801.800	5.012.500
davon Personalkosten	4.656.518	4.584.300	4.785.100
davon Sachkosten	197.358	217.500	227.400
Nicht budgetrelevante Kosten	2.105	1.200	1.500
Gesamtkosten Vollstreckungssachen	4.855.981	4.803.000	5.014.000
Geschäftszahlen:	32.056	27.800	31.000
Sonstige staatsanwaltliche Aufgaben			
Budget	166.708	190.300	183.600
davon Personalkosten	158.147	181.600	175.900
davon Sachkosten	8.561	8.700	7.700
Nicht budgetrelevante Kosten	61.196	90.500	60.700
Gesamtkosten Sonstige staatsanwaltliche Aufgaben	227.904	280.800	244.300
Geschäftszahlen:	3.822	3.475	2.020
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	740.183	415.700	816.000
davon Personalkosten	703.431	391.300	772.800
davon Sachkosten	36.751	24.400	43.200
Nicht budgetrelevante Kosten	228	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	740.410	415.700	816.000
Verrechnungen			
davon Personalkosten	315.865	1.007.100	336.100
davon Sachkosten	32.704	37.900	47.500
Gesamtsumme Verrechnungen	348.569	1.045.000	383.600

Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	40.606	35.100	35.000
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	39.843	8.000	0
Gesamtsumme Investitionen	80.450	43.100	35.000
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	32.520.145	31.618.600	34.063.900
davon Budget	28.645.975	27.495.100	29.889.300
davon Personalkosten	27.389.498	26.207.500	28.487.700
davon Sachkosten	1.176.027	1.244.500	1.366.600
davon Investitionen	80.450	43.100	35.000
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	3.874.170	4.123.500	4.174.600
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	28.606.132	27.487.100	29.889.300
Erlöse			0
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	18.026.481	15.830.000	17.400.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	3.931	4.000	4.000
Gesamterlöse	18.030.412	15.834.000	17.404.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Staatsanwaltschaften

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Staatsanwaltschaften

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Wirkungskennzahlen für die Staatsanwaltschaften			
Anklagequote in %	8,70	7,4	7,2
Einstellungsquote in %	3,8	3,4	3,3

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg

Produkte der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Ermittlungsverfahren und Mitwirkung am gerichtl. Verfahren			
Budget	614.939	650.300	653.100
davon Personalkosten	532.723	544.600	546.400
davon Sachkosten	82.217	105.700	106.700
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0
Gesamtkosten Ermittlungsverf. und Mitwirkung a. ger. Verf.	614.939	650.300	653.100
Geschäftszahlen:	1.235	1.110	1.160
Sonstige Tätigkeiten			
Budget	578.011	633.100	618.900
davon Personalkosten	501.426	529.600	517.300
davon Sachkosten	76.586	103.500	101.600
Nicht budgetrelevante Kosten	3.304	0	0
Gesamtkosten Sonstige Tätigkeiten	581.316	633.100	618.900
Geschäftszahlen:	2.014	1.690	1.990
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	267.358	252.500	274.500
davon Personalkosten	228.573	211.800	230.000
davon Sachkosten	38.785	40.700	44.500
Nicht budgetrelevante Kosten	37.470	50.000	69.000
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	304.828	302.500	343.500
Geschäftszahlen:	260	100	250
Verrechnungen			
davon Personalkosten	894.845	711.300	860.800
davon Sachkosten	23.494	26.100	26.700
Nicht budgetrelevante Kosten	371.705	400.000	450.000
Gesamtsumme Verrechnungen	1.290.044	1.137.400	1.337.500
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	0	10.200	2.700
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	6.108	0	45.700
Gesamtsumme Investitionen	6.108	10.200	48.400
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)			
davon Budget	2.384.756	2.283.500	2.482.400
davon Personalkosten	2.157.566	1.997.300	2.154.500
davon Sachkosten	221.081	276.000	279.500
davon Investitionen	6.108	10.200	48.400
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	412.479	450.000	519.000
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	2.378.647	2.283.500	2.436.700
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	192	100	200
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	48.186	4.000	4.000
Gesamterlöse	48.378	4.100	4.200

Anlagen zum Produkthaushalt der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg

a) Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse; Bezeichnung der Anlage	Ansatz 2019	Ergänzung	Ersatz	Neu
1	8710 - Büroeinrichtung	45.700		X	X
	gesamt	45.700			

Kapitel 11 20: Kosten- und Erlösübersicht der Fachgerichte

Erlöse	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	4.770.570	4.874.800	4.770.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	5.951	1.000	600
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 1120)	4.776.520	4.875.800	4.770.600
Budgetrelevante Kosten			
- Personalkosten	28.997.532	28.343.400	31.761.000
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	27.172.235	26.876.400	29.561.400
Zuführung an Pensionsfonds LSA (Titel 916 13)	1.825.102	1.467.000	2.199.300
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung	196	0	300
- Sachkosten	624.719	657.600	686.700
Allgemeine Verwaltungskosten	149.007	166.200	160.100
Bibliothek	321.324	317.700	321.600
Mieten/ Pachten	91.621	102.200	91.600
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	91.621	102.200	91.600
- Mietzahlungen an Drittvermieter	0	0	0
Nebenkosten der Immobilien	62.389	70.900	112.900
Telefon/ Post	377	600	500
- Investitionen	102.436	157.200	83.700
davon: Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	33.222	72.600	49.300
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	69.214	84.600	34.400
Summe budgetrelevanter Kosten	29.724.687	29.158.200	32.531.400
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	<i>29.655.473</i>	<i>29.073.600</i>	<i>32.497.000</i>
Nicht budgetrelevante Kosten			
- Verfahrensauslagen (Titel 685 05)	7.257.720	8.119.500	7.613.100
Entschädigungen beigeordneter Anwälte	3.695.600	4.226.200	3.551.450
Zeugenentschädigungen	116.556	167.600	144.700
Sachverständigenentschädigungen	3.165.125	3.356.400	3.603.400
Bekanntmachungskosten	0	0	0
Kosten der Beratungshilfe	0	0	0
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes	0	0	0
Vergütung/Auslagen Insolvenzverwalter/Treuhänder	0	0	0
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	0	0	0
Entschädigung Ehrenamtlicher Richter/Beisitzer	275.593	359.000	306.350
Entschädigung von Vollstreckungsbeamten	0	0	0
Übrige Verfahrensauslagen	4.846	10.300	7.200
Summe nicht budgetrelevanter Kosten	7.257.720	8.119.500	7.613.100
Gesamtsumme aller Kosten	36.982.407	37.277.700	40.144.500
Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten			
	2017	2018	2019
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)	153.557	11.400	155.100
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)*	6.181.599	6.167.300	6.725.127
Summe kalkulatorischer Kosten	6.335.156	6.178.700	6.880.227
Finanzkennzahlen			
	2017	2018	2019
Personalkosten-Quote in %	78	76	79
Sachkosten-Quote in %	2	2	2
Rechtsauslagen-Quote in %	20	22	19
Investitions-Quote (gesamt) in %	0,28	0,42	0,20

**Kapitel 11 20: Geschäftszahlen und sonstige Kennzahlen
- Fachgerichte -**

a) Geschäftszahlen

Bezeichnung	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Geschäftszahlen Arbeitsgerichte	9.218	11.437	9.645
Geschäftszahlen Landesarbeitsgericht	708	755	735
Geschäftszahlen Finanzgericht	1.294	1.602	1.604
Geschäftszahlen Verwaltungsgerichte	10.035	8.990	8.460
Geschäftszahlen Oberverwaltungsgericht	881	1.237	878
Geschäftszahlen Sozialgerichte	18.830	23.180	20.965
Geschäftszahlen Landessozialgericht	1.863	2.030	2.195

b) Kennzahlen zur Personalstruktur

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Frauenquote in %	69,82	69,84	69,55
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2 2. Einstiegsamt in %* **	28,26	29,20	37,00
Durchschnittliches Alter in Jahren	46,27	47,44	46,25
Teilzeitquote in %	20,91	19,61	19,49

* Angabe für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften

** Angabe analog Berechnungsschema der vormaligen Anlage 9 des Frauenförderplans des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung

*** Angabe für den gesamten Geschäftsbereich des MJ

c) Verfahrensorientierte Erlösinformationen: Darstellung verfahrensorientierter Ist-Einnahmen (Titel 112 59)

<i>Alle Produkte der Arbeitsgerichte</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	766.989	807.000	785.000

<i>Alle Produkte des Landesarbeitsgerichts</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	121.596	125.000	125.000

<i>Alle Produkte des Finanzgerichts</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	32.529	745.000	400.000

<i>Alle Produkte der Verwaltungsgerichte</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	2.022.243	1.270.000	1.370.000

<i>Alle Produkte des Oberverwaltungsgerichts</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	327.788	310.000	310.000

<i>Alle Produkte der Sozialgerichte</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	1.319.720	1.390.000	1.565.000

<i>Alle Produkte des Landessozialgerichts</i>	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Summe	215.358	227.800	215.000

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Arbeitsgerichte

Produkte der Arbeitsgerichte	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen)			
Budget	4.089.893	4.174.000	4.118.700
davon Personalkosten	4.056.727	4.139.800	4.090.300
davon Sachkosten	33.166	34.200	28.400
Nicht budgetrelevante Kosten	1.745.648	2.137.100	1.640.500
Gesamtkosten Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen)	5.835.541	6.311.100	5.759.200
Geschäftszahlen:	8.587	11.855	9.000
Sonstige Rechtssachen			
Budget	202.094	287.800	207.500
davon Personalkosten	200.582	285.300	206.000
davon Sachkosten	1.512	2.500	1.500
Nicht budgetrelevante Kosten	13.291	14.700	11.300
Gesamtkosten Sonstige Rechtssachen	215.385	302.500	218.800
Geschäftszahlen:	631	582	645
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	26.637	19.800	24.600
davon Personalkosten	26.463	19.700	24.400
davon Sachkosten	175	100	200
Nicht budgetrelevante Kosten	67	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	26.704	19.800	24.600
Verrechnungen			
davon Personalkosten	275.573	155.300	288.700
davon Sachkosten		0	
Gesamtsumme Verrechnungen	275.573	155.300	288.700
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	10.089	23.000	8.900
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	6.204	24.000	0
Gesamtsumme Investitionen	16.293	47.000	8.900
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)			
davon Budget	4.610.490	4.683.900	4.648.400
davon Personalkosten	4.559.344	4.600.100	4.609.400
davon Sachkosten	34.853	36.800	30.100
davon Investitionen	16.293	47.000	8.900
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	1.759.006	2.151.800	1.651.800
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	4.604.286	4.659.900	4.648.400
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	731.336	807.000	785.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	67	0	0
Gesamterlöse	731.403	807.000	785.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Arbeitsgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Arbeitsgerichte

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Arbeitsgerichtliche Urteilsverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	3,8	3,6	3,6
Arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	5,6	5,5	5,5

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Landesarbeitsgerichts

Produkte des Landesarbeitsgerichts	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen)			
Budget	779.631	762.300	854.200
davon Personalkosten	741.397	720.000	813.900
davon Sachkosten	38.234	42.300	40.300
Nicht budgetrelevante Kosten	39.587	46.100	45.200
Gesamtkosten Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen)	819.218	808.400	899.400
Geschäftszahlen:	494	525	515
Sonstige Rechtssachen			0
Budget	93.020	87.300	101.000
davon Personalkosten	88.527	82.500	96.200
davon Sachkosten	4.493	4.800	4.800
Nicht budgetrelevante Kosten	406	0	500
Gesamtkosten Sonstige Rechtssachen	93.426	87.300	101.500
Geschäftszahlen:	214	230	220
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	36.768	33.300	39.700
davon Personalkosten	34.819	31.500	37.800
davon Sachkosten	1.948	1.800	1.900
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	36.768	33.300	39.700
Verrechnungen			
davon Personalkosten	101.325	94.100	118.200
davon Sachkosten	132.683	127.000	128.000
Gesamtsumme Verrechnungen	234.007	221.100	246.200
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	0	5.000	1.800
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	7.500	0
Gesamtsumme Investitionen	0	12.500	1.800
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	1.183.419	1.162.600	1.288.600
davon Budget	1.143.425	1.116.500	1.242.900
davon Personalkosten	966.067	928.100	1.066.100
davon Sachkosten	177.358	175.900	175.000
davon Investitionen	0	12.500	1.800
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	39.993	46.100	45.700
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	1.143.425	1.109.000	1.242.900
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	121.596	125.000	125.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	331	0	0
Gesamterlöse	121.927	125.000	125.000

Anlagen zum Produkthaushalt des Landesarbeitsgerichts

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Landesarbeitsgericht

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Berufungsverfahren in arbeitsgerichtliche Urteilsverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	14,2	14,6	14,1
Beschwerdeverfahren in arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	14,3	8,9	11,5

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Finanzgerichts

Produkte des Finanzgerichts	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Rechtssachen nach § 33 Abs. 1 FGO			
Budget	2.278.665	2.227.500	2.357.900
davon Personalkosten	2.112.365	2.040.700	2.141.400
davon Sachkosten	166.300	186.800	216.500
Nicht budgetrelevante Kosten	24.586	52.700	34.300
Gesamtkosten Rechtssachen nach § 33 Abs. 1 FGO	2.303.250	2.280.200	2.392.200
Geschäftszahlen:	1.286	1.600	1.600
Sonstige Rechtssachen			
Budget	14.622	26.400	15.200
davon Personalkosten	14.261	24.200	13.800
davon Sachkosten	361	2.200	1.400
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0
Gesamtkosten Sonstige Rechtssachen	14.622	26.400	15.200
Geschäftszahlen:	8	2	4
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	65.961	70.000	66.400
davon Personalkosten	64.842	64.000	60.300
davon Sachkosten	1.118	6.000	6.100
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	65.961	70.000	66.400
Verrechnungen			
davon Personalkosten	22.362	0	20.000
davon Sachkosten	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	22.362	0	20.000
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	5.635	8.200	19.100
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	19.968	6.400	0
Gesamtsumme Investitionen	25.603	14.600	19.100
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	2.431.798	2.391.200	2.512.900
davon Budget	2.407.213	2.338.500	2.478.600
davon Personalkosten	2.213.830	2.128.900	2.235.500
davon Sachkosten	167.780	195.000	224.000
davon Investitionen	25.603	14.600	19.100
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	24.586	52.700	34.300
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	2.387.244	2.332.100	2.478.600
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	32.529	745.000	400.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	359	500	100
Gesamterlöse	32.888	745.500	400.100

Anlagen zum Produkthaushalt des Finanzgerichts

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Finanzgericht

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Klageverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	18,8	17,9	19,5
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	5,1	5,3	4,2

Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	6.795.276	6.422.900	8.607.500
davon Budget	6.395.371	6.086.900	8.239.500
davon Personalkosten	6.337.063	6.030.700	8.196.900
davon Sachkosten	36.820	29.600	34.800
davon Investitionen	21.488	26.600	7.800
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	399.905	336.000	368.000
<hr/>			
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	6.382.894	6.067.500	8.239.500
<hr/>			
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	2.022.243	1.270.000	1.370.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	30	0	0
Gesamterlöse	2.022.273	1.270.000	1.370.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Verwaltungsgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Verwaltungsgerichte

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Hauptsacheverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	11,8	11,5	12,9
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	2,4	2,2	2,9
Hauptsacheverfahren in Asylsachen			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	9,5	9,4	8,9
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz in Asylsachen			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	1,0	0,7	0,7

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Oberverwaltungsgerichts

Produkte des Oberverwaltungsgerichts	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren			
Budget	127.290	73.300	121.700
davon Personalkosten	124.308	71.000	118.500
davon Sachkosten	2.982	2.300	3.200
Nicht budgetrelevante Kosten	1.748	3.100	2.300
Gesamtkosten Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	129.038	76.400	124.000
Geschäftszahlen:	14	20	18
Erstinstanzliche Eilverfahren			
Budget	53.831	84.200	51.800
davon Personalkosten	52.551	81.600	50.400
davon Sachkosten	1.280	2.600	1.400
Nicht budgetrelevante Kosten	0	300	0
Gesamtkosten Erstinstanzliche Eilverfahren	53.831	84.500	51.800
Geschäftszahlen:	10	10	8
Rechtsmittel in allg. Hauptverfahren			
Budget	502.885	517.000	496.600
davon Personalkosten	490.425	497.000	483.400
davon Sachkosten	12.461	20.000	13.200
Nicht budgetrelevante Kosten	7.186	16.000	13.200
Gesamtkosten Rechtsmittel in allg. Hauptverfahren	510.071	533.000	509.800
Geschäftszahlen:	302	305	300
Rechtsmittel in Asyl-Hauptverfahren			
Budget	275.602	145.800	274.900
davon Personalkosten	268.599	145.000	267.700
davon Sachkosten	7.003	800	7.200
Nicht budgetrelevante Kosten	1.842	4.600	4.500
Gesamtkosten Rechtsmittel in Asyl-Hauptverfahren	277.444	150.400	279.400
Geschäftszahlen:	211	100	205
Rechtsmittel in Eilverfahren			
Budget	122.147	44.700	118.400
davon Personalkosten	116.446	43.300	115.300
davon Sachkosten	5.701	1.400	3.100
Nicht budgetrelevante Kosten	0	100	0
Gesamtkosten Rechtsmittel in Eilverfahren	122.147	44.800	118.400
Geschäftszahlen:	153	200	167
Sonstige Verfahren			
Budget	171.506	171.800	172.500
davon Personalkosten	170.292	166.400	168.000
davon Sachkosten	1.214	5.400	4.500
Nicht budgetrelevante Kosten	250	1.000	100
Gesamtkosten Sonstige Verfahren	171.756	172.800	172.600
Geschäftszahlen:	191	602	180
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	48.601	52.000	44.700
davon Personalkosten	47.442	50.400	43.500
davon Sachkosten	1.159	1.600	1.200
Nicht budgetrelevante Kosten	894	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	49.495	52.000	44.700
Verrechnungen			
davon Personalkosten	254.241	229.900	249.700
davon Sachkosten	119.313	121.300	122.600
Gesamtsumme Verrechnungen	373.554	351.200	372.300

Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	2.052	4.300	3.700
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	5.848	0	0
Gesamtsumme Investitionen	7.900	4.300	3.700
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	1.695.236	1.469.400	1.676.700
davon Budget	1.683.316	1.444.300	1.656.600
davon Personalkosten	1.524.304	1.284.600	1.496.500
davon Sachkosten	151.113	155.400	156.400
davon Investitionen	7.900	4.300	3.700
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	11.920	25.100	20.100
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	1.677.468	1.444.300	1.656.600
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	327.761	310.000	310.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	4.119	500	500
Gesamterlöse	331.880	310.500	310.500

Anlagen zum Produkthaushalt des Oberverwaltungsgerichts

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Oberverwaltungsgericht

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	22,4	18,0	16,9
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	3,3	1,6	2,3
Berufungen mit Anträgen auf Zulassung			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	7,3	6,0	4,4
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	1,4	1,6	1,3

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Sozialgerichte

Produkte der Sozialgerichte	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Krankenversicherung			
Budget	823.039	795.700	880.600
davon Personalkosten	820.091	792.900	877.200
davon Sachkosten	2.948	2.800	3.400
Nicht budgetrelevante Kosten	78.974	120.300	103.000
Gesamtkosten Krankenversicherung	902.013	916.000	983.600
Geschäftszahlen:	1.696	2.005	2.110
Vertragsarztangelegenheiten			
Budget	57.867	58.900	55.500
davon Personalkosten	57.669	58.700	55.300
davon Sachkosten	198	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	303	3.900	700
Gesamtkosten Vertragsarztangelegenheiten	58.170	62.800	56.200
Geschäftszahlen:	170	200	100
Pflegeversicherung			
Budget	224.018	230.600	237.000
davon Personalkosten	223.154	229.800	236.100
davon Sachkosten	863	800	900
Nicht budgetrelevante Kosten	107.039	102.900	105.500
Gesamtkosten Pflegeversicherung	331.057	333.500	342.500
Geschäftszahlen:	300	335	340
Unfallversicherung			
Budget	390.436	388.800	418.300
davon Personalkosten	389.070	387.500	416.700
davon Sachkosten	1.366	1.300	1.600
Nicht budgetrelevante Kosten	354.697	297.800	347.600
Gesamtkosten Unfallversicherung	745.133	686.600	765.900
Geschäftszahlen:	576	530	570
Rentenversicherung			
Budget	1.765.769	2.039.500	1.876.800
davon Personalkosten	1.759.821	2.032.700	1.869.700
davon Sachkosten	5.948	6.800	7.100
Nicht budgetrelevante Kosten	2.089.275	2.277.100	2.452.900
Gesamtkosten Rentenversicherung	3.855.044	4.316.600	4.329.700
Geschäftszahlen:	2.591	3.070	2.870
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit			
Budget	518.115	491.800	553.500
davon Personalkosten	516.417	490.200	551.300
davon Sachkosten	1.699	1.600	2.200
Nicht budgetrelevante Kosten	55.491	59.400	49.200
Gesamtkosten Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	573.606	551.200	602.700
Geschäftszahlen:	858	1.020	815
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen			
Budget	4.790.836	5.219.400	5.158.900
davon Personalkosten	4.774.847	5.201.300	5.138.800
davon Sachkosten	15.989	18.100	20.100
Nicht budgetrelevante Kosten	1.247.658	1.431.800	1.246.500
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen	6.038.494	6.651.200	6.405.400
Geschäftszahlen:	10.681	13.550	12.000

Streitigkeiten nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz			
Budget	300.217	247.200	325.500
davon Personalkosten	299.160	246.400	324.300
davon Sachkosten	1.056	800	1.200
Nicht budgetrelevante Kosten	70.727	83.100	78.200
Gesamtkosten Streitigkeiten nach dem SGB XII und AsylBLG	370.944	330.300	403.700
Geschäftszahlen:	516	620	565
Versorgungs- und Entschädigungssachen			
Budget	69.137	28.700	70.400
davon Personalkosten	68.917	28.600	70.200
davon Sachkosten	220	100	200
Nicht budgetrelevante Kosten	52.369	66.300	69.800
Gesamtkosten Versorgungs- und Entschädigungssachen	121.507	95.000	140.200
Geschäftszahlen:	66	70	65
Angelegenheiten nach dem SGB IX			
Budget	758.846	693.200	804.300
davon Personalkosten	756.311	690.900	801.300
davon Sachkosten	2.535	2.300	3.000
Nicht budgetrelevante Kosten	450.305	474.900	452.100
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB IX	1.209.151	1.168.100	1.256.400
Geschäftszahlen:	1.107	1.350	1.180
Sonstiges			
Budget	128.351	150.300	134.200
davon Personalkosten	127.998	149.800	133.700
davon Sachkosten	353	500	500
Nicht budgetrelevante Kosten	7.752	8.100	10.600
Gesamtkosten Sonstiges	136.103	158.400	144.800
Geschäftszahlen:	269	430	350
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	4.492	51.900	5.000
davon Personalkosten	4.486	51.800	5.000
davon Sachkosten	6	100	0
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	4.492	51.900	5.000
Verrechnungen			
davon Personalkosten	901.107	569.700	1.021.200
davon Sachkosten	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	901.107	569.700	1.021.200
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	3.000	15.900	5.600
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	24.716	27.300	20.200
Gesamtsumme Investitionen	27.716	43.200	25.800
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	15.274.537	15.934.500	16.483.100
davon Budget	10.759.947	11.008.900	11.567.000
davon Personalkosten	10.699.048	10.930.300	11.500.800
davon Sachkosten	33.182	35.400	40.400
davon Investitionen	27.716	43.200	25.800
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	4.514.590	4.925.600	4.916.100
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	10.735.231	10.981.600	11.546.800

Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	1.319.720	1.390.000	1.565.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	31	0	0
Gesamterlöse	1.319.751	1.390.000	1.565.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Sozialgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Sozialgerichte

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Klageverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	19,3	16,4	17,6
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	1,5	2,3	3,3

b) Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse; Bezeichnung der Anlage	Ansatz 2019	Ergänzung	Ersatz	Neu
1	8710 - Büroeinrichtung	20.200		X	
	gesamt	20.200			

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Landessozialgerichts

Produkte des Landessozialgerichts	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Krankenversicherung			
Budget	134.447	124.300	130.600
davon Personalkosten	133.277	122.900	129.400
davon Sachkosten	1.170	1.400	1.200
Nicht budgetrelevante Kosten	3.763	11.300	4.500
Gesamtkosten Krankenversicherung	138.210	135.600	135.100
Geschäftszahlen:	103	130	120
Vertragsarztangelegenheiten			
Budget	26.045	18.900	26.100
davon Personalkosten	25.791	18.700	25.900
davon Sachkosten	255	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	509	1.900	2.300
Gesamtkosten Vertragsarztangelegenheiten	26.554	20.800	28.400
Geschäftszahlen:	8	15	10
Pflegeversicherung			
Budget	37.928	59.800	37.100
davon Personalkosten	37.644	59.100	36.800
davon Sachkosten	285	700	300
Nicht budgetrelevante Kosten	6.693	12.200	8.100
Gesamtkosten Pflegeversicherung	44.621	72.000	45.200
Geschäftszahlen:	18	40	30
Unfallversicherung			
Budget	228.802	242.200	236.200
davon Personalkosten	226.752	239.500	234.100
davon Sachkosten	2.050	2.700	2.100
Nicht budgetrelevante Kosten	100.283	77.500	131.600
Gesamtkosten Unfallversicherung	329.084	319.700	367.800
Geschäftszahlen:	153	120	180
Rentenversicherung			
Budget	745.295	780.300	735.500
davon Personalkosten	738.979	771.500	728.800
davon Sachkosten	6.316	8.800	6.700
Nicht budgetrelevante Kosten	297.015	360.700	312.000
Gesamtkosten Rentenversicherung	1.042.310	1.141.000	1.047.500
Geschäftszahlen:	522	580	560
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit			
Budget	82.519	77.900	82.700
davon Personalkosten	81.889	77.000	82.000
davon Sachkosten	630	900	700
Nicht budgetrelevante Kosten	2.316	5.400	3.000
Gesamtkosten Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	84.835	83.300	85.700
Geschäftszahlen:	70	70	90
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen			
Budget	943.297	767.500	938.600
davon Personalkosten	934.866	758.900	930.100
davon Sachkosten	8.431	8.600	8.500
Nicht budgetrelevante Kosten	30.524	22.200	28.600
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen	973.821	789.700	967.200
Geschäftszahlen:	765	800	920

Streitigkeiten nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz			
Budget	108.892	99.000	103.400
davon Personalkosten	108.028	97.900	102.500
davon Sachkosten	865	1.100	900
Nicht budgetrelevante Kosten	3.697	3.200	3.600
Gesamtkosten Streitigkeiten nach dem SGB XII und AsylbLG	112.589	102.200	107.000
Geschäftszahlen:	56	70	80
Versorgungs- und Entschädigungssachen			
Budget	62.057	39.900	62.300
davon Personalkosten	61.552	39.500	61.700
davon Sachkosten	505	400	600
Nicht budgetrelevante Kosten	25.429	31.100	30.500
Gesamtkosten Versorgungs- und Entschädigungssachen	87.486	71.000	92.800
Geschäftszahlen:	21	20	25
Angelegenheiten nach dem SGB IX			
Budget	156.286	114.400	156.800
davon Personalkosten	154.958	113.100	155.400
davon Sachkosten	1.327	1.300	1.400
Nicht budgetrelevante Kosten	37.322	55.900	51.400
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB IX	193.608	170.300	208.200
Geschäftszahlen:	125	130	130
Sonstiges			
Budget	5.679	2.000	5.700
davon Personalkosten	5.632	2.000	5.700
davon Sachkosten	47	0	0
Nicht budgetrelevante Kosten	170	700	600
Gesamtkosten Sonstiges	5.849	2.700	6.300
Geschäftszahlen:	19	50	50
Entschädigungsklagen gem. § 201 GVG, § 202 S. 2 SGG			
Budget	13.235	18.300	12.600
davon Personalkosten	13.111	18.100	12.500
davon Sachkosten	124	200	100
Nicht budgetrelevante Kosten	0	100	900
Gesamtkosten Entschädigungsklagen gem. § 201 GVG, § 202 S. 2 SGG	13.235	18.400	13.500
Geschäftszahlen:	3	5	5
Verwaltung (extern orientiert)			
Budget	171.556	104.600	146.800
davon Personalkosten	169.947	103.400	145.500
davon Sachkosten	1.609	1.200	1.300
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	171.556	104.600	146.800
Verrechnungen			
davon Personalkosten	5.451	19.100	5.400
davon Sachkosten	0	2.000	2.000
Gesamtsumme Verrechnungen	5.451	21.100	7.400
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	3.435	9.000	2.400
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	14.200
Gesamtsumme Investitionen	3.435	9.000	16.600

Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	3.232.645	3.061.400	3.275.500
davon Budget	2.724.925	2.479.200	2.698.400
davon Personalkosten	2.697.876	2.440.700	2.655.800
davon Sachkosten	23.613	29.500	26.000
davon Investitionen	3.435	9.000	16.600
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	507.721	582.200	577.100
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	2.724.925	2.479.200	2.684.200
Erlöse			
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	215.358	227.800	215.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	1.014	0	0
Gesamterlöse	216.372	227.800	215.000

Anlagen zum Produkthaushalt des Landessozialgerichts

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Landessozialgericht

Kennzahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Berufungsverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	17,7	19,5	18,8
Beschwerdeverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	10,4	12,9	13,4
Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	7,1	12,8	11,9

b) Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse; Bezeichnung der Anlage	Ansatz 2019	Ergänzung	Ersatz	Neu
1	8710 - Büroeinrichtung	14.200		X	
	gesamt	14.200			

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

*** Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei oder ein Ministerium in Sachsen-Anhalt abgeordnet sind und die Dienstbezüge aus Stellen bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine/n andere/n Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Die im budgetierten Bereich erwirtschafteten Einsparungen werden im Folgejahr zu zwei Dritteln als Ausgabereserve zur Verfügung gestellt und zu einem Drittel an den Landeshaushalt abgeführt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 30 beträgt zum 31.12.2019 991 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Gemäß dem Gesetz über die Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt (JVAG LSA) bestehen:

- 3 Justizvollzugsanstalten mit Sitz in Burg, Halle (Saale) und Volkstedt
- 1 Jugendstrafanstalt mit Sitz in Schkopau OT Raßnitz (Jugendanstalt Raßnitz) sowie
- 1 Jugendarrestanstalt mit Sitz in Halle (Saale).

Der Vollzug der Sicherungsverwahrung erfolgt in der Justizvollzugsanstalt Burg und ist vom Strafvollzug getrennt.

Zusätzlich werden gemäß einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt weibliche Gefangene aus Sachsen-Anhalt in einer Anstalt des Landes Brandenburg kostenpflichtig untergebracht.

Darüber hinaus besteht der Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) i. S. d. § 26 LHO mit Sitz in Schkopau OT Raßnitz und Niederlassungen in allen Justizvollzugsbehörden des Landes. Der LBBG ist nicht Teil des Budgets. Seine Zuschüsse für laufende Zwecke sowie Investitionen werden gesondert veranschlagt und der Wirtschaftsplan als Anlage zum Kapitel ausgewiesen.

Informationen zu allgemeinen Grundlagen der Budgetierung und Erläuterungen zur Planungsmethodik sind für alle budgetierten Bereiche zentral im Vorwort ausgewiesen.

Die im Produkthaushalt ausgewiesenen Produktbereiche setzen sich wie folgt zusammen:

1. Behandlung und Betreuung: Sicherungsverwahrung, Sozialtherapie, Psychosoziale Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen, Betreuung, Freizeit und Sport, Entlassungsvorbereitung und Übergangmanagement, Planung des Vollzuges nachrichtlich: Arbeit, Schulische und berufliche Bildung
2. Versorgung: Verpflegung, Medizinische Versorgung, Unterkunft und Ausstattung, Verwaltung der Gefangenenengelder, Transport
3. Technische und administrative Sicherheit: Technische Sicherheit, Kontrolle und Beaufsichtigung (innen), Kontrolle und Beaufsichtigung (außen)
4. Externe Aufgaben: Zentrale Auskunftsstelle, Ausbildung/ Fortbildung für Dritte

Einnahmen

119 59	056	Budgetrelevante Einnahmen / Sonstige Verwaltungseinnahmen	2.171.000	2.260.900
			2.311.455	

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 30 Titel 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verwaltungseinnahmen, die sich im Wesentlichen aus den Erträgen aus Vermietung und Verpachtung sowie Nebenkostenerstattungen vom Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen, Kostenerstattungen von Mitarbeitern/-innen und Gefangenen sowie Erträgen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen zusammensetzen.

121 31	056	Ablieferungen des Landesbetriebes	0	281.300
			547.246	

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Ablieferungen des Landesbetriebes für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 41	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0	0
			0	0
682 31	056	Zuschüsse für laufende Zwecke an einen Landesbetrieb	9.626.600	10.436.500
			9.713.600	0

*** Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 30 Titel 891 31.
 Die Deckungsfähigkeit des Titels 891 31 zu Gunsten des Titels 682 31 ist auf 10 v. H. der Ausgaben des Titels 891 31 begrenzt.

Erläuterungen:

Laufender Zuschuss zur Deckung von Betriebsverlusten des Landesbetriebes für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen gemäß Erfolgsplan im Wirtschaftsplan.

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Ist 2017	Soll 2018	2019 erf.
Personenkraftwagen	4	4	4
Lastkraftwagen	2	2	2
Nutz- und Sonderfahrzeuge	15	16	17
Zusammen	21	22	23

685 02	056	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	78.029.400	74.607.700
			69.808.684	3.404.400

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 30 Titel 894 02.

** Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 11 30 Titel 119 59.
 Rückzahlungen/ Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	3.809.300			3.809.300
2020	3.858.600			3.858.600
2021	585.800	3.377.600		3.963.400
2022	597.500		3.404.400	4.001.900
2023 ff.	8.174.600			8.174.600
Summen	17.025.800	3.377.600	3.404.400	23.807.800

Erläuterungen:

Die Belastungen durch die bis 2017 in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen (VE) setzen sich zusammen aus der planmäßigen VE aus dem Jahr 2012 für die therapeutischen und sozialpädagogischen Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung (ehemals Kapitel 11 05 Titel 533 02), der planmäßigen VE aus dem Jahr 2012 sowie überplanmäßigen VE aus den Jahren 2015 und 2016 für die Erstattung der Kosten für die Unterbringung weiblicher Gefangener im Land Brandenburg (ehemals Kapitel 11 05 Titel 632 62).

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 685 02

Die ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

	VE 2019
Unterbringung von voraussichtlich 70 weiblichen Gefangenen im Land Brandenburg gemäß Verwaltungsvereinbarung	3.404.400
Zusammen	3.404.400

Die Fortsetzung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Brandenburg über die jährliche Kündigungsoption hinaus stellt eine Verpflichtung zu Lasten künftiger Haushaltsjahre dar und bedarf einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung.

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind auf Grundlage von § 17a LHO dem Budget des Justizvollzuges, das sich aus dem beigefügten Produkthaushalt ergibt, zuzuordnen. Die budgetrelevanten Ausgaben entfallen auf:

	Ist 2017	Plan 2018	Ansatz 2019
1. Personalkosten	42.178.074	41.101.800	44.219.000
2. Sachkosten	27.187.449	36.269.600	30.109.700
3. Investitionen unter 5.000 EUR	443.161	658.000	279.000
Zusammen	69.808.684	78.029.400	74.607.700

Hinweis:

Ab 2019 zentrale Veranschlagung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Versorgung der Mitarbeiter/-innen mit Dienstkleidung für den gesamten Einzelplan 11.

Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in der "Kosten- und Erlösübersicht des Justizvollzuges" sowie im "Produkthaushalt des Justizvollzuges" dargestellt.

Die mögliche Absetzung von Einnahmen auf dem Ausgabetitel umfasst die Annahme von Geldspenden Dritter und in korrespondierender Höhe Ausgaben für einzelne Maßnahmen zur Betreuung von Gefangenen.

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Ist 2017	Soll 2018	2019 erf.
Personenkraftwagen	25	25	25
Lastkraftwagen	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	16	17	17
Zusammen	42	43	43

Zudem werden durch den PPP-Vertragspartner im Rahmen seiner Dienstleistungsverpflichtungen aus dem Dienstleistungsvertrag "Sicherheitshilfsdienste" weiterhin 5 Personenkraftwagen zur Verfügung gestellt.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 685 02

Die geplanten Sachkosten beinhalten u. a. vertragliche Verpflichtungen aus den PPP-Verträgen für die JVA Burg:

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1. Nutzungsentgelt gem. §§ 17, 18 sowie 6, 7 und 14 PPP-Projektvertrag (Vertrag II)	3.569.468	3.897.000	3.825.400
2. Vertragsanpassungen gem. §§ 6, 7 und 14 PPP-Projektvertrag (Vertrag II)	24.464	2.050.000	2.078.000
3. Verwaltungshilfsdienste gem. PPP-Projektvertrag (Vertrag IV)	389.874	436.400	413.800
4. Vertrag über die Betreuung der TK-Anlagen (Vertrag V)	17.172	21.900	9.500
5. Vertrag über die Gesundheitsfürsorge (Vertrag VII)	1.136.460	1.460.500	1.192.100
6. Vertrag über die Sozialfürsorge (Vertrag VII)	1.091.557	1.439.400	1.151.900
7. Vertrag über die Sicherheitshilfsdienste (Vertrag IX)	934.701	1.146.900	988.400
8. Medierversorgung gem. § 19a PPP-Projektvertrag	748.695	994.600	856.100
9. Therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sicherungsverwahrung	491.688	552.000	524.500
10. Nachforderungen der PPP-Projektgesellschaft	719.178	3.977.000	0
Zusammen:	9.123.257	15.975.700	11.039.700

zu 2.

Folgende vollzuglich oder betrieblich veranlasste Zusatzleistungen sind im Rahmen des PPP-Projektes geplant:

- a) Erweiterung einer Zahnröntgeneinheit: 25.000 EUR,
- b) Mobilfunkblocker 2. Ausbaustufe: 2.000.000 EUR,
- c) Anpassung Haftraumkameras auf Infrarottechnik: 53.000 EUR.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 685 02

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigung aus dem Jahr 2006 bei Kapitel 20 14 Titel 823 61:

Maßnahme	Kapitel Titel Unterk o.	Gesamtkosten bzw. Kostenschätzung	Finanzierungsverlauf					Laufzeit (Vertrags- ende/Jahr)	
			Ist bis 2017	Bedarf 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Folgejahre		
Angaben in EUR									
Errichtung und Teilbetrieb der JVA Burg	20 03 534 62/	TM Bau	175.329.009	60.780.800	7.013.300	7.013.200	7.013.200	93.508.509	Vertrags- unterzeich- nung im Dez. 2006
	823 62 J002								Laufzeit 25 Jahre (2009 bis 2034)
	11 30 685 02	TM Betrieb	336.670.991	83.460.300	15.423.700	11.039.700	9.220.800	217.526.491	
		Gesamt (VE)	512.000.000	144.241.100	22.437.000	18.052.900	16.234.000	311.035.000	

Die in der Verpflichtungsermächtigung veranschlagten Kosten waren bis einschließlich Haushaltsjahr 2016 bei Kapitel 11 05 Titel 533 01 und hinsichtlich der Medienversorgung gem. § 19a des PPP-Projektvertrages für die JVA Burg bei Kapitel 11 05 Titel 517 01 (Untermenge) ausgewiesen.

Seit dem Haushaltsjahr 2017 sind alle Entgelte der PPP-Verträge für die JVA Burg bei Kapitel 11 30 Titel 685 02 veranschlagt.

891 31 056 Zuschüsse für Investitionen an einen Landesbetrieb **334.800** **281.300**
 331.900 0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 30 Titel 682 31.

Erläuterungen:

Investiver Zuschuss an den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen gemäß Finanzplan im Wirtschaftsplan.

894 02 056 Zuschüsse für Investitionen **945.600** **1.728.900**
 2.378.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 30 Titel 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Investitionen in Anlagen mit einem Anschaffungswert ab 5.000 EUR einschließlich Umsatzsteuer.

Auf die Anlage zum Produkthaushalt "Investitionsplanung" wird Bezug genommen.

Mehr im Planjahr 2019 u. a. aufgrund notwendiger Ersatzbeschaffungen von Sicherheitstechnik.

Titelgruppe(n)

89 Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO

422 89 056 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter **0** **0**
 0 0

428 89 056 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **0** **0**
 0 0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 30 **Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0
				0
91		Planmäßiges Personal in Globalhaushalten und Produkthaushalten		
422 91	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0
428 91	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0
			0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0
				0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 30 **Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.171.000	2.542.200
Gesamteinnahme		2.171.000	2.542.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	87.656.000	85.044.200 3.404.400
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.280.400	2.010.200 0
Gesamtausgabe		88.936.400	87.054.400
Gesamtsumme der VE			3.404.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-86.765.400	-84.512.200

Kapitel 11 30: Kosten- und Erlösübersicht des Justizvollzuges (ohne Wirtschaftsplan)

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Erlöse			
aus Vermietung und Verpachtung vom LBBG	1.246.600	1.246.600	1.246.600
aus Nebenkostenerstattungen vom LBBG	750.140	748.600	750.200
Sonstige Erlöse	314.715	175.800	264.100
Summe	2.311.455	2.171.000	2.260.900

Kosten			
- Personalkosten	42.178.074	41.101.800	44.219.000
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	40.253.320	38.053.300	40.582.400
Zuführung an Pensionsfonds LSA	1.783.910	2.882.600	3.610.100
Personalnebenkosten	140.843	165.900	26.500
- Sachkosten	27.187.449	36.269.600	30.109.700
Allgemeine Verwaltungskosten	7.740.377	9.022.000	8.284.600
Nebenkosten der Immobilien	5.022.103	5.247.400	5.152.200
Vertragliche Verpflichtungen aus PPP-Verträgen	9.123.256	15.975.700	11.039.700
Sonstige Dienstleistungen Außenstehender	2.718.618	2.841.900	2.886.900
Unterbringung weiblicher Gefangener im Land Brandenburg	2.583.093	3.182.600	2.746.300
- Investitionen	2.821.861	1.603.600	2.007.900
Investitionen zwischen 488 EUR - 5.000 EUR	443.161	658.000	279.000
Investitionen über 5.000 EUR (<i>Titel 894 02</i>)	2.378.700	945.600	1.728.900
Summe	72.187.384	78.975.000	76.336.600
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	<i>69.808.684</i>	<i>78.029.400</i>	<i>74.607.700</i>
<i>Nachrichtlich: Titel 894 02</i>	<i>2.378.700</i>	<i>945.600</i>	<i>1.728.900</i>

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2017	2018	2019
Rückstellungen für Pensionen (30%)	10.771.148	10.209.000	10.859.205

Finanzkennzahlen	2017	2018	2019
Personalkostenquote in %	58,43	52,04	57,93
Sachkostenquote in %	37,66	45,93	39,44
Kostendeckungsquote in %	3,20	2,75	2,96
Investitionsquote (gesamt) in %	3,91	2,03	2,63

Outputorientierte Kennzahlen	2017	2018	2019
Durchschn. Zahl der Gefangenen p.a. (ohne weibliche Gefangene)	1.630	1.728	1.680
Durchschn. Zahl der weiblichen Gefangenen im Land Brandenburg p.a.	70	70	70

Kennzahlen zur Personalstruktur	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Frauenquote in %	32,27	32,05	32,26
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt in %*	37,50	38,46	45,45
Durchschnittliches Alter in Jahren	47,90	48,29	47,17
Teilzeitquote in %	5,76	7,99	8,12
Schwerbehindertenquote in %**	5,06	5,08	5,34

* Angabe analog Berechnungsschema der vormaligen Anlage 9 des Frauenförderplans des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung;

** Angabe für den gesamten Geschäftsbereich des MJ

Kapitel 11 30: Produkthaushalt des Justizvollzuges

1. Behandlung und Betreuung	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Sicherungsverwahrung			
Personalkosten	664.648	666.700	645.000
Sachkosten	956.295	1.344.500	1.114.500
<i>darunter:</i>			
<i>Therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen</i>	491.688	554.000	526.500
Gesamtkosten	1.620.943	2.011.200	1.759.500
Anzahl vorgehaltener Therapieplätze p.a.:	18	18	18
Sozialtherapie			
Personalkosten	2.014.916	2.013.100	2.488.900
Sachkosten	653.340	984.300	813.500
Gesamtkosten	2.668.256	2.997.400	3.302.400
Anzahl vorgehaltener Therapieplätze p.a.:	84	84	84
Psychosoziale Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen			
Personalkosten	1.662.710	1.584.700	1.966.700
Sachkosten	1.359.578	1.783.300	1.541.300
Gesamtkosten	3.022.288	3.368.000	3.508.000
durchschnittl. Anzahl der Teilnehmer Psychosozialer Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen in Einzel- und Gruppenarbeit p.m.:	1.465	2.927	1.548
Betreuung			
Personalkosten	7.665.067	7.832.700	8.402.600
Sachkosten	2.258.939	3.370.400	2.641.800
<i>darunter:</i>			
<i>Seelsorgerische Tätigkeiten</i>	637.035	693.000	682.600
Gesamtkosten	9.924.006	11.203.100	11.044.400
durchschnittliche Anzahl vorgehaltener Betreuungsmaßnahmen p.m.:	1.184	4.468	1.268
Freizeit und Sport			
Personalkosten	978.932	998.300	1.025.700
Sachkosten	1.430.692	1.771.400	1.531.800
Gesamtkosten	2.409.624	2.769.700	2.557.500
durchschnittliche Anzahl der angebotenen Maßnahmen p.m.:	603	545	668
Entlassungsvorbereitung und Übergangsmangement			
Personalkosten	1.073.346	1.061.100	1.066.800
Sachkosten	1.134.089	1.503.400	1.288.000
Gesamtkosten	2.207.435	2.564.500	2.354.800
Anzahl der Entlassungen p.a.:	2.882	6.140	3.561
Arbeit sowie Schulische und Berufliche Bildung			
Die Produkte werden durch den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) erstellt und in dessen Wirtschaftsplan abgebildet. Sie sind nicht Teil des Budgets.	<i>Nachrichtlich: Der Zuschussbedarf für das Produkt Arbeit ist in 2019 mit rd. 4,2 Mio. EUR und für das Produkt Schulische und Berufliche Bildung mit rd. 6,9 Mio. EUR veranschlagt.</i>		
Planung des Vollzuges			
Personalkosten	2.681.153	2.508.100	3.183.200
Sachkosten	1.174.428	1.576.000	1.429.100
Gesamtkosten	3.855.581	4.084.100	4.612.300
Anzahl bearbeiteter Vollzugspläne und Vollzugsplanfortschreibungen p.a.:	6.794	3.098	7.094
Summe Produktgruppe Behandlung und Betreuung:	25.708.133	28.998.000	29.138.900

2. Versorgung	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Verpflegung			
Personalkosten	1.584.351	1.616.300	1.697.600
Sachkosten	3.609.747	4.403.900	3.832.400
<i>darunter:</i>			
<i>Lebensmittel</i>	2.133.776	2.324.000	2.175.300
<i>Externe Verpflegung</i>	70.251	227.800	73.000
Gesamtkosten	5.194.098	6.020.200	5.530.000
Anzahl der Verpflegungstage:	594.797	630.720	606.700
Medizinische Versorgung			
Personalkosten	2.120.034	2.006.700	2.281.400
Sachkosten	4.851.801	5.267.800	5.027.800
<i>darunter:</i>			
<i>Medikamente</i>	477.830	494.300	478.000
<i>Verbrauchsmittel</i>	79.215	91.200	78.200
<i>Heil- und Hilfsmittel</i>	104.463	211.400	104.600
<i>Allgemeinmed. Versorgung</i>	685.141	1.198.600	685.400
<i>Fachärztl. Versorgung</i>	548.259	662.800	546.700
<i>Psycholog./therapeut. Versorgung</i>	13.762	71.000	13.800
<i>Zahnärztl. Versorgung</i>	255.946	281.000	255.700
<i>Unterbringung in Justizvollzugskrankenhäusern</i>	508.608	457.000	504.500
<i>Unterbringung in externen Krankenhäusern</i>	401.660	384.200	403.200
Gesamtkosten	6.971.835	7.274.500	7.309.200
durchschnittliche Anzahl der Gefangenen mit Anspruch auf medizinische Versorgung p.a.:	1.581	1.725	1.680
Unterkunft und Ausstattung			
Personalkosten	1.550.172	1.489.500	1.470.900
Sachkosten	2.167.265	2.841.500	2.263.700
<i>darunter:</i>			
<i>Externe Reinigung der Gefangenenkleidung</i>	738.026	820.500	780.000
Gesamtkosten	3.717.437	4.331.000	3.734.600
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.957	1.935	1.957
Verwaltung der Gefangenengelder			
Personalkosten	1.058.936	1.021.100	1.044.600
Sachkosten	867.884	1.086.600	995.600
Gesamtkosten	1.926.820	2.107.700	2.040.200
Anzahl der Geschäftsvorfälle:	85.217	70.900	85.625
Transport			
Personalkosten	1.660.221	1.705.000	1.590.700
Sachkosten	1.481.699	1.746.900	1.649.300
<i>darunter:</i>			
<i>Betrieb und Unterhaltung von Fahrzeugen</i>	212.952	166.700	208.600
<i>Leasing von Fahrzeugen</i>	107.510	105.500	135.900
Gesamtkosten	3.141.920	3.451.900	3.240.000
Anzahl der gefahrenen Kilometer:	720.231	720.000	770.700
Summe Produktgruppe Versorgung:	20.952.110	23.185.300	21.854.000

3. Technische und administrative Sicherheit	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Technische Sicherheit			
Personalkosten	787.025	738.200	747.000
Sachkosten	1.938.951	4.532.200	2.236.600
<i>darunter:</i>			
<i>Instandhaltung und Wartung Sicherungsanlagen</i>	765.511	1.239.400	927.700
Gesamtkosten	2.725.976	5.270.400	2.983.600
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.957	1.935	1.957
Kontrolle und Beaufsichtigung (innen)			
Personalkosten	13.272.245	12.388.600	14.031.900
Sachkosten	2.400.494	2.909.800	2.706.500
Gesamtkosten	15.672.739	15.298.400	16.738.400
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.957	1.935	1.957
Kontrolle und Beaufsichtigung (außen)			
Personalkosten	1.530.430	1.590.300	1.454.100
Sachkosten	893.615	1.141.600	1.034.000
Gesamtkosten	2.424.045	2.731.900	2.488.100
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.957	1.935	1.957
Summe Produktgruppe Technische und administrative Sicherheit:	20.822.760	23.300.700	22.210.100

4. Externe Aufgaben	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Zentrale Auskunftsstelle			
Personalkosten	68.384	45.600	77.200
Sachkosten	1.240	2.400	1.500
Gesamtkosten	69.624	48.000	78.700
Anzahl der Anfragen:	182	215	200
Jugendarrest *			
Personalkosten	483.330	453.400	
Sachkosten	6.497	3.000	
Gesamtkosten	489.827	456.400	
Durchschnittsbelegung p.a.:	10	12	
Ausbildung/ Fortbildung für Dritte			
Personalkosten	45.923	54.500	43.400
Sachkosten	795	600	2.100
Gesamtkosten *	46.718	55.100	45.500
Summe Produktgruppe Externe Aufgaben:	606.169	559.500	124.200

* Der Jugendarrest wird ab 2019 nicht mehr als Produkt geplant.
Die Aufwendungen für den Jugendarrest sind in den anderen Produktgruppen enthalten.

Verrechnungen			
Personalkosten	1.276.251	1.327.900	1.001.300
Sachkosten	100	0	200
Gesamtkosten	1.276.351	1.327.900	1.001.500

Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)			
Personalkosten	42.178.074	41.101.800	44.219.000
Sachkosten	27.187.449	36.269.600	30.109.700
Investitionen	2.821.861	1.603.600	2.007.900
Gesamtkosten	72.187.384	78.975.000	76.336.600

Anlage zum Produkthaushalt

Investitionsplanung

Nr.	Anlagenklasse	Ansatz 2019	Ersatz	Ergänzung	Neube- schaffung
1	Anlagen, Maschinen und Geräte für Bau und Unterhaltung der Infrastruktur	59.000	X		
2.1	Medizinische Anlagen und Geräte, Laborgeräte	60.000	X		
2.2	Medizinische Anlagen und Geräte, Laborgeräte	60.000			X
3	Sicherheitstechnik	1.374.900	X		
4	Sonderfahrzeuge	0			
5	Sonstige Transportmittel	0			
6	Sonstige Betriebsausstattung	175.000	X		
7	Büroeinrichtung	0			
8	Unterkunftsausstattung	0			
9	Spiel-, Sport- und Freizeitausstattung	0			
	Zusammen:	1.728.900			

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage zum Kapitel 11 30

Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen

Wirtschaftsjahr 2019

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan

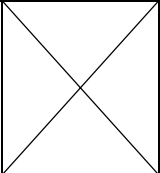
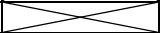
B: Finanzplan

C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2017 - EUR-	Ansatz 2018 -EUR-	Ansatz 2019 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	13.970.964,58	4.589.700	4.236.000
50	a) verwaltungswirtschaftliche Erträge	4.257.364,58	4.589.700	4.236.000
51	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten			
54	c) Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie Produktabgeltung	9.713.600,00		
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)			
58	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)	0	0	0
52	2. Bestandsveränderungen	-147,00	-500	-500
52	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	11.659,20	22.900	8.400
53	4. sonstige Erträge	811.940,38	711.300	957.800
537	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	360.621,48	510.000	380.000
	Zwischensumme Erträge (1-4):	14.794.417,16	5.323.400	5.201.700
	5. Materialaufwand	-2.392.939,80	-2.538.100	-3.007.400
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	-1.239.490,30	-1.393.400	-1.174.200
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.153.449,50	-1.144.700	-1.833.200
	6. Personalaufwand	-7.738.869,29	-8.957.400	-8.304.300
62+63	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	-5.905.237,56	-6.578.200	-6.157.600
	davon Löhne für Gefangene	-1.631.541,46	-2.254.300	-1.958.100
	davon für Beschäftigte	-1.022.652,64	-1.091.600	-1.336.900
	davon für Beamte	-3.248.843,46	-3.228.500	-2.859.100
	davon sonstige Aufwendungen m. Bezugscharakter	-2.200,00	-3.800	-3.500
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.838.249,60	-2.379.200	-2.146.700
	davon Lohnbereich Gefangene	-475.724,30	-702.400	-581.600
	davon für Beschäftigte	-218.259,67	-244.900	-228.000
	davon für Beamte	-1.144.265,63	-1.431.900	-1.337.100
647	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	-1.025.981,72	-1.304.500	-1.223.400
66	7. Abschreibungen	-403.066,18	-598.000	-427.000
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-1.469,89	-30.000	-1.500
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	-34.522,00	-55.000	-35.000
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	-255.136,90	-350.000	-260.000
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-106.136,58	-163.000	-110.000
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch	-5.800,81	0	-20.500

	8.	sonstige Aufwendungen	-3.598.743,08	-2.931.500	-3.926.000
65	a)	Sonstige Personalaufwendungen	-145.158,63	-157.200	-7.800
67	b)	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-2.357.209,06	-2.396.000	-2.286.300
68	c)	Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	-19.626,75	-29.400	-29.200
69	d)	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	-83.460,98	-56.100	-56.200
70	e)	Betriebliche Steuern	-936,00	-1.600	-1.900
73	f)	Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	-973.976,49	-259.300	-1.526.200
71	g)	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung	-18.375,17	-31.900	-18.400
78	h)	Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)			
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):		-		
			14.138.236,22	-15.025.000	-15.664.700
	Betriebsergebnis (1-8):		656.180,94	-9.701.600	-10.463.000
56	9.	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			
57	10.	Zinsen und ähnliche Erträge			
74	11.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens			
75	12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
	Finanzergebnis (9-12):				
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):		656.180,94	-9.701.600	-10.463.000
59	14.	Außerordentliche Erträge			
	14.1	davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt			
79	15.	Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen	-36.348,48		
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):		-36.348,48	0	0
77	17.	Steuern vom Einkommen und Ertrag			
72	18.	sonstige Steuern			
	a)	Steuern und steuerähnliche Aufwendungen			
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		619.832,46	-9.701.600	-10.463.000
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage - Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.			75.000	26.500
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan			-9.626.600	-10.436.500

	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.			
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-9.626.600	-10.436.500

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2017 - EUR-	Ansatz 2018 -EUR-	Ansatz 2019 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen			
	I. Investitionen			
02	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-12.900	0	0
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	0	0	0
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch	0	0	0
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	-271.700	-292.800	-151.800
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-53.700	-55.000	-150.000
	Summe: Investitionsvorhaben	-338.300	-347.800	-301.800
	II. Deckungsmittel			
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.	5.800,81	13.000	20.500
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)		0	
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)		0	
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	332.499,19	 	
	Summe: Deckungsmittel	338.300,00	13.000	20.500
	Zuführung für Investitionen (I - II)	 	334.800	281.300

Zu II 2.:

Zur Finanzierung der Investitionen soll die durch den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen bilanzierte Kapitalrücklage indirekt herangezogen werden. Im Umfang der aus dem Zuschuss finanzierten Investitionen erfolgt eine Rückführung der Kapitalrücklage an den Landeshaushalt (Titel 121 31).

Anlage zum Finanzplan

Übersicht der Gesamtinvestitionsmaßnahmen 2019

Id. Nr.	Bezeichnung der Investition	Niederlassung	Bereich	N/E/+	Betrag	TAuM und BGA	Inv, GwG
1	2	3	4	5	6	7	8
2019-01	Raucherboxen	Burg	Zentrale Kosten	E	123.000 €	BGA	Inv.
2019-02	Gas-Gabelstapler	Volkstedt	EB Schlosserei	E	35.000 €	TAuM	Inv.
2019-03	Abrichtenhobelmaschine	Raßnitz	LEB Tischler	E	22.000 €	TAuM	Inv.
2019-04	mobile Schweißrauchabsaugung	Burg	EB Schlosserei	E	18.000 €	TAuM	Inv.
2019-05	WIG-Schweißgerät	Volkstedt	EB Schlosserei	E	12.500 €	TAuM	Inv.
2019-06	Elektro-Hochhubwagen	Burg	EB Schlosserei	E	12.000 €	TAuM	Inv.
2019-07	Elektro-Deichselstapler	Burg	Umschulung Logistik	N	12.000 €	TAuM	Inv.
2019-08	Kleingeräte	Zentrale	Zentrale	N	8.000 €	TAuM	GWG
2019-09	Arbeits-, Schweißertisch	Raßnitz	LEB Metall	N	6.200 €	BGA	Inv.
2019-10	mobile Absauganlage	Burg	UB Brennenstuhl	N	6.000 €	TAuM	Inv.
2019-11	Lagerboxen	Halle	UB Brennenstuhl	+	5.500 €	BGA	GWG
2019-12	Rasentraktor	Raßnitz	BVJ Gala	E	5.200 €	TAuM	Inv.
2019-13	Saugscheuermaschine	Volkstedt	Arbeitstherapie	E	5.000 €	TAuM	Inv.
2019-14	Sitz-Steh-Arbeitsplatz	Zentrale	Zentrale	E	3.500 €	BGA	Inv.
2019-15	Bürodrehstühle	Zentrale	Zentrale	N	3.300 €	BGA	GWG
2019-16	Elektrohäcksler	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	N	2.600 €	TAuM	Inv.
2019-17	Hochregal	Volkstedt	UB Brennenstuhl	+	2.400 €	TAuM	Inv.
2019-18	Schredderband	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	2.300 €	TAuM	Inv.
2019-19	Elektrodeninverter (Schweißgerät)	Raßnitz	LEB Metall	E	2.300 €	TAuM	Inv.
2019-20	Rasenmäher	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	1.800 €	TAuM	Inv.
2019-21	Handoberfräse mit Führungsschiene	Raßnitz	LEB Tischler	E	1.400 €	BGA	Inv.
2019-22	Paletten mit Stapelbügeln	Halle	EB Schneiderei	N	1.400 €	BGA	GWG
2019-23	Wagendämpfer	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	1.200 €	TAuM	Inv.
2019-24	Sitz-Steh-Arbeitsplatz	Halle	EB Schneiderei	E	1.200 €	BGA	Inv.
2019-25	Systemwagen mit Regalkästen	Halle	UB Brennenstuhl	N	1.100 €	BGA	Inv.
2019-26	Gabelhubwagen (1x800mm u. 1x1150 mm Gabellänge)	Burg	UB Palettenbau	N	1.100 €	TAuM	Inv.
2019-27	Kippjapaner	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	900 €	TAuM	GWG
2019-28	Akku-Schrauber mit Zubehör	Raßnitz	LEB Tischler	E	900 €	BGA	Inv.
2019-29	Schaumstoffsäge	Volkstedt	EB Polsterei	E	800 €	BGA	Inv.
2019-30	Akku-Schrauber mit Zubehör	Raßnitz	LEB Tischler	E	700 €	BGA	Inv.
2019-31	Multifunktionsgerät	Zentrale	Zentrale	E	600 €	BGA	Inv.
2019-32	Gabelhubwagen (800 mm Gabellänge)	Burg	Umschulung Logistik	N	500 €	TAuM	Inv.
2019-33	Bürodrehstuhl	Halle	EB Schneiderei	E	400 €	BGA	GWG
2019-34	Oberfräse	Halle	BOM GA-LA Bau	+	300 €	TAuM	GWG
2019-35	Heckenschere	Halle	BOM GA-LA Bau	E	300 €	TAuM	GWG
2019-36	Nass-Trockensauger	Halle	BOM GA-LA Bau	E	200 €	TAuM	GWG
2019-37	Elektrohobel	Halle	BOM GA-LA Bau	N	200 €	TAuM	GWG
			Gesamtsumme		301.800 €		

Anteil der Investitionsgüter am Gesamtinvestitionsvolumen 2019

Lfd.Nr.	Bezeichnung der Investition	Niederlassung	Bereich	N/E/+	Betrag	TAuM und BGA	Inv, GwG
1	2	3	4	5	6	7	8
2019-01	Raucherkabinen	Burg	Zentrale Kosten	E	123.000 €	BGA	Inv.
2019-02	Gas-Gabelstapler	Volkstedt	EB Schlosserei	E	35.000 €	TAuM	Inv.
2019-03	Abrichtenhobelmaschine	Raßnitz	LEB Tischler	E	22.000 €	TAuM	Inv.
2019-04	mobile Schweißrauchabsaugung	Burg	EB Schlosserei	E	18.000 €	TAuM	Inv.
2019-05	WIG-Schweißgerät	Volkstedt	EB Schlosserei	E	12.500 €	TAuM	Inv.
2019-06	Elektro-Hochhubwagen	Burg	EB Schlosserei	E	12.000 €	TAuM	Inv.
2019-07	Elektro-Deichselstapler	Burg	Umschulung Logistik	N	12.000 €	TAuM	Inv.
2019-09	Arbeits-, Schweißertisch	Raßnitz	LEB Metall	N	6.200 €	BGA	Inv.
2019-10	mobile Absauganlage	Burg	UB Brennenstuhl	N	6.000 €	TAuM	Inv.
2019-12	Rasentraktor	Raßnitz	BVJ Gala	E	5.200 €	TAuM	Inv.
2019-13	Saugscheuermaschine	Volkstedt	Arbeitstherapie	E	5.000 €	TAuM	Inv.
2019-14	Sitz-Steh-Arbeitsplatz	Zentrale	Zentrale	E	3.500 €	BGA	Inv.
2019-16	Elektrohäcksler	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	N	2.600 €	TAuM	Inv.
2019-17	Hochregal	Volkstedt	UB Brennenstuhl	+	2.400 €	TAuM	Inv.
2019-18	Schredderband	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	2.300 €	TAuM	Inv.
2019-19	Elektrodeninverter (Schweißgerät)	Raßnitz	LEB Metall	E	2.300 €	TAuM	Inv.
2019-20	Rasenmäher	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	1.800 €	TAuM	Inv.
2019-21	Handoberfräse mit Führungsschiene	Raßnitz	LEB Tischler	E	1.400 €	BGA	Inv.
2019-23	Wagendämpfer	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	1.200 €	TAuM	Inv.
2019-24	Sitz-Steh-Arbeitsplatz	Halle	EB Schneiderei	E	1.200 €	BGA	Inv.
2019-25	Systemwagen mit Regalkästen	Halle	UB Brennenstuhl	N	1.100 €	BGA	Inv.
2019-26	Gabelhubwagen (1x800mm u. 1x1150 mm Gabellänge)	Burg	UB Palettenbau	N	1.100 €	TAuM	Inv.
2019-28	Akku-Schrauber mit Zubehör	Raßnitz	LEB Tischler	E	900 €	BGA	Inv.
2019-29	Schaumstoffsäge	Volkstedt	EB Polsterei	E	800 €	BGA	Inv.
2019-30	Akku-Schrauber mit Zubehör	Raßnitz	LEB Tischler	E	700 €	BGA	Inv.
2019-31	Multifunktionsgerät	Zentrale	Zentrale	E	600 €	BGA	Inv.
2019-32	Gabelhubwagen (800 mm Gabellänge)	Burg	Umschulung Logistik	N	500 €	TAuM	Inv.
			Summe		281.300 €		

Anteil der geringwertigen Wirtschaftsgüter am Gesamtinvestitionsvolumen 2019

Lfd.Nr.	Bezeichnung der Investition	Niederlassung	Bereich	N/E/+	Betrag	TAuM und BGA	Inv, GwG
1	2	3	4	5	6	7	8
2019-08	Kleingeräte	Zentrale	Zentrale	N	8.000 €	TAuM	GWG
2019-11	Lagerboxen	Halle	UB Brennenstuhl	+	5.500 €	BGA	GWG
2019-15	Bürodrehstühle	Zentrale	Zentrale	N	3.300 €	BGA	GWG
2019-22	Paletten mit Stapelbügeln	Halle	EB Schneiderei	N	1.400 €	BGA	GWG
2019-27	Kippjapaner	Raßnitz	BVJ Agrarwirtschaft	E	900 €	TAuM	GWG
2019-33	Bürodrehstuhl	Halle	EB Schneiderei	E	400 €	BGA	GWG
2019-34	Oberfräse	Halle	BOM GA-LA Bau	+	300 €	TAuM	GWG
2019-35	Heckenschere	Halle	BOM GA-LA Bau	E	300 €	TAuM	GWG
2019-36	Nass-Trockensauger	Halle	BOM GA-LA Bau	E	200 €	TAuM	GWG
2019-37	Elektrohobel	Halle	BOM GA-LA Bau	N	200 €	TAuM	GWG
			Summe		20.500 €		

Spalte 3:

Niederlassungen:

- BURG = Niederlassung in der JVA Burg
- HAL = Niederlassung in der JVA Halle
- RASS = Niederlassung in der JA Raßnitz
- VOLK = Niederlassung in der JVA Volkstedt

Spalte 4:

- AT = Arbeitstherapie
- BOM = Berufsorientierende Maßnahme
- BVJ = Berufsvorbereitungsjahr
- EB = Eigenbetrieb
- GaLa = Garten-/ Landschaftsbau
- Gem. EB = Gemischter Eigenbetrieb
- LEB = Lehreigenbetrieb
- UB = Unternehmerbetrieb
- Schule = schulische Bildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen

Spalte 5:

- E = Ersatzmaßnahme
 - N = Neuanschaffung
 - +
- = Erweiterung und Ergänzung vorhandener Einrichtungen und Maschinen

Spalte 7:

- BGA = Betriebs- und Geschäftsausstattung
- TAuM = Technische Anlagen und Maschinen

Spalte 8:

- Inv = Investitionen (> 410 € + USt)
- GwG = Geringwertige Wirtschaftsgüter (< 410 € + USt)

C: Leistungsplan

Kon- ten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Burg 2019 -EUR-	Volkstedt 2019 -EUR-	Halle 2019 -EUR-	JAA Halle 2019 -EUR-	Raßnitz 2019 -EUR-	Zentrale 2019 -EUR-	Gesamt 2019 -EUR-
50-53	1.-4. Erlöse und Erträge	2.251.300	806.400	779.600		394.400	970.000	5.201.700
60+61	5. Materialaufwand	-1.822.340	-455.150	-497.390	-62.650	-573.660	403.790	-3.007.400
62+63 +64	6. Personalaufwand	-1.193.500	-387.310	-661.500		-297.400	-5.764.590	-8.304.300
66	7. Abschreibungen	0	0	0		0	-427.000	-427.000
70+71 +73+7 5+67+ 69+65	8. sonstige Aufwendun- gen	-1.130.240	-375.420	-1.321.020		-943.570	-155.750	-3.926.000
	Zwischensumme Auf- wendungen (5-8):	-4.146.080	-1.217.880	-2.479.910	-62.650	-1.814.630	-5.943.550	-15.664.700
	Betriebsergebnis (1-8):	-1.894.780	-411.480	-1.700.310	-62.650	-1.420.230	-4.973.550	-10.463.000
57	Finanzergebnis (9-12):	0	0	0		0	0	0
	13. Ergebnis der ge- wöhnlichen Geschäfts- tätigkeit (1-12):	-1.894.780	-411.480	-1.700.310	-62.650	-1.420.230	-4.973.550	-10.463.000
59+79	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	0	0	0		0	0	0
	19. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.894.780	-411.480	-1.700.310	-62.650	-1.420.230	-4.973.550	-10.463.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

*** Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei oder ein Ministerium in Sachsen-Anhalt abgeordnet sind und die Dienstbezüge aus Stellen bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine/n andere/n Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Die im budgetierten Bereich erwirtschafteten Einsparungen werden zu zwei Drittel im Folgejahr zur Verfügung gestellt und zu einem Drittel an den Landeshaushalt abgeführt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 40 beträgt zum 31.12.2019 136 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die Ansätze des Sozialen Dienstes der Justiz werden ab dem Jahr 2019 aus dem Kapitel 11 03 in das Kapitel 11 40 überführt.

Es sind insgesamt 6 Dienststellen mit Sitz in Dessau-Roßlau, Halberstadt, Halle/ Saale, Magdeburg, Naumburg und Stendal vorhanden. Die vier Nebensitze befinden sich in Merseburg, Sangerhausen, Staßfurt und Wittenberg.

Informationen zu allgemeinen Grundlagen der Budgetierung und Erläuterungen zur Planungsmethodik sind für alle budgetierten Bereiche zentral im Vorwort ausgewiesen.

Die im Produkthaushalt ausgewiesenen Produktbereiche setzen sich wie folgt zusammen:

1. Beratung und Betreuung: Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe, Opferberatung, Zeugenbetreuung, Psychosoziale Prozessbegleitung, Täter-Opfer-Ausgleich (subsidiär), Gruppen- und Trainingsmaßnahmen, Forensische Ambulanz
2. Freie Straffälligenhilfe: Täter-Opfer-Ausgleich, Kriminalprävention, Gefangenen- und Entlassungsfürsorge

Einnahmen

119 59	059	Budgetrelevante Einnahmen / Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	100
			0	

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 40 Titel 685 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verwaltungseinnahmen, insbesondere Kostenerstattungen von Mitarbeitern. Rückzahlungen infolge Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerrufs von Zuwendungsbescheiden. Einnahmen aus Zinsforderungen werden bei Titel 685 02 durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt.

Aufgrund der Neuausbringung des Kapitels 11 40 ab dem Haushaltsjahr 2019 wird aus technischen Gründen am Titel kein Ansatz 2018 ausgewiesen. Die entsprechenden Werte des nach Kapitel 11 40 überführten Kapitels 11 03 stellen sich neben den nunmehr veranschlagten Planwerten nachrichtlich wie folgt dar:

	Ist 2017	Ansatz 2018*	Ansatz 2019
Einnahmen Kapitel 11 03	10.068	20.000	100

* Ist 2017 und Ansatz 2018 beinhaltet die Einnahmen aus Rückzahlungen infolge Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerrufs von Zuwendungsbescheiden sowie Einnahmen aus Zinsforderungen.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Ausgaben

685 02	059	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	0	9.192.700
			0	647.100

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 40 Titel 894 02.

** Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 11 40 Titel 119 59.

Rückzahlungen/ Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben für

- Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt zu Maßnahmen der Straffälligenentschuldung sowie des Täter-Opfer-Ausgleichs nach Strafgesetzbuch,

- sonstige Beihilfen und Unterstützungen sowie für

- Gefangenen- und Entlassungsfürsorge

auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	215.700			215.700
2020			215.700	215.700
2021			215.700	215.700
2022			215.700	215.700
2023 ff.				
Summen	215.700		647.100	862.800

Erläuterungen:

Sowohl die im Haushaltsjahr 2016 für die Jahre 2017 bis 2019 als auch die im Haushaltsjahr 2019 für die Jahre 2020 bis 2022 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen setzen sich wie folgt zusammen:

Nr.	Verwendungszweck	Betrag pro Jahr
1.	Maßnahmen der Straffälligenentschuldung sowie des Täter-Opfer-Ausgleichs	43.500
2.	Projektangebote der freien Träger der Jugendhilfe	24.900
3.	Landesprojekte ZEBRA und MOVES	147.300
Zusammen		215.700

Im Rahmen der Operationalen Programme des Landes Sachsen-Anhalt der Förderperiode 2014 bis 2020 stehen für den Produktbereich "Freie Straffälligenhilfe" Mittel des Europäischen Strukturfonds (ESF) im Einzelplan 13 sowie Kofinanzierungsmittel in Kapitel 11 02 Titelgruppe 93 zur Verfügung. Die im Titel 685 02 veranschlagten Mittel beziehen sich auf Projekte, die nicht im Rahmen des Operationellen Programms 2014 bis 2020 aus ESF-Mitteln und nationalen Kofinanzierungsmitteln gefördert werden.

Aufgrund der Neuausbringung des Kapitels 11 40 ab dem Haushaltsjahr 2019 wird aus technischen Gründen am Titel kein Ansatz 2018 ausgewiesen. Die entsprechenden Werte des nach Kapitel 11 40 überführten Kapitels 11 03 stellen sich neben den nunmehr veranschlagten Planwerten nachrichtlich wie folgt dar:

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1. Personalkosten	7.232.352	7.540.200	7.656.900
2. Sachkosten	714.379	714.700	889.900
3. Investitionen*			32.400

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 685 02

4.	Zuwendungen	590.795	726.000	613.500
Zusammen		8.537.526	8.980.900	9.192.700

* Ist 2017 und Ansatz 2018 für Investitionen unter 5.000 EUR konnten nicht überschneidungsfrei ermittelt werden.

Hinweis: Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in der "Kosten- und Erlösübersicht des Sozialen Dienstes der Justiz" sowie im "Produkthaushalt des Sozialen Dienstes der Justiz" dargestellt.

894 02	059	Zuschüsse für Investitionen	0	0
			0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 40 Titel 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Investitionen in Anlagen mit einem Anschaffungswert ab 5.000 EUR einschließlich Umsatzsteuer.

Titelgruppe(n)

91		Planmäßiges Personal in Globalhaushalten und Produkthaushalten		
422 91	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0
428 91	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0
			0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0
				0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 40 **Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	100
Gesamteinnahme	100

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0
	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.192.700
	647.100
HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0
	0
Gesamtausgabe	9.192.700
Gesamtsumme der VE	647.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-9.192.600

Kapitel 11 40: Kosten- und Erlösübersicht des Sozialen Dienstes der Justiz

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
Erlöse			
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	10.068		100
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 11 40)	10.068		100

Budgetrelevante Kosten			
- Personalkosten	7.232.352		7.656.900
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	7.050.116		7.473.700
Zuführung an Pensionsfonds LSA (ehem. Titel 916 13)	182.236		182.700
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung			500
- Sachkosten	714.379		889.900
Mieten/ Pachten	354.500		374.700
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	215.406		233.600
- Mietzahlungen an Drittvermieter	139.093		141.100
Nebenkosten der Immobilien	81.218		146.700
Reisekosten und Porto	116.996		125.500
Sonstige allgemeine Verwaltungskosten	70.499		115.500
Erstattungen an Gebietskörperschaften	91.166		127.500
- Zuwendungen	590.795		613.500
Zuwendungen Täter-Opfer-Ausgleich	85.227		87.500
Zuwendungen Kriminalprävention	81.722		86.000
Zuwendungen ZEBRA, MOVES	423.846		440.000
- Investitionen			32.400
davon: Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)			32.400
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)			0
Summe budgetrelevanter Kosten	8.537.526		9.192.700
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	<i>8.537.526</i>		<i>9.192.700</i>

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2017		2019
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)*			
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)	933.515		989.602
Summe kalkulatorischer Kosten	933.515		989.602

* Wert erst nach Einführung der Anlagenbuchhaltung ermittelbar

Finanzkennzahlen	2017		2019
Personalkosten-Quote in %	85		83
Sachkosten-Quote in %	8		10
Investitions-Quote gesamt in %			0,35

Kennzahlen zur Personalstruktur	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Frauenquote in %	69,8	69,7	70,5
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2; 2. Einstiegsamt in %	Laufbahn im Sozialen Dienst nicht vorhanden		
Durchschnittliches Alter in Jahren	50,7	51,3	51,8
Teilzeitquote in %	43,4	41,0	43,9

Kapitel 11 40: Produkthaushalt des Sozialen Dienstes der Justiz

1. Beratung und Betreuung	Ist 2017	Ansatz 2018*	Ansatz 2019
Bewährungshilfe			
Personalkosten	4.125.850		4.258.700
Sachkosten	371.322		434.000
Gesamtkosten	4.501.172		4.692.700
Geschäftszahlen:	3.834		3.500
Führungsaufsicht			
Personalkosten	1.135.621		1.333.700
Sachkosten	188.294		259.700
Gesamtkosten	1.325.088		1.593.400
Geschäftszahlen:	838		1.200
Gerichtshilfe			
Personalkosten	775.687		972.100
Sachkosten	67.722		94.200
Gesamtkosten	844.157		1.066.300
Geschäftszahlen**:	1.458		2.920
Opferberatung			
Personalkosten	393.555		414.000
Sachkosten	35.062		42.600
Gesamtkosten	428.971		456.600
Geschäftszahlen:	554		530
Zeugenbetreuung			
Personalkosten	89.594		80.200
Sachkosten	8.049		7.100
Gesamtkosten	97.807		87.300
Geschäftszahlen:	343		330
Psychosoziale Prozessbegleitung			
Personalkosten	863		1.200
Sachkosten	72		100
Gesamtkosten	936		1.300
Geschäftszahlen:	29		30
Täter-Opfer-Ausgleich (subsidiär)			
Personalkosten	25.131		23.700
Sachkosten	2.415		2.400
Gesamtkosten	27.563		26.100
Geschäftszahlen:	12		12
Gruppen- und Trainingsmaßnahmen			
Personalkosten	65.400		67.900
Sachkosten	6.905		11.800
Gesamtkosten	72.395		79.700
Geschäftszahlen:	54		54
Forensische Ambulanz			
Personalkosten	407.972		391.000
Sachkosten	34.538		38.000
Gesamtkosten	443.300		429.000
Geschäftszahlen:	102		110

2. Freie Straffälligenhilfe	Ist 2017	Ansatz 2018*	Ansatz 2019
Täter-Opfer-Ausgleich			
Zuwendungen	81.481		87.500
Kriminalprävention			
Zuwendungen	85.468		86.000
Gefangenen- und Entlassenenfürsorge ZEBRA & MOVES			
Zuwendungen	423.846		440.000
Gesamt	590.795		613.500
Verrechnungen			
Personalkosten	212.678		114.400
Sachkosten	0		0
Gesamtsumme Verrechnungen	212.678		114.400
Investitionen			
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	-***		32.400
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0		0
Gesamtsumme Investitionen	0		32.400
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	8.544.861		9.192.700
Personalkosten	7.232.352		7.656.900
Sachkosten	714.379		889.900
Zuwendungen	590.795		613.500
Investitionen			32.400
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR und Zuwendungen)	8.544.861		9.192.700
Erlöse			
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)			100

* Ansatz 2018 (ehemals Kapitel 11 03) wurde nur kameral geplant.

** Anpassung der statistischen Zählweise

*** Diese Position konnte für das Jahr 2017 nicht aus den Sachkosten herausgelöst werden. Daher wurde auf einen gesonderten Ausweis verzichtet.

Stellenpläne Stellenübersichten

Kap. 11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
Kap. 11 03 Sozialer Dienst der Justiz
Kap. 11 11 Landesverfassungsgericht
Kap. 11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften
Kap. 11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug
Kap. 11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz
Stellenübersicht 2019
Stellenübersicht übrige TGr. 2019
Stellenübersicht TGr. 89 2019

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
B9	Staatssekretär oder Staatssekretärin	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	3	3
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	22 ¹⁾	22 ¹⁾
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A16	Ministerialrat/-rätin	11 ¹⁾	11 ¹⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	15 ¹⁾	15 ¹⁾
A14	Oberregierungsrat/-rätin	11 ¹⁾	12 ¹⁾
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	2	2
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	33	33
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	8	8
A11	Regierungsamtmann/-frau	10	10
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	12 ²⁾	12 ²⁾
A8	Regierungshauptsekretär/-in	4	4
A7	Regierungsobersekretär/-in	0	0
A6 L1.1	Oberamtsmeister/-in	1	1
A5	Oberamtsmeister/-in	1	1
Summe :		136	137
LEERSTELLEN			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
B9	Staatssekretär/-in	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	1	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	1
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	1
A11	Regierungsamtmann/-frau	2	2
Summe [Leerstellen]:		8	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) Die Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-wältinnen (Bes.-Gr. R1, R2 und R3 LBesO) verwaltet werden (vgl. 1120 - Leerstellen -).
- 2) 5 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle B9 Staatssekretär/-in (aus HH 2010/2011)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A14	1											+1	Neu
Ohne TG 96		1											+1	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
2	B2		1										-1	Vollzug kw-Vermerk
3	A14		1										-1	Vollzug kw-Vermerk
Leerstellen			2										-2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle B2 Ministerialrat/-rätin (aus HH 2010/2011)
 1 Stelle A14 Oberregierungsrat/-rätin (aus HH bis 2007)

Stellenanzahl
2018 2019

428 01

EntgeltGruppe

E 15	Techn. Dienst / Verwaltungsdienst	1	1
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	4	4
E 13	Verwaltungsdienst	1	1
E 10	Verwaltungsdienst	2	2
E 9	Bibliotheksdienst	1	1
E 9	Verwaltungsdienst	3 ¹⁾	3 ¹⁾
E 8	Verwaltungsdienst	2	2
E 6	Technischer Hausmeister	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	8 ²⁾	8 ²⁾
E 5	Verwaltungsdienst	1	1
E 5	Schreibdienst	7	7
E 4	Kraftfahrdienst	4	4
E 4	Sonstige Dienste	2	2

Summe : 37 37

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die zweite Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkräfte der/des Abteilungsleiterin/ Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
	A13 L2.1 Sozialoberamtsrat/-rätin	7	0
	A12 Sozialamtsrat/-rätin	14	0
	A11 Sozialamtmann/-frau	28	0
	A10 Sozialoberinspektor/-in	27	0
	A9 L2.1 Sozialinspektor/-in	16 ¹⁾	0 ¹⁾
	Summe :	92	0
	 LEERSTELLEN		
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
	A11 Sozialamtmann/-frau	2 ²⁾	0 ²⁾
	Summe [Leerstellen]:	2	0

- 1) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Arbeitnehmer/-innen der E 10 - Sozial- und Erziehungsdienst - besetzt werden.
- 2) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A13 L2.1				7								-7	Umsetzung nach 11 40/ 422 91
2	A12				14								-14	Umsetzung nach 11 40/ 422 91
3	A11				28								-28	Umsetzung nach 11 40/ 422 91
4	A10				27								-27	Umsetzung nach 11 40/ 422 91
5	A9 L2.1				16								-16	Umsetzung nach 11 40/ 422 91
Ohne TG 96					92								-92	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
6	A11		2										-2	Umsetzung nach 11 40/ 422 91
Leerstellen			2										-2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 01			
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 10	Sozial- und Erziehungsdienst	44	0
E 5	Schreibdienst	13	0
Summe :		57	0

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 10				44								-44	Umsetzung nach 11 40/ 428 91
2	E 5				13								-13	Umsetzung nach 11 40/ 428 91
Ohne TG 96					57								-57	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A13 L2.1	Justizoberamtsrat/-rätin	1	1
A9 L1.2	Justizamtsinspektor/-in	1 1)	1 1)
Summe :		2	2

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 01			
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 5	Schreib-u. Fernschreibdienst	2	2
E 4	Kraftfahrdienst	0	1
Summe :		2	3

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 4	1											+1	Neu
Ohne TG 96		1											+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 05			
<i>Bes. Gruppe</i>			
R1	Richter/-in, Staatsanwalt/-wältin	0	54
R1	Richter/-in	4	0
Summe :		4	54

LEERSTELLEN

<i>Bes. Gruppe</i>			
R1	Richter/-in, Staatsanwalt/-wältin	8 1)	8 1)
A9 L2.1	Justizinspektor/-in	2 1)	0 1)
A6 L1.2	Justizsekretär/-in	1 1)	0 1)
Summe [Leerstellen]:		11	8

1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	R1	50											+54	Neu
2													4	Umbenennung R1 -Ri- in R1 -Ri, StA-
3	R1												4	Umbenennung R1 -Ri- in R1 -Ri, StA-
Ohne TG 96		50										4	+50	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
4	A9 L2.1		2										-2	Einsparung
5	A6 L1.2		1										-1	Einsparung
Leerstellen			3										-3	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 41			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A9 L2.1	Rechtspflegeranwärter/-in	64	44
A6 L1.2	Justizsekretäranwärter/-in	90	110
A4	Justizhauptwachtmeisteranwärter/-in	15	25
Summe :		169	179

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

Bes.Gruppe

A9 L2.1	Rechtspflegeranwärter/-in	10 ¹⁾	5 ¹⁾
A6 L1.2	Justizsekretäranwärter/-in	10 ¹⁾	5 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		20	10

1) Nicht personengebunden.

Planstellen künftig umzuwandeln:

11 Stellen	A9 L2.1	in A9 L2.1	(in Planstellen) - Justizinspektor/-in - nach Abschluss der Ausbildung.	(aus HH 2017/2018)
7 Stellen	A6 L1.2	in A6 L1.2	(in Planstellen) - Justizsekretär/-in - nach Abschluss der Ausbildung.	(aus HH 2017/2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A9 L2.1										20		-20	Senkung nach A6L1.2 -JSAnw- Senkung von A9L2.1 -RPfAnw- Neu
2	A6 L1.2									20			+20	
3	A4	10											+10	
Ohne TG 96		10								20	20		+10	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
4	A9 L2.1		5										-5	Einsparung
5	A6 L1.2		5										-5	Einsparung
Leerstellen			10										-10	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl
2018 2019

422 91 (91)

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

R8	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1
R8	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1
R6	Generalstaatsanwalt/-wältin - als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-wältinnen im Bezirk -	1	1
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

R5	Präsident/-in des Landgerichts - an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt -	3	3
R5	Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1
R4	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin - als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-wältinnen -	2	2
R4	Präsident/-in des Landgerichts - an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen - einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt -	1	1
R4	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1
R4	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1
R4	Präsident/-in des Amtsgerichts - an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen -	1	1
R3	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin - als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht -	3 1)	3 1)
R3	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin - als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen -	2	2
R3	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	2	2
R3	Präsident/-in des Amtsgerichts - an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen -	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichtes	1 2)	1 2)
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1 2)	1 2)
R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht	4	4
R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landesarbeitsgericht	5	5
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Oberlandesgericht	14	14
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	2	2
R3	Vizepräsident/-in des Landgerichts als ständige/r Vertreter/-in eines/r Präsidenten/-in eines Gerichts mit 81 und mehr Richterplanstellen, einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt	3	3
R3	Präsident/-in des Sozialgerichts	2	2
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Finanzgericht	5	5

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

R2	Direktor/-in des Amtsgerichts an einem Gericht mit 4 und mehr Richterplanstellen -	23 3)	23 3)
R2	Direktor/-in des Arbeitsgerichts	4 4)	4 4)
R2	Direktor/-in des Sozialgerichts an einem Gericht mit 4 und mehr Richterplanstellen	1 3)	1 3)
R2	Vizepräsident/-in des Landgerichts - als ständige/r Vertreter/-in eines/r Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R3 oder R4 -	1 5)	1 5)
R2	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts - als ständige/r Vertreter/-in eines/r Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R3 oder R4 -	2 6)	2 6)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

R2	Oberstaatsanwalt/-wältin - als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines/r leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R3 oder R4 -	4 ⁷⁾	4 ⁷⁾
R2	Richter/-in am Arbeitsgericht als ständige/r Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 oder mehr Richterplanstellen	3	3
R2	Richter/-in am Finanzgericht	14	14
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	14	14
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	9	9
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾
R2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht	12	15
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht - als weitere/r aufsichtführende/r Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen -, - als ständige/r Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen -, Oberstaatsanwalt/-wältin - als Dezent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht -, - als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht -	139	142
R2	Vizepräsident/-in des Sozialgerichts	2 ⁶⁾	2 ⁶⁾
R2	Richter/-in am Sozialgericht als der/die ständige Vertreter/-in eines Direktors	1	1
R2	Richter/-in am Sozialgericht als weitere/r aufsichtführende/r Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen	7	7
R1	Richter/-in am Arbeitsgericht	24	24
R1	Richter/-in am Sozialgericht	64	63
R1	Richter/-in am Verwaltungsgericht	34	32
R1	Staatsanwalt/-wältin	106	106
R1	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht	268	265
A15	Regierungsdirektor/-in	4	4
A14	Oberregierungsrat/-rätin	6	6
A13 L2.1	Oberamtsanwalt/-wältin	30 ⁸⁾	30 ⁸⁾
A13 L2.1	Justizoberamtsrat/-rätin	41 ⁹⁾	41 ⁹⁾
A12	Amtsanwalt/-wältin	20	20
A12	Justizamtsrat/-rätin	120	120
A11	Justizamtmann/-frau	203	203
A10	Justizoberinspektor/-in	149	149
A9 L2.1	Justizinspektor/-in	50	47
A9 L1.2	Obergerichtsvollzieher/-in	118 ¹⁰⁾	118 ¹⁰⁾
A9 L1.2	Justizamtsinspektor/-in	131 ¹¹⁾	131 ¹¹⁾
A8	Gerichtsvollzieher/-in	42	42
A8	Justizhauptsekretär/-in	479	479
A7	Justizobersekretär/-in	67	68

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 L1.1	Erste(r) Justizhauptwachmeister/-in	34 ¹²⁾	42 ¹²⁾
A5	Erste/r Justizhauptwachmeister/-in	122 ¹³⁾	143 ¹³⁾
A4	Justizhauptwachmeister/-in	27 ¹⁴⁾	27 ¹⁴⁾
Summe :		2.438	2.465

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht	2 ^{15) 20)}	2 ^{15) 20)}
R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landesarbeitsgericht	2 ^{15) 17)}	2 ^{15) 17)}
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Oberlandesgericht	15 ^{15) 16)}	15 ^{15) 16)}
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	2 ^{15) 19)}	2 ^{15) 19)}
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Finanzgericht	1 ¹⁵⁾	1 ¹⁵⁾

AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

R2	Richter/-in am Finanzgericht	3 ^{15) 18)}	3 ^{15) 18)}
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	2 ¹⁵⁾	2 ¹⁵⁾
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	1 ¹⁵⁾	1 ¹⁵⁾
R2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht	1 ¹⁵⁾	1 ¹⁵⁾
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht	3 ¹⁵⁾	3 ¹⁵⁾
R2	Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht und Oberstaatsanwalt/-wältin	4 ¹⁵⁾	4 ¹⁵⁾
R1	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin	31 ¹⁵⁾	31 ¹⁵⁾
R1	Richter/-in am Arbeitsgericht	4 ¹⁵⁾	4 ¹⁵⁾
R1	Richter/-in am Sozialgericht	4 ¹⁵⁾	4 ¹⁵⁾
R1	Richter/-in am Verwaltungsgericht	4 ¹⁵⁾	4 ¹⁵⁾
A12	Justizamtsrat/-rätin	10 ¹⁵⁾	10 ¹⁵⁾
A11	Justizamtmann/-frau	3 ¹⁵⁾	3 ¹⁵⁾
A10	Justizoberinspektor/-in	7 ¹⁵⁾	7 ¹⁵⁾
A9 L2.1	Justizinspektor/-in	7 ¹⁵⁾	7 ¹⁵⁾
A9 L1.2	Justizamtsinspektor/-in	16 ¹⁵⁾	16 ¹⁵⁾
A8	Justizhauptsekretär/-in	8 ¹⁵⁾	8 ¹⁵⁾
A7	Justizobersekretär/-in	15 ¹⁵⁾	15 ¹⁵⁾
A6 L1.2	Justizsekretär/-in	21 ¹⁵⁾	21 ¹⁵⁾
A6 L1.1	Erste(r) Justizhauptwachmeister/-in	4 ^{12) 15)}	4 ^{12) 15)}
Summe [Leerstellen]:		170	170

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. R 3 LBesO.

2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 3 LBesO.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 3) Der/Die Stelleninhaber/-in an einem Gericht mit 8 oder mehr Richterplanstellen erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 4) 3 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 10 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 9 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 8) 6 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 9 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.
- 9) 10 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.
- 10) 40 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 11) 37 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 6 LBesO.
- 13) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 5 LBesO.
- 14) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 4 LBesO.
- 15) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.
- 16) Davon können bis zu zwei Leerstellen auch für Vorsitzende Richter/-innen am Oberlandesgericht und für Leitende Oberstaatsanwälte/-wältinnen genutzt werden, soweit sie im Ministerium für Justiz und Gleichstellung eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 - Oberregierungsrat/-rätin -, A15 - Regierungsdirektor/- in - oder A16/B2 - Ministerialrat/-rätin - LBesO verwalten und Bezüge aus den Leerstellen nicht gezahlt werden. Sie können auch in der Bes.-Gr. R2 LBesO - Richter/-in am Oberlandesgericht -, - Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht -, - Oberstaatsanwalt/-wältin - oder in der Bes.-Gr. R1 LBesO - Richter/-in am Landgericht, - Richter/-in am Amtsgericht - und - Staatsanwalt/-wältin - in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 17) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Vorsitzende/n Richter/-in am Landesarbeitsgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium für Justiz und Gleichstellung eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16/B 2 (Ministerialrat/-rätin) LBesO verwaltet und Bezüge aus der Leerstelle nicht gezahlt werden. Sie kann auch in der Bes.-Gr. R1 LBesO (Richter/-in am Arbeitsgericht) in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 18) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Richter/-in am Finanzgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium für Justiz und Gleichstellung eine freie Planstelle der Bes.-Grn. A 14 (Oberregierungsrat), A 15 (Regierungsdirektor) oder A 16/B 2 (Ministerialrat) LBesO verwaltet und Bezüge aus dieser Leerstelle nicht gezahlt werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 19) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Vorsitzende/n Richter/-in am Oberverwaltungsgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium für Justiz und Gleichstellung eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16/B 2 (Ministerialrat/-rätin) LBesO verwaltet und Bezüge aus der Leerstelle nicht gezahlt werden. Sie kann auch in der BesGr. R 2 LBesO ((Richter/-in am Oberverwaltungsgericht, Vorsitzende/r Richter/-in am Verwaltungsgericht) oder Bes.-Gr. R1 LBesO (Richter/-in am Verwaltungsgericht) in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 20) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Vorsitzende/n Richter/-in am Landessozialgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium für Justiz und Gleichstellung eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16/B 2 (Ministerialrat/-rätin) LBesO verwaltet und Bezüge aus der Leerstelle nicht gezahlt werden. Sie kann auch in der BesGr. R 2 LBesO ((Richter/-in am Landessozialgericht) oder Bes.-Gr. R1 LBesO (Richter/-in am Sozialgericht) in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	R2							3					+3	Hebung R1 -RiVG- nach R2 -VRiVG-
2	R2							3					+3	Hebung R1 -RiLG, RiAG- nach R2 - RiOLG, VRiLG, RiAG als wauRi, RiAG als st. Vertr., OstA als Dezernent bei GenStA, OstA als AL bei StA-
3	R1											1	-1	Umbenennung R1 -RiSG- in R1 -RiVG-
4	R1								3				-2	Hebung R1 -RiVG- nach R2 -VRiVG-
5												1	-1	Umbenennung R1 -RiSG- in R1 -RiVG-
6	R1								3				-3	Hebung R1 -RiLG, RiAG- nach R2 - RiOLG, VRiLG, RiAG als wauRi, RiAG als st. Vertr., OstA als Dezernent bei GenStA, OstA als AL bei StA-
7	A9 L2.1											3	-3	Senkung A9L2.1 -JI- nach A6Z -EJHW-
8	A7					1							+1	Umwandlung E5 -TD- in A7 -JOS-
9	A6 L1.1					5							+8	Umwandlung E5 -HM- in A6Z -EJHW-
10											3		-3	Senkung A9L2.1 -JI- nach A6Z -EJHW-
11	A5					16							+21	Umwandlung E5 -HM- in A5Z -EJHW-
12						5								Umwandlung E4 -KF- in A5Z -EJHW-
Ohne TG 96						27		6	6	3	3	1	+27	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 91	(91)		
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 15 Ü	Verwaltungsdienst	2	2
E 15	Verwaltungsdienst	3	3
E 14	Technischer Dienst	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	1	1
E 12	Verwaltungsdienst	0	2
E 11	Verwaltungsdienst	11	13
E 10	Verwaltungsdienst	17	17
E 9	Bibliotheksdienst	3	3
E 9	Technischer Dienst	1	1
E 9	Verwaltungsdienst	47	43
E 8	Bibliotheksdienst	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	48 ³⁾	48 ³⁾
E 6	Bibliotheksdienst	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	629 ^{1) 2)}	629 ^{1) 2)}

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 5	Hausmeister/-in	25	4
E 5	Technischer Dienst	3	2
E 5	Schreib- und Fernschreibdienst	27 4)	27 4)
E 4	Justizhelfer/-in	55	55
E 4	Kraftfahrdienst	6	1
Summe :		884	857

- 1) Bis zu 15 % der Stellen können vorübergehend dem Schreib- und Fernschreibdienst zugeordnet werden.
- 2) Den Vorzimmerkräften
 - der Präsidenten/-innen der Amtsgerichte,
 - der Präsidenten/-innen der Landgerichte und
 - der leitenden Oberstaatsanwälte/-wältinnen sowie der Vorzimmerkraft
 - des/der Generalstaatsanwalts/-wältin,
 - des/der Präsidenten/-in des Landesarbeitsgerichts,
 - des/der Präsidenten/-in des Oberverwaltungsgerichts und
 - des/der Präsidenten/-in des Landessozialgerichts
 kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der tarifgerechten Vergütung und der Entgeltgruppe E 6 TV-L gewährt werden.
- 3) Der Vorzimmerkraft des/der Präsidenten/-in des Oberlandesgerichts kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der tarifgerechten Vergütung und der Entgeltgruppe E 8 TV-L gewährt werden.
- 4) Bis zu 15 % der Stellen können vorübergehend dem Verwaltungsdienst zugeordnet werden.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 12							2					+2	Hebung E9- VD- nach E12 -VD-
2	E 11							2					+2	Hebung E9 -VD- nach E11 -VD-
3	E 9									2			-4	Hebung E9- VD- nach E12 -VD-
4										2				Hebung E9 -VD- nach E11 -VD-
5	E 5						5						-21	Umwandlung E5 -HM- in A6Z -EJHW-
6							16							Umwandlung E5 -HM- in A5Z -EJHW-
7	E 5						1						-1	Umwandlung E5 -TD- in A7 -JOS-
8	E 4						5						-5	Umwandlung E4 -KF- in A5Z -EJHW-
Ohne TG 96							27	4	4				-27	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

	Stellenanzahl	
	2018	2019
422 41		
<i>Bes. Gruppe</i>		
A9 L2.1 Inspektoranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	20	20
A7 Obersekretäranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	135	135
Summe :	155	155

LEERSTELLEN*Bes. Gruppe*

A9 L2.1 Inspektoranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	3 ¹⁾	3 ¹⁾
A7 Obersekretäranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	5 ¹⁾	5 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:	8	8

1) Nicht personengebunden.

	Stellenanzahl	
	2018	2019
422 89 (89)		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER		
<i>Bes. Gruppe</i>		
A15 Regierungsdirektor/-in	1	1
A13 L2.1 Oberlehrer im Justizvollzugsdienst	8	8
A12 Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	2	2
A11 Amtmann/-frau im Justizvollzugsdienst	2	2
A10 Oberinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1	1
A9 L1.2 Betriebsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	11 ¹⁾	11 ¹⁾
A9 L1.2 Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	10 ²⁾	10 ²⁾
A8 Verwaltungshauptsekretär/-in	6	6
A8 Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	47	47
A8 Hauptwerkmeister/-in im Justizvollzugsdienst	26	26
A7 Verwaltungsobersekretär/-in	1	1
Summe :	115	115

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes. Gruppe*

A15 Regierungsdirektor/-in	1 ³⁾	1 ³⁾
A13 L2.1 Oberlehrer im Justizvollzugsdienst	2 ³⁾	2 ³⁾
A12 Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	1 ³⁾	1 ³⁾

11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A11	Amtmann/-frau im Justizvollzugsdienst	1 ³⁾	1 ³⁾
A10	Oberinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1 ³⁾	1 ³⁾
A9 L1.2	Betriebsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	2 ^{2) 3)}	2 ^{2) 3)}
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1 ³⁾	1 ³⁾
A9 L1.2	Verwaltungsamtsinspektor/-in	1 ³⁾	1 ³⁾
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	1 ³⁾	1 ³⁾
A8	Hauptwerkmeister/-in im Justizvollzugsdienst	1 ³⁾	1 ³⁾
Summe [Leerstellen]:		12	12

- 1) 3 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
 2) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
 3) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 89	(89)		
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 10	Verwaltungsdienst	2	2
E 6	Verwaltungsdienst	1	1
E 5	Schreibdienst	0	0
Summe :		3	3

LEERSTELLEN

<i>EntgeltGruppe</i>			
E 10	Verwaltungsdienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾
E 6	Verwaltungsdienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		2	2

- 1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 91	(91)		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A16	Leitende(r) Psychologiedirektor/-in	2	2
A16	Leitende(r) Medizinaldirektor/-in	1	1
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	4 ¹⁾	4 ¹⁾
A15	Psychologiedirektor/-in	7	7
A15	Regierungsdirektor/-in	9	9
A15	Medizinaldirektor/-in	10	10
A14	Psychologieoberrat/-rätin	9	9

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A14	Oberregierungsrat/-rätin	4	4
A13 L2.2	Psychologierat/-rätin	11	11
A13 L2.1	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst	1	1
A13 L2.1	Oberamtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	13	13
A13 L2.1	Sozialoberamtsrat/-rätin	3	3
A12	Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	12	12
A12	Sozialamtsrat/-rätin	5	5
A11	Amtmann/-frau im Justizvollzugsdienst	13	13
A11	Sozialamtman/-frau	17	17
A10	Sozialoberinspektor/-in	10	10
A10	Oberinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	15	15
A9 L2.1	Sozialinspektor/-in	5 ²⁾	5 ²⁾
A9 L2.1	Inspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1	1
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	252 ³⁾	252 ³⁾
A9 L1.2	Verwaltungsamtsinspektor/-in	14 ⁴⁾	14 ⁴⁾
A8	Verwaltungshauptsekretär/-in	13	13
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	492	492
A7	Verwaltungsobersekretär/-in	0	0
A7	Obersekretär/-in im Justizvollzugsdienst	0	0
Summe :		923	923

LEERSTELLEN

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A15	Psychologiedirektor/-in	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	3 ⁵⁾	3 ⁵⁾
A15	Medizinaldirektor/-in	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A14	Psychologieoberrat/-rätin	4 ⁵⁾	4 ⁵⁾
A14	Oberregierungsrat/-rätin	4 ⁵⁾	4 ⁵⁾
A13 L2.2	Psychologierat/-rätin	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾
A13 L2.1	Oberamtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾
A13 L2.1	Sozialoberamtsrat/-rätin	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾
A12	Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	4 ⁵⁾	4 ⁵⁾
A12	Sozialamtsrat/-rätin	4 ⁵⁾	4 ⁵⁾
A11	Amtmann/-frau im Justizvollzugsdienst	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾
A11	Sozialamtman/-frau	4 ⁵⁾	4 ⁵⁾
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	10 ^{4) 5)}	10 ^{4) 5)}

11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	10 ⁵⁾	10 ⁵⁾
Summe [Leerstellen]:		54	54

- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 16 LBesO.
- 2) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Beschäftigten der EG 9 - Sozial- und Erziehungsdienst - besetzt werden.
- 3) 58 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 4) 2 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 5) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 91	(91)		
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 10	Technischer Dienst	4	4
E 10	Verwaltungsdienst	2	2
E 9	Sozial-und Erziehungsdienst	2	2
E 8	Betriebstechniker/-in	1	1
E 8	Med.-techn. Berufe	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	6	6
E 5	Heizer/-in	0	0
E 5	Kraftfahrdienst	0	0
E 5	Technischer Dienst	4	4
E 5	Verwaltungsdienst	1	1
E 5	Schreibdienst	7	7
E 4	Kraftfahrdienst	3	3
Summe :		32	32

LEERSTELLEN

		Stellenanzahl	
		2018	2019
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 10	Technischer Dienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾
E 10	Verwaltungsdienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾
E 9	Sozial-und Erziehungsdienst	2 ¹⁾	2 ¹⁾
E 8	Betriebstechniker/-in	1 ¹⁾	1 ¹⁾
E 8	Verwaltungsdienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾
E 6	Verwaltungsdienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾
E 5	Schreibdienst	2 ¹⁾	2 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		9	9

- 1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 91	(91)		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A13 L2.1	Sozialoberamtsrat/-rätin	0	7
A12	Sozialamtsrat/-rätin	0	14
A11	Sozialamtman/-frau	0	28
A10	Sozialoberinspektor/-in	0	27
A9 L2.1	Sozialinspektor/-in	0	16 ¹⁾
Summe :		0	92
 LEERSTELLEN			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A11	Sozialamtman/-frau	0	2 ²⁾
Summe [Leerstellen]:		0	2

- 1) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Arbeitnehmer/-innen der E 10 - Sozial- und Erziehungsdienst - besetzt werden.
 2) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A13 L2.1			7									+7	Umsetzung von 11 03/ 422 01
2	A12			14									+14	Umsetzung von 11 03/ 422 01
3	A11			28									+28	Umsetzung von 11 03/ 422 01
4	A10			27									+27	Umsetzung von 11 03/ 422 01
5	A9 L2.1			16									+16	Umsetzung von 11 03/ 422 01
Ohne TG 96				92									+92	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
6	A11	2											+2	Umsetzung von 11 03/422 01
Leerstellen		2											+2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl
2018 2019

428 91 (91)

EntgeltGruppe

E 10 Sozial- und Erziehungsdienst

0 **51**

E 5 Schreibdienst

0 **13**

Summe :

0 **64**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 10	7											+51	Neu
2				44										Umsetzung von 11 03/ 428 01
3	E 5			13									+13	Umsetzung von 11 03/ 428 01
Ohne TG 96		7		57									+64	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2019

	Kapitel									Summe
	1101	1103	1111	1120	1130					
1. Planmäßige Beamte										
Besoldungsordnung B										
B9 L2.2	1									1
B6 L2.2	1									1
B5 L2.2	3									3
B3 L2.2	1									1
B2 L2.2	22									22
Summe	28									28
Besoldungsordnung A										
A16 L2.2	11									11
A15 L2.2	15									15
A14 L2.2	12									12
A13 L2.2	2									2
A13 L2.1	33	0	1							34
A12 L2.1	8	0								8
A11 L2.1	10	0								10
A10 L2.1		0								0
A9 L2.1		0								0
A9 L1.2	12		1							13
A8 L1.2	4									4
A7 L1.2	0									0
A6 L1.1	1									1
A5 L1.1	1									1
Summe	109	0	2							111
Summe 2019	137	0	2							139
Summe 2018	136	92	2							230
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte										
Besoldungsordnung R										
R1 L2.2				54						54
Summe				54						54
Summe 2019				54						54
Summe 2018				4						4
3. Beamte im Vorbereitungsdienst										
A9 L2.1				44	20					64
A7 L1.2					135					135
A6 L1.2				110						110

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2019

	Kapitel									Summe	
	1101	1103	1111	1120	1130						
A4 L1.1				25							25
Summe				179	155						334
Summe 2019				179	155						334
Summe 2018				169	155						324
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15	1										1
E 13	5										5
E 10	2	0									2
E 9	4										4
E 8	2										2
E 6	9										9
E 5	8	0	2								10
E 4	6		1								7
Summe	37	0	3								40
Summe 2019	37	0	3								40
Summe 2018	37	57	2								96
Stellen 2019	174	0	5	233	155						567
Stellen 2018	173	149	4	173	155						654
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B2 L2.2	0										0
Summe	1										1
Besoldungsordnung A											
A14 L2.2	1										1
A13 L2.1	1										1
A12 L2.1	1										1
A11 L2.1	2	0									2
Summe	5	0									5
Summe 2019	6	0									6
Summe 2018	8	2									10
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R											
R1 L2.2				8							8
Summe				8							8
Besoldungsordnung A											
A9 L2.1				0							0

Zergliederung der Stellen,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2019

	Kapitel									
	1101	1103	1111	1120	1130					Summe
A6 L1.2				0						0
Summe				0						0
Summe 2019				8						8
Summe 2018				11						11
3. Beamte im Vorbereitungsdienst										
A9 L2.1				5	3					8
A7 L1.2					5					5
A6 L1.2				5						5
Summe				10	8					18
Summe 2019				10	8					18
Summe 2018				20	8					28
Leerstellen 2019	6	0		18	8					32
Leerstellen 2018	8	2		31	8					49

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2019

	Einzelpläne									Summe
	1120	1130	1140							
1. Planmäßige Beamte										
Besoldungsordnung R										
R8 L2.2	2									2
R6 L2.2	3									3
R5 L2.2	4									4
R4 L2.2	6									6
R3 L2.2	46									46
R2 L2.2	244									244
R1 L2.2	490									490
Summe	795									795
Besoldungsordnung A										
A16 L2.2		7								7
A15 L2.2	4	26								30
A14 L2.2	6	13								19
A13 L2.2		11								11
A13 L2.1	71	17	7							95
A12 L2.1	140	17	14							171
A11 L2.1	203	30	28							261
A10 L2.1	149	25	27							201
A9 L2.1	47	6	16							69
A9 L1.2	249	266								515
A8 L1.2	521	505								1.026
A7 L1.2	68	0								68
A6 L1.1	42									42
A5 L1.1	143									143
A4 L1.1	27									27
Summe	1.670	923	92							2.685
Summe 2019	2.465	923	92							3.480
Summe 2018	2.438	923	0							3.361
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
E 15 Ü	2									2
E 15	3									3
E 14	2									2
E 13	1									1
E 12	2									2
E 11	13									13
E 10	17	6	51							74
E 9	47	2								49
E 8	49	3								52
E 6	632	6								638
E 5	33	12	13							58

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2019

	Einzelpläne									Summe
	1120	1130	1140							
E 4	56	3								59
Summe	857	32	64							953
Summe 2019	857	32	64							953
Summe 2018	884	32	0							916
Stellen 2019	3.322	955	156							4.433
Stellen 2018	3.322	955	0							4.277
Leerstellen:										
1. Planmäßige Beamte										
Besoldungsordnung R										
R3 L2.2	22									22
R2 L2.2	14									14
R1 L2.2	43									43
Summe	79									79
Besoldungsordnung A										
A16 L2.2		1								1
A15 L2.2		5								5
A14 L2.2		8								8
A13 L2.2		2								2
A13 L2.1		4								4
A12 L2.1	10	8								18
A11 L2.1	3	6	2							11
A10 L2.1	7									7
A9 L2.1	7									7
A9 L1.2	16	10								26
A8 L1.2	8	10								18
A7 L1.2	15									15
A6 L1.2	21									21
A6 L1.1	4									4
Summe	91	54	2							147
Summe 2019	170	54	2							226
Summe 2018	170	54	0							224
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
E 10		2								2
E 9		2								2
E 8		2								2
E 6		1								1
E 5		2								2
Summe		9								9
Summe 2019		9								9
Summe 2018		9								9

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2019

	Einzelpläne									
	1120	1130	1140							Summe
Leerstellen 2019	170	63	2							235
Leerstellen 2018	170	63	0							233

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2019

	Einzelpläne										Summe
	1130										
E 6	1										1
Summe	2										2
Summe 2019	2										2
Summe 2018	2										2
Leerstellen 2019	14										14
Leerstellen 2018	14										14